

HÖCHST LABIL

Wird die Entwicklung im Nahen Osten je eine Wende zum Frieden erfahren? Oder werden sich die Spannungen in dieser heißen Region weiterhin zuspitzen? Man hört: weder — noch. Der Zustand „weder Krieg noch Frieden“ werde vielleicht noch Jahrzehnte andauern, aber letzten Endes werde sich alles von allein geben. Naive Illusionen! Der Zeiger kann leicht nach der gefährlichen Seite ausschlagen.

Der Politik sind statische Situationen nicht eigen. Im Nahen Osten sind zumal Kräfte am Werk, die nicht guten, sondern bösen Willen zum Prinzip erheben und es auf die Zuspitzung der Lage ankommen lassen. Washingtons Veto im Sicherheitsrat gegen die Resolution, die Sanktionen gegen Israel forderte, weil dieses die Golanhöhen annektiert hat, zeigte deutlich genug: Entgegen all ihren Beteuerungen wollen Reagan und sein Team keinen gerechten Nahostfrieden. In Washington muß man sich ja darüber im klaren sein, daß die Regierung Begin, wenn ihr heute die offizielle Einverleibung der Golanhöhen straflos ausgeht, morgen den Wunsch verspüren wird, das Westufer des Jordan, den Gazastreifen und vielleicht auch noch den okkupierten Teil von Sinai zu annektieren, der laut dem Camp-David-Abkommen bis zum 26. April Ägypten zurückgegeben werden muß.

Wie Tel Aviv und Kairo behaupten, hätten sie das Verfahren zum Abzug der Okkupationsgruppen von Sinai bis zum festgesetzten Termin schon vereinbart. Aber erstens besteht der Plan, dort anstelle der israelischen Okkupanten die berüchtigten „multinationalen Kräfte“ — mit Amerikanern als Rückgrat — zu stationieren. Schon das allein macht die Befreiung ägyptischen Bodens sehr hypothetisch. Zweitens benutzt Tel Aviv die Aussicht auch auf einen solchen bedingten Abzug, um immer neue Drohungen auszustoßen. So erklärte der USA-Botschafter in Israel, Samuel Lewis, Washington gegenüber warnend, die Regierung Begin könne „bis zum endgültigen Abzug von Sinai“

zumindest „zehn Überraschungsoperationen“ unternehmen. Beispielsweise „große militärische Aktionen in Südlibanon“. Laut UPI habe die Annexion der Golanhöhen der USA-Administration gezeigt, daß „auch andere Überraschungsaktionen“ der israelischen Expansionisten möglich seien. Trotzdem unterstützte Washington diese Annexion: Es sieht in Israel seinen nahöstlichen Vorposten und in der israelischen Armee, die mit immer neuen USA-Waffen versorgt wird, die Spitze der Eingreiftruppe, die bekanntlich auch für die Okkupation der Erdölgebiete in der arabischen Welt bestimmt ist.

All das ist vom Standpunkt der imperialistischen Politik, die auf Gewalt fußt, gesetzmäßig. In Washington läßt man sich gern über die Partnerschaft mit den Arabern aus, doch brauchen die USA die Partner nur, weil sie deren Erdöl brauchen. Die konservativen arabischen Regierungen fühlen sich beleidigt, weil sie von den Amerikanern Israel vorgezogen werden. Dessen Eroberungsgelüste fügen sich bestens in die globalen imperialen USA-Pläne ein. Letzten Endes wird Washington die Interessen seiner noch so nahen „Freunde“ in der arabischen Welt immer für das strategische Bündnis mit Israel opfern — ein keineswegs abstraktes Bündnis, es ist vielmehr ein realer militärpolitischer Mechanismus. Seine Bekämpfung verlangt den Arabern alle Kräfte ab und ist ohne internationale Unterstützung unmöglich. Eben deshalb ist die Internationale Woche der Solidarität mit den arabischen Völkern, die Ende Januar durchgeführt wird, für sie so wichtig.

Eine zuverlässige Stütze ist den arabischen Völkern die Zusammenarbeit mit der UdSSR, eine Zusammenarbeit, die die Probe der Zeit bestanden hat. Als Andrej Gromyko Mitte Januar den syrischen Außenminister Khaddam in Moskau begrüßte, hob er erneut die fundamentalen Prinzipien hervor, die nach Ansicht Moskaus der Nahostregelung zugrunde liegen müssen: „Restloser Abzug aller israelischer Truppen von den von ihnen okkupierten arabischen Territorien; Gewährung des Rechtes auf unabhängiges Bestehen, einschließlich des Rechtes auf die Schaffung eines eigenen Staates, an das arabische Volk von Palästina; und drittes Moment: Alle Nahoststaaten haben das Recht auf friedliche Existenz und Entwicklung, darunter auch Israel.“

Das sowjetische Programm konzentriert praktisch all das Wertvolle und Konstruktive, was bei der jahrelangen Suche nach einer gerechten Nahostregelung gesammelt worden ist. Die UdSSR ist bereit, hierbei mit allen zusammenzuarbeiten, die einen festen Frieden wollen. Gegenwärtig ist das besonders wichtig, denn in dieser Gewitterstimmung im Nahen Osten können sich dräuende Wolken zusammenballen, aus denen schließlich Blitze züngeln.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 5 JANUAR 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Höchst labil	1
Michail Andrejewitsch Suslow	4
J. Gudkow — USA-Gift für Europa	5
L. Skuratow — UdSSR—Angola. Ferne Freunde	8
I. Nikolajewa — Internationalismus	8
F. Gorjunow — Wer im Glashaussitzt...	9
N. Miroschnik — Griechenland. Die ersten 100 Tage	10
A. Baryschew — Widernatürliches Bündnis	11
W. Midzew — USA—Iran. Diversionsexport	12
S. Goljakow — Wer den Frieden bedroht	14
Notizen ♦ Glossen	16
Auf abschüssigem Weg (Anlässlich jüngster Erklärungen der IKP-Führung)	18
Biographisches: Nicanor Costa Méndez	23
N. Jakowlew — Seine Spur in der Politik	24
Ergebnisse des 1. Jahres	24
V. Semjonow — Frankreich. Gefährliche Signale	26
W. Baidakow — Bangladesch. Voller Zuversicht	27
A. Kerimow, A. Ulanski — Türkei. Demokratenverfolgungen	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Europa steht erneut im Mittelpunkt der strategischen Pentagon-Pläne. Diesmal wollen die USA ihre Bündnispartner mit C-Waffen traktieren. Sie sollen in Italien, England und der BRD gelagert werden [ausführlicher darüber in Juri Gudkows Beitrag „USA-Gift für Europa“].

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 26. Januar richteten Leonid Breshnew und Nikolai Tichonow ein Glückwunschtelegramm an den Präsidenten der Republik Indien Neelam Sanjiva Reddy und die Ministerpräsidentin Indira Gandhi zum indischen Nationalfeiertag, dem Tag der Republik: „Die dynamische Entwicklung der vielseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR und Indien ruft eine tiefe Genugtuung hervor. Sie sind zuverlässig durch den Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern zementiert. Die weitere Festigung dieser Beziehungen liegt im Interesse unserer beiden Völker und der gesamten Weltgemeinschaft, im Interesse des Weltfriedens.“

Am 25. Januar begann in der UdSSR eine Woche der sowjetisch-indischen Freundschaft.

Leonid Breshnew und Abdus Sattar, Präsident der VR Bangladesch, tauschten Glückwunschtelegramme zum 10. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern aus. In Leonid Breshnews Telegramm heißt es u.a.: „Wie die Beziehungen zwischen der UdSSR und Bangladesch zeigen, sind die Ideale des Kampfes für Frieden und Entspannung, für die Eindämmung des Waffrüstens, was besonders große Bedeutung gewinnt und zur erstrangigen Aufgabe aller friedliebenden Länder, unabhängig von der politischen Ordnung, wird, unseren beiden Völkern gleich nahe und verständlich“ (s. S. 27).

Am 21. Januar empfing Andrej Gromyko den stellvertretenden Außenminister Japans Kensuke Yanagiya, der zu Arbeitskonsultationen zwischen dem sowjetischen und dem japanischen Außenministerium in Moskau eingetroffen war. Andrej Gromyko betonte die Nützlichkeit des Erfahrungsaustausches zwischen Vertretern unserer beiden Länder sowohl über die Weltprobleme von gemeinsamem Interesse als auch über die sowjetisch-japanischen Beziehungen. Beiderseits wurde die Meinung geäußert, daß es notwendig ist, den politischen Dialog zwischen der UdSSR und Japan zu unterstützen, seine Ebene zu erhöhen und die sowjetisch-japanischen Beziehungen auszubauen.

Am 26. Januar fand in Genf ein Treffen zwischen Andrej Gromyko und USA-Außenminister Alexander Haig statt.

In Genf traf sich Andrej Gromyko mit dem Außenminister der Schweiz Pierre Aubert. Wie Andrej Gromyko betonte, steuert die UdSSR konsequent den Kurs

„NEUE ZEIT“ 5-82



Auf Einladung des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung befand sich vom 18. bis zum 24. Januar eine Partei- und Regierungsdelegation der VR Angola unter Lucio Lara, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der MPLA—Partei der Arbeit und Mitglied der Ständigen Kommission der Volksversammlung der Republik, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der UdSSR. Am 20. Januar fanden zwischen Nikolai Tichonow, Boris Ponomarew und Lucio Lara Verhandlungen statt, die in einer Atmosphäre von Freundschaft und gegenseitiger Verständigung verliefen. Unser Bild: Am Verhandlungstisch.

Foto: S. Kossyrew

auf Festigung des Friedens, Zügelung des Waffentums, vor allem des nuklearen, und auf Zusammenarbeit zwischen allen Staaten. Die UdSSR wendet sich entschieden gegen die Politik bestimmter Kreise, die künstlich Spannungen anheizen, Konflikte entfachen und sich offen in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einmischen.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zeichnete am 22. Januar Le Duan, Generalsekretär des ZK der KP Vietnams, und Truong Chinh, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Vietnams und Vorsitzender des Staatsrates, mit dem Leninorden aus.

Vom 19. bis zum 21. Januar fand in Moskau die 102. Sitzung des RGW-Exekutivkomitees statt. Anwesend waren die Vertreter der Länder im Exekutivkomitee, stellvertretende Regierungschefs der VRB, der UVR, der SRV, der DDR, der Republik Kuba (Minister und Vorsitzender des Staatlichen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit), der MVR, der VRP, der SRR, der UdSSR und der ČSSR; an der Arbeit des Exekutivkomitees beteiligte sich auch ein Vertreter der SFRJ. Das Komitee nahm eine Erklärung zu den Versuchen der USA und anderer NATO-Länder an, sich in die inneren Ange-

legenheiten der VR Polen einzumischen (s. S. 8).

Am 24. Januar wurde eine Mitteilung der Statistischen Zentralverwaltung der UdSSR über die Ergebnisse der Erfüllung des Staatlichen Plans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der UdSSR 1981 veröffentlicht (s. S. 24).

Am 20. Januar wurde der USA-Botschaft in Moskau eine Note des sowjetischen Außenministeriums überreicht; darin wird gegen die Aktionen amtlicher Stellen der USA-Regierung protestiert, die die Zusammenführung der Familie Polowtschak verhindern. Das sowjetische Außenministerium besteht darauf, daß dem 14jährigen Wladimir Polowtschak unverzüglich die Möglichkeit gegeben wird, ohne jegliche Behinderungen zu seinen Eltern in die UdSSR zurückzukehren.

Am 23. Januar schlossen die sowjetische Außenhandelsvereinigung Soyuzgazexport und die französische staatliche Gesellschaft Gaz de France in Paris ein 25jähriges Abkommen, laut dem die UdSSR ab 1984 Frankreich 8 Md. m³ Naturgas jährlich liefern wird.

Am 25. Januar begann im Westen der ČSSR eine gemeinsame taktische

Übung von Verbänden der tschechoslowakischen Volksarmee, der ungarischen Volksarmee und der Zentralen Armee-Gruppe unter dem Kodennamen Drushba-82.

Am 25. Januar trat in Warschau der Sejm zusammen. Wojciech Jaruzelski hielt eine Rede.

In Hannover (BRD) fand am 23./24. Januar eine internationale Konferenz gegen Berufsverbotspraxis statt. Es wurde eine Erklärung angenommen, die die sofortige Einstellung solcher Praxis verlangt, weil sie der Verfassung des Landes und den elementaren Menschenrechten widerspricht.

Am 26. Januar wurde Mauno Koivisto zum Präsidenten der Republik Finnland gewählt.

Am 20. Januar wurde im UNO-Sicherheitsrat über den Entwurf einer Resolution, die die Annexion der Golanhöhen durch Israel verurteilt, abgestimmt. Für die Resolution wurden 9 Stimmen abgegeben (5 Mitglieder des Rates enthielten sich der Stimme). Doch die USA benutzten ihr Vetorecht, um die Annahme der Resolution zu verhindern.

Am 19. Januar endeten in Kairo die Verhandlungen zwischen einer ägyptischen und einer israelischen Delegation über den endgültigen Abzug der israelischen Truppen von der Sinaihalbinsel. Israel bekräftigte seine Verpflichtung, die Truppen bis zum 26. April abzurufen. Ägypten ist verpflichtet, Tel Aviv für seine auf Sinai gebauten Objekte eine Entschädigung in Höhe von 16 Mio Dollar zu zahlen. Am 20. März treffen auf Sinai die ersten Verbände der von den USA zusammengetrommelten „multinationalen Kräfte“ ein.

Wie die USA-Zeitschrift „Federal Register“ schreibt, hat die Administration beschlossen, China von der Liste der Länder zu streichen, denen das State Department Lizenzen und andere Genehmigungen für den Import amerikanischer militärischer Ausrüstungen und Munitionen verweigert.

AN UNSERE LESER

Zugleich mit diesem Heft erscheint der NZ-Sonderdruck „RÜSTUNGSWETT-LAUF: DROHUNG, BELASTUNG, ALTERNATIVE“, der für unsere Abonnenten kostenlos ist.

Michail Andrejewitsch SUSLOW

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR teilen in tiefer Trauer mit, daß der hervorragende Funktionär der KPdSU, des Sowjetstaates und der internationalen kommunistischen Bewegung Michail Andrejewitsch Suslow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, zweifacher Held der sozialistischen Arbeit, am 25. Januar 1982 im Alter von 79 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist.

In einem von den Führern der KPdSU und des Sowjetstaates, von weiteren leitenden Partei- und Staatsfunktionären sowie Vertretern von Massenorganisationen unterzeichneten Nachruf heißt es:

Ein hervorragender Funktionär der Kommunistischen Partei, des Sowjetstaates und der internationalen kommunistischen Bewegung ist von uns gegangen. Sein ganzes Leben, seine ganze Kraft und all sein Wissen und Talent standen im Dienst an Partei und Volk.

Michail Andrejewitsch Suslow wurde am 21. November 1902 im Dorf Schachowskoje (Rayon Pawlowsk, Gebiet Uljanowsk) als Sohn eines Kleinbauern geboren. Die Ideen und der Inhalt der Oktoberrevolution bestimmten seinen Lebensweg von Jugend an. Von 1918 bis 1920, als er in einem Komitee der Dorfarmut und in der Komso-molorganisation des Kreises tätig war, schaltete er sich aktiv in den Kampf für den Aufbau der neuen Gesellschaft und für ein besseres Leben der Werktätigen ein.

1921 trat M. A. Suslow in die Kommunistische Partei ein. Er wurde zum Studium nach Moskau delegiert, absolvierte 1924 die Pretschistenski-Arbeiterfakultät und 1928 die Moskauer Plechanow-Hochschule für Volkswirtschaft. Dann studierte er am Wirtschaftsinstitut der Roten Professur und unterrichtete an der Moskauer Staatlichen Universität und an der Industrieakademie.

1931 entsandte die Partei M. A. Suslow in die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU(B) und ins Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauern-Inspektion. Seitdem war er ständig in verantwortungs-



vollen Bereichen des Partei- und Staatsapparates tätig. Von 1937 bis 1939 war M. A. Suslow Abteilungsleiter und Sekretär des Parteige-bietskomitees Rostow; 1939—1944 1. Sekretär des Parteiregionskomitees Stawropol.

Während des Großen Vaterländischen Krieges setzte M. A. Suslow all seine Kraft für den Sieg über den Feind ein. Als Stabschef der Partisaneneinheiten der Region Stawropol und als Mitglied des Militärrates der Nordgruppe der Transkaukasischen Front kämpfte er aktiv gegen die faschistischen Okkupanten.

Von 1944 bis 1946 stand M. A. Suslow dem Büro des ZK der Partei für die Litauische SSR vor, das der Parteiorganisation der Republik bei der Überwindung der Kriegsfolgen und bei der Festigung der Sowjetordnung in Litauen half.

Ab 1946 war M. A. Suslow im Zentralkomitee der KPdSU tätig. Auf dem XVIII. Parteitag wurde er in die Zentrale Revisionskommission gewählt, auf der 18. Unionspartei-konferenz (1941) und auf allen späteren Parteitag als Mitglied des ZK gewählt. Ab 1947 war M. A. Suslow ohne Unterbrechung als Sekretär des ZK der KPdSU tätig; 1949/50 war er gleichzeitig Chefredakteur der „Prawda“.

In den Jahren 1952/53 sowie 1955—1966 war M. A. Suslow Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, ab 1966 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

1941 war M. A. Suslow in den Obersten Sowjet der UdSSR gewählt worden und gehörte ihm seitdem als Deputierter in allen Legislaturperioden an. Von 1950 bis 1954 war er Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, ab 1954 Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Unionssowjets.

In allen Funktionen, die ihm die KPdSU und das Volk übertrugen, zeigte sich M. A. Suslow als hervorragender Organisator und unbeugsamer Kämpfer für die große Sache Lenins, für die erfolgreiche Lösung der Aufgaben des kommunistischen Aufbaus. Ein bedeutender Theoretiker der Partei, trug er viel dazu bei, die marxistisch-leninistische Theorie schöpferisch zu entwickeln, und schützte konsequent ihre Reinheit. Er tat viel für die Erweiterung und Festigung der internationalen Beziehungen der KPdSU zu allen Abteilungen der revolutionären Welt sowie der nationalen Befreiungsbewegung. Wichtiger Bestandteil seiner Tätigkeit waren Fragen der Festigung der brüderlichen Solidarität mit den anderen sozialistischen Ländern sowie der Friedenskampf der UdSSR.

Michail Andrejewitsch Suslow war von bolschewistischer Prinzipienfestigkeit und stellte hohe Anforderungen an sich selbst und an andere. Ihn zeichneten großer Arbeitseifer und das Vermögen aus, schöpferisch an akute und komplizierte Fragen der Gegenwart heranzugehen. Ein großartiger Mensch von hoher Moral sowie ausgeprägter Bescheidenheit, erwarb er sich hohe Achtung in Partei und Volk.

Für seine großen Verdienste um die KPdSU und den Sowjetstaat wurde M. A. Suslow zweimal mit dem Titel Held der sozialistischen Arbeit, fünfmal mit dem Leninorden sowie dem Orden der Oktoberrevolution, des Vaterländischen Krieges 1. Stufe und mit vielen Medaillen der UdSSR geehrt. Ihm wurden auch Auszeichnungen von sozialistischen Bruderländern verliehen.

Die Sowjetbürger werden Michail Andrejewitsch Suslow als treuem Sohn der Partei, als Bolschewik und Leninist, der sein ganzes Leben der großen Sache des kommunistischen Aufbaus gewidmet hat, ein ehrendes Andenken bewahren.

USA-GIFT FÜR EUROPA

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Chemische Waffen waren die erste Massenvernichtungswaffe, die die Menschheit erlebte. Im Jahre 1925 unterzeichneten mehrere Staaten in Genf das Protokoll über das Verbot der Anwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege. Die UdSSR ratifizierte das Protokoll 1928. Nach fünfzigjährigen Überlegungen schlossen sich die USA ihm 1975 ebenfalls an. Aber für strategische Vorhaben der USA war das belanglos. In den letzten vier Jahren haben sich die Ausgaben des Pentagon für chemische und biologische Programme beinahe verdreifacht.

Die heutige Administration plant die Produktion neuer Systeme chemischer Waffen und eine Erweiterung dieser Produktion. Für diese Zwecke wurden im Finanzjahr 1981 über 260 Mio Dollar verausgabt. Im Haushaltsplan für das laufende Jahr betragen solche Ausgaben 455 Mio Dollar. Im Finanzjahr 1983 beabsichtigt die Administration, im Kongreß die Bereitstellung von rd. 810 Mio und 1984 von 1,4 Md. Dollar zu beantragen.

Die Vorräte an chemischen Waffen übersteigen in den USA 150 000 t. Sie umfassen über 3 Mio Geschosse, Zehntausende Fliegerbomben, Hunderttausende Granaten und Sprengladungen sowie andere chemische Munition. Das Pentagon will ihre Gesamtmenge auf 5 Mio bringen, die veraltenden Waffen durch binäre zu ersetzen, die Aufbewahrungsbasen zu erweitern. All das zusammen soll 4–10 Md. Dollar kosten. Allein für die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an C-Waffen plant das USA-Verteidigungsministerium, in den nächsten fünf Jahren 2,5 Md. Dollar auszugeben.

Geheimwaffe Giftpilz

Um von der beispiellosen Hortung der eigenen chemischen Mittel abzulenken, beschuldigen die USA die UdSSR der Vorbereitung auf einen chemischen Krieg.

An dieser langjährigen Kampagne beteiligen sich Fernseh- und Zeitungsreporter, Kongreßmitglieder und Minister. Seit 1976 kolportieren die USA Gerüchte über den Einsatz von C-Waffen in Laos, Kampuchea und später auch in Afghanistan.

Auf Bestehen der USA-Admini-

stration wurde unter Federführung der UNO eine Expertengruppe geschaffen. Sie verbrachte zwei Wochen in Südostasien und befragte über 30 Personen, darunter einheimische Ärzte. Die Schlußfolgerung: „Die Gruppe konnte keine Anzeichen oder Symptome feststellen, die auf das Vorhandensein chemischer Kampfmittel schließen ließen.“ Sie fand sie weder im Gelände noch an untersuchten Personen vor. Ein Jahr früher war das Internationale Rote Kreuz zum gleichen Schluß gelangt.

Die USA-Presse „übersah“ geflüstert die Untersuchungsergebnisse und beschränkte sich auf eine kurze Information, die auf den Innenseiten dicker Zeitungen unterging. Ebenso „zurückhaltend“ wurde auf Kommentare von Fachkräften zu einer weiteren Beschuldigung reagiert. Im vorigen Jahr tat USA-Außenminister Haig in seiner Rede in Westberlin der Welt kund und zu wissen, die USA-Regierung verfüge „über physische Indizien aus Südostasien; wie die Analyse ergibt, zeigen sie einen abnorm hohen Gehalt an drei starken Mykotoxinen, Pilzgiften, die nicht indigen und für Mensch und Tiere höchst gefährlich sind“.

Die „physischen Indizien“ waren, wie sich herausstellte, ein Pflanzenblatt- und ein Stengelstück, ein Monat später wurden dem eine Wasserprobe und die Abschabung von einem Stein hinzugefügt. Die „Indizien“ sollen aus überfallenen Gebieten stammen. Laboruntersuchungen haben bisher keinen der heute bestehenden Kampfstoffe eruiert. Da aber „Beweise“ sofort gebraucht wurden, ging man einen anderen Weg. Infolgedessen gelang es, drei giftige Komponenten zugleich auszumachen: T2, Nivalenol und Dioxynivalenol, alle von einer bestimmten Giftpilzart produziert. Glaubt man dem State Department, so war die Konzentration besagter Stoffe 20mal so hoch wie die natürliche und betrug 100 Einheiten je Million, während für die tödliche Dosis schon 8 Einheiten je Million ausreichen. Zwei Wochen später „sickerten“ diese Angaben in die Zeitschrift „Time“ durch. Wenige Tage später hielt Alexander Haig seine Rede in Westberlin.

Die Reaktion von Wissenschaftlern auf diese Ereignisse verrät kaum verborgenes Befremden sowohl über

die Methode der vom Pentagon (!) organisierten Recherchen als auch über die Ergebnisse. Der Biologe James Bamburg, der Entdecker des Stoffes T2, nannte die „Indizien“ des State Department „ganz schön wackelig“.

Man kann die Wissenschaftler verstehen. Entgegen der Erklärung des Außenministers, die festgestellten Stoffe seien „nicht indigen“, kommen sie, wie die Zeitschrift „Science“ mitteilt, in den Ländern mit einem warmen und feuchten Klima in Giftpilzen vor. Erwähnt sei, daß die „seltenen“ Toxine auch in den USA erworben werden können. Sie gehören zu einem Satz für Forschungslaboratorien. Kostenpunkt samt Porto: 75 Dollar.

Womit erklärt sich dieser Mangel an Gewissenhaftigkeit beim State Department? Natürlich nicht mit dem brennenden Wunsch, die Gefahr eines chemischen Krieges zu verhüten. Haigs „dramatische“ Erklärung sollte durch Hinweis auf die „sowjetische Bedrohung“ das „neue Herangehen“ der USA-Führung an die Mittel des chemischen Überfalls rechtfertigen, anders gesagt, die eigene Vorbereitung auf einen chemischen Krieg verschleiern. Es handelt sich wohl gemerkt nicht um Theorie, sondern um Praxis. Pentagon-Sprecher verhehlen nicht, daß gegenwärtig eine Doktrin und eine Taktik erarbeitet werden, die es erlauben werden, C-Waffen auf dem Kriegsschauplatz anzuwenden.

Vietnam und danach

Die USA setzten diese Waffe schon ein. In Vietnam wurden die Tränengase CS, CN und DM von amerikanischen und südvietnamesischen Truppen aus der Luft zerstäubt und mittels Gaswerfer und Granaten angewandt. Das letztgenannte Gas ist auch als Adamsit bekannt. Trotz der Behauptungen, diese Gase seien „harmlos“, steht fest: Das Adamsit kann tödlichen Ausgang bewirken und darf laut militärischen Vorschriften nicht dort angewandt werden, wo „der Tod inakzeptabel ist“.

Millionen Hektar von Feldern und Wäldern wurden mit pflanzenschädigenden Stoffen bearbeitet, die Washington ebenfalls als für den Menschen unschädlich führt. Daß sie es mitnichten sind, bezeugt ein Prozeß,

den vor kurzem 7000 amerikanische Teilnehmer des Vietnamkrieges gegen fünf Chemiekonzerne angestrengt haben. Wie medizinische Untersuchungen ergaben, verursachen die pflanzenschädigenden Stoffe Hautschädigungen und Krebs.

Im März 1968 löste ein Vorkommnis in den USA selbst Massenproteste aus. In einer von Salt Lake City (Utah) etwa 85 Meilen entfernten Gegend gingen 6000 Schafe an einem nervenschädigenden Gas ein. Zum Entweichen kam es in Dugway, dem größten Prüfungsgelände der USA für chemische und bakteriologische Waffen.

Einzelheiten blieben unbekannt, aber viele verstanden dabei, wie gefährlich die C-Waffen-Hortung ist.

1969 beschloß die UNO-Vollversammlung, daß Tränengase und pflanzenschädigende Stoffe unter das Genfer Protokoll von 1925 fallen und daß ihre Anwendung verboten werden muß.

In den letzten Jahrzehnten setzte sich die UNO-Vollversammlung wiederholt für baldigstes Verbot der C-Waffen ein. Die jüngste, 36. Vollversammlung forderte dazu auf, die Verhandlungen über diese Frage zu aktivieren.

Es sei daran erinnert, daß der sowjetische Vertreter bereits im Juni 1952 dem UNO-Sicherheitsrat vorschlug, alle Staaten zur Unterzeichnung des Genfer Protokolls aufzurufen, soweit sie das noch nicht getan hatten. Damals enthielten sich die USA und ihre Verbündeten der Stimme und verhinderten so die Annahme dieses Vorschlags.

Die UdSSR strebt beharrlich nach voller Liquidierung der C-Waffen. Zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern legte sie 1972 dem Abrüstungsausschuß den Entwurf einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen sowie über deren Vernichtung vor. Der Entwurf stieß auf den Widerstand westlicher Staaten. Um den toten Punkt zu überwinden, erklärte sich die UdSSR damit einverstanden, daß als erster Schritt die gefährlichsten, die größte Todeswirkung besitzenden C-Waffen verboten werden. Die Vereinbarung über die Ausarbeitung einer entsprechenden gemeinsamen Initiative wurde im sowjetisch-amerikanischen Kommuniqué über das Gipfeltreffen im Juli 1974 fixiert. Die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen begannen 1976. Die Aussicht auf die Ächtung eines der gefährlichsten Massenvernichtungsmittel schien real.

Schien eben nur. Die militaristischen Kreise in Washington fanden

sich mit ihrer Niederlage nicht ab, sie wichen nur vorübergehend, in Erwartung besserer Zeiten. Nach Juli 1980 gaben sie die Verhandlungen gänzlich auf. Die Beschuldigungen, die gegen die sozialistischen Staaten gerichtet waren, sollten künftige Aktivitäten im Bereich der C-Waffen rechtfertigen.

Deren Hauptart im USA-Arsenal sind die Nervenlähmungsgase VX, GB und GD. Farb- und geruchlos, dringen sie durch Haut und Lungen in den Organismus ein. Ihre Toxizität ist Dutzende Male so hoch wie die des Senfgases. Ein Tropfen bzw. ein einziges Eindringen reichen aus, um die Nervenenden zu lähmen. Die Muskeln ziehen sich zusammen und können sich nicht mehr entspannen. Die äußeren Schädigungsmerkmale sind intensive Transpiration, Verlust des Sehvermögens, unkontrollierbares Erbrechen, Konvulsionen und schließlich Lähmung der Atmungsorgane.

Die hohe Penetrationskraft mache diese Gase nach Ansicht des Pentagon zu einer besonders wirksamen Waffe, mit der man auch keine größeren Probleme bei der Herstellung und Lagerung habe. Nichtsdestoweniger kam es seit 1976 nach einem Eingeständnis des Armeestabes zu rd. 1000 Fällen des Entweichens von Gasen in Lagerräumen. Im August

In den USA werden die Streitkräfte intensiver auf Kampfhandlungen unter Einsatz chemischer und biologischer Waffen vorbereitet.

*Foto aus dem Buch
„Von wo geht die Gefahr
für den Frieden aus?“*



1981 wurden mit größter Vorsicht und unter stärkster Bewachung 888 Nervengasbomben, die in nur drei Meilen Entfernung vom internationalen Flughafen Denver aufbewahrt worden waren, nach Dugway transportiert. Der entsprechende Befehl war schon vor drei Jahren gekommen, wurde jedoch nicht ausgeführt, weil 10 Bomben ein Leck aufwiesen. Drei Jahre lang lebte Denver am Rande einer Katastrophe.

Solche Vorkommnisse können sehr wohl zu Massenprotesten der Bevölkerung führen, was dem Pentagon keineswegs ins Konzept paßt. Deshalb gewinnt das Problem von Lagerung und Transport besondere Bedeutung, zumal die „neue Doktrin und Taktik“, von denen im Pentagon die Rede ist, den direkten Einsatz von C-Waffen vorsehen.

Wo und wann?

Amtliche USA-Vertreter übergehen diese Fragen mit Stillschweigen. Wie Senator Pryor sagte: „Vom Nervengas zu reden ist dasselbe, wie sich den eigenen Sarg auszusuchen. Niemand will das auch nur im geringsten“ — um den Zorn der Wähler nicht hervorzurufen.

„So einfach ist das“

In den 50er und 60er Jahren bestand die Meinung, die C-Waffen seien für Asien da, vor allem für die „Vergiftung der chinesischen Horden“, wie man sich im Pentagon auszudrücken beliebte. Aber seit die Amerikaner die chinesische Karte ausspielen, wird nicht mehr von Asien gesprochen. Das potentielle Objekt eines chemischen Krieges ist nun Europa. Die C-Waffen werden heute als Variante der Neutronenbombe, sogar als die vorzuziehende Variante, betrachtet: „Hat man diese Fähigkeit“ (C-Waffen anzuwenden) „nicht, so senkt das die Schwelle des Nuklearkrieges. So einfach ist das“, theoretisiert William Dickinson, Mitglied des Repräsentantenhauses. Und zudem so billig!

Brigadegeneral Rothschild geht noch weiter. „Warum“, fragt er, „akzeptieren wir Kriegsmethoden, die den Menschen verbrennen oder ihm Gliedmaßen oder einen Gesichtsteil weghauen und ihn blind oder wahnsinnig zurücklassen, halten aber einen Gaskrieg oder einen bakteriologischen Krieg für inakzeptabel? Der beste Beweis kann dafür erbracht werden, daß Toxine die humanste aller Waffen sind.“

Noch schweigt sich das amtliche Washington über die Vorbereitungen auf einen C-Waffen-Einsatz in Europa aus. Inoffiziell dagegen wird

offen darüber gesprochen. Amoretta Hoeber von der Korporation für Systemplanung, eine in den USA anerkannte Kapazität in der Frage des chemischen Krieges, behauptet: „In einem europäischen Krieg wird die Zivilbevölkerung untergehen, ganz gleich, welche Waffe angewandt wird. Die C-Waffen werden es schlimmer machen, aber wahrscheinlich nicht schlimmer als die nuklearen.“ William Whitehurst, Mitglied des Repräsentantenhauses: „Angesichts der heute in Europa bestehenden Bedingungen und in Anbetracht der sowjetischen Bedrohung vertritt der Ausschuß“ (des Repräsentantenhauses) „die Auffassung, daß sich die Verhältnisse genügend verändert haben und die Gefahr stark genug ist, um das Projekt gegenwärtig zu forcieren.“

So geschehen im Repräsentantenhaus am 10. September 1980. Die Rede ist von der „sowjetischen Bedrohung“ im Sinne eines chemischen Krieges, und sie wird als real hingestellt. Die Frage nach der Begründung der Beschuldigungen tauchte in der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses auf. E. Collins vom Erkundungsamt des Verteidigungsministeriums wurde gefragt, inwiefern die Mitteilungen über sowjetische Kampfstoffe in Afghanistan stimmten.

„E. Collins: Es gibt keine Bestätigung dafür, daß sie chemische Waffen angewandt haben.“

Frage: Die allgemeine Meinung ist, daß die Russen sie anwenden, weil es in den Zeitungen von Gerüchten wimmelt.

E. Collins: Ich sehe nichts Falsches darin, solche Gerüchte umgehen zu lassen.“ (Der einzige in Afghanistan entdeckte Kampfstoff waren Granaten mit dem CS-Gas und der Marke „Made in USA“, allerdings standen sie den konterrevolutionären Söldnern zur Verfügung.)

Die seltene Offenheit erklärt sich damit, daß man unter sich war und zuversichtlich wußte, daß die Äußerungen in den uferlosen stenografischen Berichten von „Congressional Record“ begraben würden.

Das Projekt in Aktion

Viel wichtiger ist übrigens die Erwähnung des „Projektes“, denn die Sitzung des Repräsentantenhauses vom 10. September 1980 war der erste praktische Schritt zur Realisierung von Plänen eines chemischen Krieges. Zuerst wurden Punkt um Punkt die Militärausgaben für das Finanzjahr 1981, insgesamt im Rah-

men von 715 Programmen, durchgegangen: für den militärischen Aufbau im Indikraum, für die Verbesserung der NATO-Infrastruktur, für die Schaffung neuer Ausbildungszentren in den USA (409 Mio Dollar), für den Bau von Wohnhäusern für Militärangehörige (158 Mio) und schließlich für den Bau einer Fabrik binärer Gase in Pine Bluff, Arkansas (3,15 Mio). Am 10. September befanden sich im Sitzungssaal des Repräsentantenhauses 25 von den 435 Mitgliedern, und der letzte Punkt nahm zwei Stunden in Anspruch.

Wie aus dem Namen hervorgeht, setzt sich ein binäres Gas aus zwei Gasen zusammen. Jedes davon ist an sich relativ harmlos. Beide Komponenten werden einzeln in ein Geschloß oder eine Bombe eingebracht und vermischen sich erst nach Abschluß bzw. Abwurf. Das löst radikal das Problem der Lagerung und Beförderung von Kampfstoffen, weil dabei kein plötzlicher Ausbruch der öffentlichen Entrüstung droht, wie das in Utah oder in Denver war. Die „unschädlichen“ Gase können ohne weiteres zum späteren Kriegsschauplatz transportiert und dort gelagert werden. Es handelt sich nicht um eine Modernisierung vorhandener USA-Waffen, sondern um die Entwicklung einer neuen Art von Kampfstoffen, die beim Kampfeinsatz sehr „praktisch“ ist.

Seit 1975 stellte die USA-Armee regelmäßig den Antrag auf Mittel für den Bau der Fabrik in Pine Bluff aus dem Militärhaushalt. Ebenso regelmäßig lehnte der Kongreß ihn ab — bis 1980 das Repräsentantenhaus dafür stimmte, und dies trotz des Einwands eines Kongreßmitglieds von Arkansas, der Beschluß, „der unsere Politik für ein ganzes Jahrzehnt bestimmt“, werde im Grunde ohne Erörterung gefaßt. Ein anderes Mitglied des Repräsentantenhauses betonte, daß der Beschluß eine Abkehr von der Politik des Verbots der Anwendung chemischer Waffen im Kriege darstelle, den bei den Verhandlungen mit der UdSSR „erreichten Fortschritt untergraben, die Aussicht auf die Erzielung eines endgültigen Abkommens verringern, wenn nicht überhaupt versperren und die Bemühungen um die Einschränkung der Verbreitung von Waffen, besonders solcher, die den Terroristen zusagen, zunichte machen wird“.

Das Repräsentantenhaus wollte weder die Verstöße gegen das übliche Verfahren noch die Stimme der Vernunft bemerken. Der Senat wurde mit dieser Frage in 20 Minuten fertig. Es steht außer jedem Zweifel: Was während des Dialogs und der Verhandlungen über die

Rüstungskontrolle unmöglich war, wurde real, als das Weiße Haus die sprunghafte Erhöhung der Militärausgaben sowie die Doktrin der Einmischung zwecks „Verteidigung der amerikanischen Interessen“ in der Welt bekanntgab.

Seit dem Machtantritt der Republikaner erfuhren die Pentagonpläne eine weitere Entwicklung. Bei der Begründung der Bereitstellung von 20 Mio Dollar nunmehr für Ausrüstungen der Fabrik in Pine Bluff sagte A. Haig im Unterschied zu seinen Vorrednern: „Dieser Antrag ist ein wichtiger Bestandteil des gesamten Verteidigungsprogramms der gegenwärtigen Administration.“ Auch diesmal wurden die Bewilligungen ohne weiteres bestätigt. Und das ist erst der Anfang. Schon verlautet es, daß die Fabrik erweitert werden soll. Ihre projektierte Leistung beträgt 70 000 Geschosse im Monat. Neue Betriebe für die Produktion modernerer Waffen sind geplant.

Das Ziel des Langzeitprogramms ist es, „effektivere“ und „gebrauchsgünstigere“ Massenvernichtungsmittel zu schaffen. Sie sind für den Export bestimmt. Senator Hatfield betonte: „Es fänden sich keine Anhänger dieser Maßnahme, wenn die Rede von unserem eigenen Volk wäre und wenn unser eigener Boden der Schauplatz eines chemischen Krieges sein sollte... Es sind nicht die Vereinigten Staaten, sondern Europa und vor allem (West)Deutschland, wo ein solcher Konflikt stattfinden könnte.“ Übrigens sind in der BRD schon über 2000 t amerikanische Kampfstoffe gelagert.

Das wäre der Plan des Pentagon. Gegenwärtig redet man in seinem Wissenschaftlichen Amt von der Entwicklung von Beförderungssystemen, dank denen binäre Waffen in Italien, Großbritannien und dann auch in anderen westeuropäischen Ländern stationiert werden könnten. Italien und die USA schlossen unlängst ein Abkommen über die Erweiterung der militärischen USA-Präsenz auf den NATO-Stützpunkten in Verona und Vicenza ab, wo Giftgeschosse gelagert werden sollen. In den USA hat man errechnet: Für einen erfolgreichen chemischen Krieg muß das C-Waffen-Potential in Europa auf 300 000 t Munition (500 g je Europäer) gebracht werden. Wie die „Washington Post“ meldet, prüfe man im Pentagon die Frage nach der Ausrüstung landgestützter Flügelraketen — derjenigen für Europa — mit chemischen Sprengköpfen. Der Alten Welt ist erneut die Rolle eines Opfers zuge-dacht.

New York

FERNE FREUNDE

In weiter Ferne, beinahe am südlichsten Rand Afrikas liegt das Land Angola, das in der ganzen Welt zum Symbol der Tapferkeit und Standhaftigkeit wurde; das sich das Ziel setzte, die überlebte soziale und wirtschaftliche Struktur auf den Grundlagen des Sozialismus umzugestalten, und sich davon nicht abbringen läßt.

Das Volk Angolas kämpft für dieses Ziel unter Führung der MPLA — Partei der Arbeit in äußerst schwierigen Verhältnissen, indem es die wirtschaftliche Rückständigkeit, das Analphabetentum, die Überbleibsel des Stammeshaders und den Aberglauben zu überwinden hat.

Angola leidet mehr als andere Staaten unter rassistischen Aggressionen. Im August 1981 riß die RSA einen Streifen angolanischen Territoriums im Süden des Landes an sich und will dort einen Marionettenstaat errichten. Bei der großen Verschwörung gegen Angola ist offenbar die Hand des US-Imperialismus im Spiel, der sich besonders nach dem Machtantritt Reagans

zusammen mit den Rassisten darum bemüht, Angolas Volk einzuschüchtern, es von der sozialistischen Orientierung und der Unterstützung Namibias abzubringen.

Aber Angola weicht nicht. Es schöpft Kraft aus dem Mut seines Volkes und aus der Solidarität seiner Freunde, der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder.

Ein neues Zeugnis der Freundschaft und Zusammenarbeit ist der Moskau-Besuch der Partei- und Regierungsdelegation der VRA unter dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der MPLA-Partei der Arbeit Lucio Lara, der in der zweiten Januarhälfte stattfand. Bei den Verhandlungen wurde der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die Entwicklung der Beziehungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich sowie in anderen Sphären auf der Basis des sowjetisch-angolanischen Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit den Interessen der beiden Länder entspricht und der Festigung des Friedens, der Sicherheit in Afrika

und in der ganzen Welt dient. Auch wurde der gegenseitige Wunsch geäußert, die Kontakte und den Austausch der Erfahrungen zwischen KPdSU und MPLA-Partei der Arbeit zu pflegen. Es wurde ein gemeinsames Kommuniqué verabschiedet, das eine Analyse der gegenwärtigen Weltlage enthält und die „Übereinstimmung der Standpunkte der beiden Länder zu den wichtigsten internationalen Problemen“ bestätigt. L. Lara und N. Tichonow unterzeichneten das Programm für sowjetisch-angolanische Zusammenarbeit in Wirtschaft und Technik und für den Handel in den Jahren 1981—1985 und in der Periode bis 1990.

Angola ist bereits 6 Jahre unabhängig, konnte sich aber nicht vollständig der schöpferischen Arbeit widmen, weil es fortwährend die Banditenüberfälle der RSA und die Ausschreitungen der UNITA und anderer Terroristen-Gruppierungen unterbinden mußte. Die Republik hat im wirtschaftlichen und sozialen Aspekt vieles erreicht, aber sie hat Schwierigkeiten, die die Imperialisten auszuschlachten versuchen. Das

INTERNATIONALISMUS

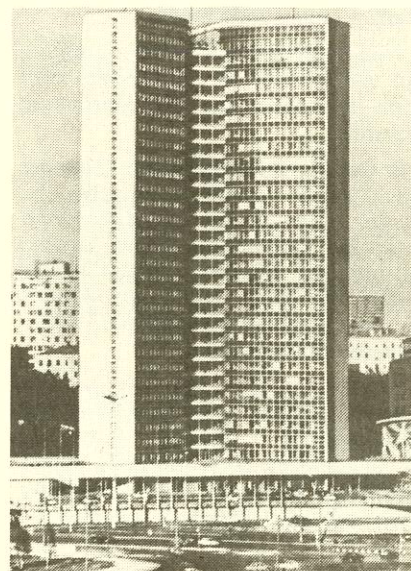
Bei Schwierigkeiten helfen die sozialistischen Länder einander. Sie ließen Vietnam in den Jahren seines Kampfes gegen die US-Aggressoren und auch während der Invasion chinesischer Interventionen nicht im Stich. Auf die Hilfe der Bündnispartner stützte sich die DDR, als der Westen ihr die Anerkennung verweigerte und sie in der Schlinge der Wirtschaftsblockade zu erwürgen versuchte. Die Unterstützung der Freunde hilft auch Kuba, in nur 90 Meilen Entfernung von der US-Küste durchzustehen. Solche Beispiele ließen sich fortsetzen.

Bisher hört man noch das Echo von Diskussionen im Westen darüber, ob der Internationalismus überlebt sei. Der Streit ist gegenstandslos. Das Leben selbst zeigt, daß der sozialistische Internationalismus eine immer größere Kraft wird, die uns hilft, den äußeren Rand und Band geratenen US-Imperialismus zurückzuweisen. Es ist kaum auszu-denken, wie schwer es das polnische Volk heute ohne seine treuen Freunde hätte. Die konterrevolutionären Kräfte hatten das Leben des Landes desorganisiert und seine Wirtschaft enorm geschädigt, und die USA stellten

ihre Nahrungsmittel- und anderen Lieferungen für Polen ein. Am Potomac zerbricht man sich noch immer den Kopf, um noch raffiniertere Methoden der Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses souveränen Landes ausfindig zu machen und die Normalisierung seines Lebens zu verhindern.

Heute ist das polnische Volk besonders stark auf Unterstützung angewiesen. Seine sozialistischen Verbündeten verstehen das sehr wohl. Bei den jüngsten Moskauer Verhandlungen mit dem polnischen Außenminister Józef Czyrek bestätigte Andrej Gromyko im Namen der sowjetischen Führung, daß das sozialistische Polen, daß die polnischen Werktätigen wie bisher überzeugt sein können: Die UdSSR wird sie in ihren Anstrengungen bei der Überwindung der heutigen Schwierigkeiten unterstützen.

Einige Tage später trat das Exekutivkomitee des RGW zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Erörtert wurden laufende Angelegenheiten, darunter Maßnahmen zum Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern in der Nahrungsmittelindustrie, um den Bedarf ihrer Bevölkerung an Lebens-



mitteln vollständiger zu decken, sowie Probleme der Kooperation im Maschinenbau. Das Exekutivkomitee zog ein Fazit aus dem Abschluß langfristiger Handelsabkommen zwischen den RGW-Ländern und Jugoslawien für das laufende Jahr fünf: Ihr gegenseitiger Außenhandelsumsatz wird 1985 gegenüber 1980 (in vergleichbaren Preisen) um 38% zunehmen. Eine wichtige Frage war auch die Frage der Hilfe für Polen.

Programm der sowjetisch-angolanischen Zusammenarbeit wird dem Lande bei der Lösung wirtschaftlicher Probleme helfen und seine internationalen Positionen festigen. Es ist an der Zeit, daß alle einsehen: Mit der VRA kann man nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung verhandeln. Lucio Lara betonte in Moskau die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Ländergemeinschaft für den Aufbau des Sozialismus in Angola.

Angola ist weit. Das hat aber nichts zu sagen, da unsere Freundschaft auf gemeinsamen Idealen und sozialen Bestrebungen beruht. N. Tichonow sagte auf einem Empfang zu Ehren Lucio Laras und der anderen angolanischen Gäste: „Die Sowjetunion war und bleibt ein treuer Freund des angolanischen Volkes und ist, ausgehend vom Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit bereit, Angola auch weiter brüderliche Unterstützung bei der Lösung seiner Aufgaben zu erweisen, auch bei der Schaffung notwendiger Voraussetzungen für das friedliche Leben der Angolaner.“

L. SKURATOW

Das Exekutivkomitee veröffentlichte eine Erklärung, in der die Ansichten der RGW-Länder präzise formuliert sind. Sie unterstützen die Bemühungen der VR Polen um die Festigung der sozialistischen Ordnung und Gesetzlichkeit, um den Schutz der Lebensinteressen des polnischen Volkes und vergrößern ihre Hilfe. Die Lieferungen notwendiger Waren in die VR Polen gemäß übernommenen Verpflichtungen werden vorgezogen; vorgesehen sind zusätzliche Lieferungen und die Nutzung anderer Formen der Zusammenarbeit.

Die RGW-Länder, heißt es in der Erklärung, verurteilen entschieden alle Handlungen, die darauf gerichtet sind, die Wirtschaftsbeziehungen sowie ökonomische und andere Diskriminierungsmaßnahmen als Instrument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten und der politischen Druckausübung zu benutzen. Alle Staaten sind an normalen, zwischenstaatlichen, darunter wirtschaftlichen Beziehungen interessiert. Die einseitige Drosselung der seit langem bestehenden Verbindungen wird letztendlich auf die Drahtzieher solcher Aktionen und ihre Nachbeter zurückschlagen.

I. NIKOLAJEWA

NZ

STANDPUNKT

WER IM GLASHAUS SITZT...

Mitte Januar fanden im Westen zwei Konferenzen über Welthandelsfragen statt. Auf der ersten, in Florida (USA), erörterten die USA, die EG-Länder, Japan und Kanada Maßnahmen zur Verhinderung des Handelsprotektionismus. Auf der zweiten, in Paris, vereinbarten Experten aus den zum COCOM (Koordinierungskomitee zur Kontrolle des Exports strategischer Waren in die kommunistischen Länder) gehörenden 14 NATO-Staaten und Japan, wie sie die Handelsbeschränkungen gegenüber den sozialistischen Ländern verstärken können.

Paradox? Mit der einen Hand wollen die führenden Handelsmächte des Westens nicht zulassen, daß die Wege des weltweiten Handelsaustausches abgeschnitten werden, mit der anderen aber errichten sie neue diskriminierende Schranken auf diesen Wegen. Und das zu einer Zeit, da die weltweite wirtschaftliche Rezession „die größte Gefahr für das Bestehen des freien Handels seit dem zweiten Weltkrieg darstellt“ („New York Times“).

Wenn paradox, so nur auf den ersten Blick. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise des Westens, die einen starken Rückgang des Welthandels verursacht hat, und der Kurs auf künstliche Drosselung von Geschäftskontakten mit der sozialistischen Welt sind Glieder einer Kette, jener Kette, die vor mehr als 30 Jahren am Potomac und an der Hudsonbai geschmiedet wurde: der Kette der imperialen Strategie, die die Klassenbrüder und Handelsrivalen militärpolitisch und wirtschaftlich an die USA fesseln soll.

In den letzten Jahren hat diese Kette viel Rost angesetzt. Die Wall Street hat heute nicht die einstige finanzielle und kommerzielle Übermacht gegenüber Westeuropa und Japan. Lokalen und globalen Krisen und negativen Wirtschaftstendenzen gegenüber sind die USA nicht weniger verwundbar als die anderen westlichen Länder, vielleicht sogar noch empfindlicher. Denken wir an das Scheitern des Vietnam-Abenteuers, an den Erdölchock von 1973, an die ständigen Außenhandelsdefizite. Die heutigen Wirtschaftsschwierigkeiten der USA (chronische Inflation, hohe Zinsen, sprunghafter Rückgang in der Industrie) ziehen die Überwindung der abermaligen Krise der gesamten kapitalistischen Wirtschaft stark hinaus. Die von den USA den Handelspartnern abgerungenen „freiwilligen“ Einschränkungen des Exports von PKWs, Stahl u. a. verschlimmern die Krise nur noch.

Man sollte meinen, der gesunde Menschenverstand, auf den man sich in Amerika etwas zugute hält, besagt: Dessen Lebensinteressen erheischen neue Außenmärkte und nicht das Anziehen der Schrauben am Industriexport in die RGW-Länder. Ganz nach dem Sprichwort: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Die Wirtschaftssanktionen und Exportverbote schlugen wiederholt auf die USA zurück, diese Steine haben also mehr als eine Bresche in die antisowjetische Strategie Washingtons geschlagen. Das war schon 1957 der Fall, als der Start des ersten Sputnik die Hoffnungen zunichte machte, die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Blockade der Zeit des kalten Krieges hätte das Wachstum des sowjetischen Industrie- und Verteidigungspotentials gebremst.

Seit jenem politischen Schock ist fast ein Vierteljahrhundert vergangen, aber die US-Strategen haben nichts dazugelernt. Gegenwärtig suggeriert die bürgerliche Presse ihren Lesern, ganz offensichtlich auf einen Wink des State Department und der CIA hin, das Verbot des Weißen Hauses für die Lieferung von Einzelteilen aus superfesten Legierungen für Verdichterstationen der Ferngasleitung Sibirien—Westeuropa (sie sollten von der General Electric kommen) werde das ganze Projekt nachgerade zusammenbrechen lassen. Und wenn noch dazu die anderen COCOM-Länder ihre Listen verbotener „strategischer“ Waren erweitern, werde es den Russen gar nicht gut ergehen.

Der neokonservative Antisowjetismus ist den heutigen Machthabern im Weißen Haus so sehr zu Kopf gestiegen, daß ihre außenpolitischen Berechnungen jetzt nicht nur des gesunden, sondern auch jedes elementaren Verstandes entbehren. Man braucht nur etwa an folgendes zu denken: Wenn das Metall der sowjetischen Raumschiffe die hohen Temperaturen aushält, so werden wir es wohl vermögen, Einzelteile für Verdichterstationen zu fertigen.

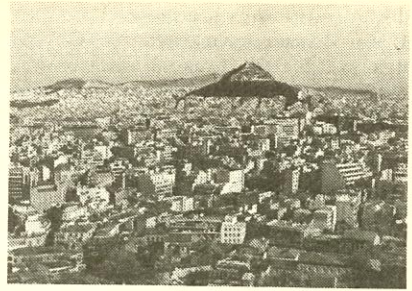
Gewiß, ein Zeitverlust wird sich nicht vermeiden lassen. Aber die Länder, die ihre Exporteinschränkungen praktizieren, werden auch etwas verlieren, vor allem unser Vertrauen zu ihnen als Handelspartnern. Es ist viel schwieriger, ein solches Vertrauen wiederherzustellen, als technologische Neuheiten zu entwickeln und überzuleiten.

Hinzugefügt sei nur, daß die in staatlicher Regie stehende französische Gesellschaft Gaz de France dem Beispiel einer westdeutschen und einer italienischen Gesellschaft folgte und ein Abkommen über sowjetische Gaslieferungen unterzeichnete — trotz der Washingtoner „Sanktionen“, gleich nachdem die COCOM-Sitzung in Paris geschlossen worden war.

Felix GORJUNOW

DIE ERSTEN 100 TAGE

Nikolai MIROSCHNIK



„Wenn Ihnen in unserer Presse die Formulierung ‚politische Beobachter vor Ort‘ begegnet, so handelt es sich einfach um alle Griechen...“

In dieser ironischen Bemerkung einer Athener Zeitung ist ein Körnchen Wahrheit. In der Tat gibt es wenig Griechen, die sich nicht für Politik interessieren oder keine eigene Meinung zu jedem Problem haben. Sogar jene, die aus irgendwelchen Gründen es vorziehen, in der Öffentlichkeit als unpolitisch zu erscheinen, sind unter Freunden oder zu Hause vor dem Fernseher lebhaft Kommentatoren.

Nicht zufällig habe ich den Fernseher erwähnt. Gerade das Fernsehen wurde in den letzten Monaten zum wichtigsten Verkünder der dem Land von der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) nach dem Wahlsieg im Oktober 1981 versprochenen Politik des Wandels. Aber das Fernsehen popularisiert nicht nur den neuen Kurs. Langsam, aber sicher unterliegt es selbst dem Wandel.

Das strenge Tabu für Produktionen aus den sozialistischen Ländern wurde gebrochen. Nach dem Leningrader Eisballett und dem Moskauer Zirkus sahen die Zuschauer vor kurzem den Film „Panzerkreuzer Potjomkin“. Nach dem Besuch des letzten „Intervision“-Festivals in der UdSSR kaufte eine griechische Delegation etwa 60 Programmstunden von Produktionen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder.

Obwohl in den Nachrichten jetzt ab und zu auch auf TASS und die „Prawda“ verwiesen wird, bleiben die westlichen Agenturen und Publikationen mit ihrem offenen Antisowjetismus die Hauptquelle außenpolitischer Informationen. Die Hauptsache ist aber: Der „eiserne Vorhang“ im Informationsbereich, der lange Jahre die griechischen Massenmedien von der Welt des Sozialismus trennte, beginnt sich zu heben. Das Versprechen der sozialistischen Regierung, vielschichtiger, objektivere Informationen zu geben, blieb kein leeres Versprechen.

Die ersten hundert Tage der Regierung von Andreas Papandreou

zeigen: Auch die Pläne einer weitgehenden Demokratisierung des öffentlichen Lebens bleiben nicht auf dem Papier. In einer ihrer ersten Verfügungen schaffte die PASOK-Regierung die „Treueprüfung“ bei der Aufnahme in den Staatsdienst ab. Der Vergangenheit gehören jetzt auch die „Feiertage des Hasses“ an — offiziell begangene Jubiläen in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg, die jahrelang die Rechten zu antikomunistischer Propaganda nutzten. Das zu mehr als einem Drittel erneuerte Parlament nahm ein Gesetz an, das den 18jährigen Stimmrecht gewährt.

Ein Wandel vollzieht sich auch in der Gewerkschaftsbewegung. Die Abschaffung der sie betreffenden antidemokratischen Gesetzgebung wurde versprochen. Durch einen speziellen Beschluß wurde die Leitung der Allgemeinen Arbeitskonföderation Griechenlands, des größten Gewerkschaftsverbandes, der gehorsam den Willen früherer Regierungen erfüllt hatte, abgesetzt. Wohl kommentieren die Linken: Die jetzt ernannte provisorische Leitung der Konföderation spiegelt eher die Ergebnisse der letzten Wahlen wider — die Mehrheit gehört PASOK-nahen Gewerkschaften an — als die wirkliche Stärke und den Einfluß dieser oder jener Gewerkschaftsvereinigung. Aber schon die Tatsache, daß Vertreter der demokratischen Organisationen der Werktätigen Zutritt zur Leitung der Gewerkschaftsbewegung erhielten, sagt viel aus.

Alle Neueinführungen haben es schwer. Praktisch jeder Schritt des neuen Kabinetts stößt auf den Widerstand der von der Partei der „Neuen Demokratie“ angeführten rechten Opposition. Nach sieben Regierungsjahren jetzt beschäftigungslos, erklären ihre Führer, daß sie in der Opposition hart, standhaft und kompromißlos sein werden.

Die Niederlage der „Neuen Demokratie“ zeigte: In ihren Reihen gibt es keine Einheit. Obwohl es gelang, eine Parteispaltung bislang zu verhüten, ging es nicht ohne Auseinandersetzungen ab. Parteiführer Georgeos Rallis, bis vor kurzem noch Ministerpräsident, mußte in der Parlamentsfraktion die Vertrauensfrage

stellen. Ohne Erfolg. Statt Rallis erhielt die absolute Mehrheit sein langjähriger Konkurrent Evangelos Averof, der ehemalige Vizeministerpräsident und Verteidigungsminister, der noch rechter als sein Vorgänger ist. Jedoch sind die Rechten heute in Griechenland nicht populär. Deshalb stellte sich Averof fix in einem Interview als Mann der „linken Mitte“ mit progressiven Positionen vor...

Die wichtigsten Veränderungen erwarten aber die Wirtschaft. Ihr Zustand ist in letzter Zeit einfach beklagenswert. Die Bilanz des Vorjahres wurde noch nicht gezogen, aber auch die bislang veröffentlichten Angaben sind ziemlich aussagekräftig. Die Inflation, die an der Wirtschaft wie Rost frisst, lag in den letzten 12 Monaten wie früher bei über 24% — eine der höchsten Inflationsraten in der EG. Von Januar bis Oktober 1981 sanken die Industrieproduktion um 1,8%, der Umfang der Bauleistungen um 20,2% und der Binnenhandelsumsatz um 4%. In diesen 9 Monaten erreichte das Zahlungsbilanzdefizit 2 Md. Dollar. Eine Plage für die Werktätigen bleiben die Preissteigerungen, besonders für Konsumgüter.

Alle diese Zahlen und Fakten helfen, die Ungeduld zu verstehen, mit der die Griechen die Verkündung konkreter Maßnahmen durch das Kabinett erwarteten. Denn man hatte ihnen die Belebung der Wirtschaft, die Erhöhung des Beschäftigtenstandes und die Verbesserung der Lebensbedingungen versprochen.

Die im Dezember verkündete erste Serie von Maßnahmen nahmen die demokratischen Kreise im ganzen positiv auf. Dafür kritisierten die Linken das zweite Paket im Januar nicht nur, weil die geplanten Maßnahmen nicht ausreichen, sondern auch weil sie in mehreren Fällen von den Wahlversprechen und von den programmatischen Erklärungen der Regierung abweichen.

Es sei daran erinnert: Im Dezember wurde das Hauptgewicht auf die Einkommenspolitik gelegt. Insbesondere waren die Einführung einer gleitenden Lohn- und Rentenskala, die Erhöhung der Mindestlöhne, die Erweiterung der Wohnungsbaukredite für die Werktätigen sowie

der Kredite für kleine und mittlere Unternehmer vorgesehen. Gewillt, das staatliche Haushaltsdefizit auszugleichen, erhöhte die Regierung gleichzeitig die Preise für Benzin und andere Erdölprodukte, die Wasser- und die Telefongebühren.

Das Januarpaket betraf vor allem den Kredit- und Finanzbereich und Probleme der Wirtschaftsentwicklung. Besondere Aufmerksamkeit widmete es den Betrieben mit Finanzschwierigkeiten. Eine extra geschaffene Organisation soll beschließen, welche Betriebe geschlossen werden und welche weiterarbeiten sollen, nach dem ein Teil ihrer Schulden in Aktionärskapital verwandelt oder sie von anderen Besitzern aufgekauft werden.

Zum ersten Mal wurde erklärt, was zumindest jetzt unter dem Programm der Nationalisierung, oder wie es offiziell heißt, der „Vergesellschaftung“ zu verstehen ist. In Schlüsselzweigen werden in Privatbetrieben nur „Aufsichtsräte“ aus Vertretern des Staates, der Werkstätten und der Firmenleitung gebildet, die die Betriebspläne der Regierungspolitik anpassen sollen.

Wie es in der Erklärung der Presseabteilung des ZK der KPG hieß, stützt sich die Entwicklung der Wirtschaft weiter auf die Privatinitiative, d. h. die Monopole. Die Kommunisten unterstreichen: Das Kabinett verkündete faktisch keine einzige Nationalisierung und wahrte die Rechte des Privateigentums in den Großbetrieben. Keinerlei konkrete Maßnahmen zur Kontrolle über Preise, Kreditverwendung und Steuerentrichtung sind vorgesehen. Die Regierung nahm auch von den versprochenen Einkommenserhöhungen für die Werktätigen Abstand. Bezeichnenderweise nannte der Führer der „Neuen Demokratie“ diese Maßnahmen eine Fortsetzung der Politik seiner Partei in vielen Punkten.

Die ersten Schritte der PASOK-Regierung auf der internationalen Ebene zeigten: Das heutige Griechenland ist nicht mehr jenes artige NATO-Mitglied, das dem Westen „ganz ergeben“ ist. Die Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Länder sowie die „atlantische Woche“ in Brüssel im November und Dezember demonstrierten, daß Griechenland ernsthaft beabsichtigt, seinen unabhängigen Kurs zu verteidigen und die nationalen Interessen nicht einer „Bündnissolidarität“ wegen preiszugeben.

Das bestätigten auch die ersten Wochen des neuen Jahrs, als erst die zehn EG-Staaten und später die NATO-Führer unter überseeischem Druck die sogenannte polnische Frage erörterten. Das Ziel der direkten Einmischung in die inneren Ange-

legenheiten eines unabhängigen Staates verschwiegen sie nicht: eine Einheitsfront der westeuropäischen Bündnispartner gegen den Sozialismus zu schaffen. Aber die Front kam nicht zustande. Vor allem wegen der Position Griechenlands. Zuerst unternahm dessen Regierung einen beispiellosen Schritt und entließ einen Vizeaußenminister, weil der entgegen seinen Instruktionen das Schlußkommuniqué der EG-Beratung unterzeichnet hatte. Dann folgte die Erläuterung, das Kabinett fühle sich an das Kommuniqué nicht gebunden, weil es Bestimmungen enthalte, die der Position Griechenlands widersprechen: die Anwendung von Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion und Polen sowie haltlose Beleidigungen und Ausfälle gegen die sozialistischen Länder.

Einige Tage später versandte der Außenminister Griechenlands Ioannis Haralambopoulos am Vorabend einer ähnlichen Beratung im NATO-Kreis an die auch so schon alarmierten Bündnispartner einen Brief, in dem er wiederum die negative Einstellung der griechischen Regierung zu allen Versuchen bekräftigte, die sozialistischen Länder zu „bestrafen“. Das kann der Wirtschaft der westeuropäischen Länder schaden und den Frieden in der ganzen Welt bedrohen. Obwohl auf der Brüsseler Beratung selbst der Vertreter Athens seine Unterschrift unter das Abschlussschlußkommuniqué setzte, erreichte er diesmal, daß im Text die besondere Meinung seiner Regierung zu den grundlegenden Passagen des Dokuments fixiert wird. Gleichsam als Bekräftigung seiner Vorstellungen über eine reale Hilfe für Polen zur Überwindung seiner gegenwärtigen Schwierigkeiten verkündete Griechenland den Abschluß eines Vertrags über die Lieferung von 200 000 t Zitrusfrüchten an Polen.

Äußerlich erinnert in Athen nichts mehr an die Wahlen von vor über drei Monaten. Die Stadtverwaltung gab mehr als 20 Mio Drachmen aus, um Hauswände, Zäune und Reklamewände von der dicken Schicht der Wahlplakate zu säubern. Nur hie und da, wo die Putzmänner nicht hinkamen, lächeln hoffnungsvolle Gesichter der gestrigen Wahlkandidaten die Passanten weiter an. Aber die Wahlergebnisse und ihre Folgen bewegen wie früher das Land. Kein Gespräch unter Griechen, seien es Parteifunktionäre, Arbeiter oder Bäcker, kommt ohne die Frage aus: „Und was halten Sie von den letzten Maßnahmen der Regierung?“

Die „politischen Beobachter vor Ort“ verfolgen weiter aufmerksam die Entwicklung der Ereignisse...

Athen

NZ

KOMMENTAR

WIDERNATÜRLICHES BÜNDNIS

In der zweiten Januarhälfte haben der Außenminister Kostarikas sowie seine Kollegen aus Honduras und El Salvador in Kostarikas Hauptstadt San José das Abkommen über die Gründung einer „Demokratischen Gemeinschaft Mittelamerikas“ unterzeichnet.

Vor allem ein Umstand erfordert Beachtung. Von dieser Initiative, die eigentlich regionalen Charakter tragen sollte, wurde Nikaragua nicht informiert, obwohl dessen Außenminister Miguel D'Escoto kürzlich mit Vertretern mittelamerikanischer Republiken zusammentraf. Ausgeklammert wurde auch Panama. Dabei haben gerade diese beiden Länder vor allem Anlaß, sich demokratisch zu nennen, keineswegs aber einige der Gründer der neuen Organisation. In dieses Dreierbündnis trat zusammen mit Kostarika, das tatsächlich durch seine demokratischen Traditionen bekannt ist, Honduras ein, dem von Washington die Gendarmenrolle in Mittelamerika zuditiert wird. Von der Militär-Ziviljunta in El Salvador aber sollte man lieber schweigen, denn jeder weiß, daß dort zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Privilegien der Oligarchie, der Großbourgeoisie und der Multis das Blut von Patrioten vergossen wird.

Diese ganze Gemeinschaft soll wohl überhaupt nur einer gewissen Rehabilitierung der Machthaber El Salvadors kurz vor der von ihnen aufgezogenen Wahlfarce dienen. Was kann das schon für ein repressives Regime sein, wo es doch einer „demokratischen Gemeinschaft“ angehört! Sollte es da keine finanzielle und demokratische Unterstützung verdienen?

Jedoch beschränkt sich das neue Bündnis offenbar nicht auf diese Ziele. Die Patriotische Front der Revolution in Nikaragua bezeichnete es auch als Ergebnis der Machenschaften des Imperialismus zur Isolierung dieses Landes, um darauf eine Aggression folgen zu lassen. Vermutlich nicht zufällig hat der stellvertretende US-Außenminister James Buckley San José kurz vor dem Außenministertreffen aufgesucht. Nur in seinem Amt hat man ein für Kostarika so offenbar widernatürliches Bündnis aushecken können. Denn bislang hat dieses Land, zumindest gegenüber Nikaragua, eine Haltung der Freundschaft und Zusammenarbeit eingenommen.

A. BARYSCHEW

DIVERSIONSEXPORT

Wenjamin MIDZEW

Beginnen wir mit zwei Meldungen aus der Auslandspresse. Die erste veröffentlichte im September 1980 die französische Wochenzeitschrift „VSD“. In Paris trafen sich die Führer der iranischen Emigration. Es war die erste Zusammenkunft verschiedener Emigranten-Gruppchen, die mit dem Zusammenbruch der islamischen Republik rechnen — von Monarchisten bis hin zu bürgerlichen Liberalen. Ein bezeichnendes Detail — in der Meldung heißt es: „Unbestritten ist die Tatsache, daß die USA nichts gegen die Restauration der Monarchie im Iran haben.“ Außerdem wurde mitgeteilt, daß der Reagan-Emissär und Ex-Vizedirektor der CIA, General Vernon Anthony Walters, soeben eine geheime Reise durch Europa und den Nahen Osten gemacht hatte, bei der er sich mit den Führern der iranischen Emigration traf und ihnen die Unterstützung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten im Falle eines Wahlsiegs versprach. Bald danach wurde Reagan zum Präsidenten gewählt.

Die zweite Meldung sandte die iranische Nachrichtenagentur IRNA am 10. Januar 1982 um die Welt: Auf Mohammed Khamenei, Medschlis-Abgeordneter und Bruder des iranischen Präsidenten, wurde ein Attentat verübt. Diese Aktion führten „von den USA unterstützte Terroristen“ aus, hieß es. Das ist einer der Beweise für die Erfüllung von Reagans Wahlversprechen — in bezug auf die Unterstützung der iranischen Konterrevolution. Deren Führer im Ausland werden von den USA ausgehalten, während die Vollstrecker ihrer Pläne im Iran terroristische Akte und Diversionen von besonderer Grausamkeit und Zynismus verüben — kurzum, das ist die vielen Ländern bekannte Handschrift der CIA.

Bemerkenswert ist auch anderes. Da mit dem Machtantritt Ronald Reagans das Zentrum der US-Subversionen gegen den Iran von der Diplomatie zu den Geheimdiensten umzog, verschwand faktisch die politische Rhetorik, die zu Ende der Präsidentschaft Carters ihren Höhepunkt erreicht hatte. Jetzt spricht kaum jemand der Washingtoner Of-

fiziellen bei Pressekonferenzen oder in öffentlichen Reden vom Iran. Dieses Thema kommt auch selten in der Presse vor. Die Öffentlichkeit kann über den Iran denken, was sie will. Mit Reagans Amtsantritt haben sogar die lautesten US-Journalisten gleichsam ihre Zunge verschluckt und sind seit über einem Jahr bemüht, das Thema mit Schweigen zu übergehen. Das ist kein Zufall: So maskiert man die direkte und indirekte Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Irans. Zuviel hat Washington in diesem Land verloren, als daß die imperialistischen Kreise bereit wären, es in Ruhe zu lassen.

Ein Vierteljahrhundert lang war der Iran des Schahs das wichtigste militärstrategische Aufmarschgelände des US-Imperialismus im Mittleren Osten. Seine geographische Lage, seine Ressourcen an Bodenschätzen und Menschen, die reaktionäre Politik und die ungeheuren Ambitionen des Schahs schufen die Basis für die Verwandlung des Irans in einen US-Gendarmen in der großen Region vom Nahen Osten bis nach Pakistan.

Der Sturz der rechtmäßigen Mosaddegh-Regierung 1953 (sie war gewillt, die Unabhängigkeit des Landes zu festigen) war eine der größten Operationen des US-Geheimdienstes. Danach diente die Militär- und Wirtschaftshilfe der USA der Konsolidierung des volksfeindlichen Schah-Regimes. Je schwächer die Positionen des Schahs wurden, desto mehr Hilfe leisteten ihm die USA. Während im Verlaufe von zwei Jahrzehnten (1950—1969) die US-Rüstungslieferungen an den Iran sich auf 757 Mio Dollar beliefen, so überstiegen sie in den zehn Jahren vor der Revolution (1968—1977) 18 Md. Dollar. Wie erst später bekannt wurde, unterschrieb Präsident Nixon im Mai 1972 in Teheran geheime Abkommen, wonach die USA sich verpflichteten, dem Iran jede moderne Waffe zu liefern. Mitte der 70er Jahre wurde das Schah-Regime zum größten Käufer von US-Waffen. Nachdem sie von 1973 bis 1978 schon für 19 Md. Dollar eingekauft und bestellt hatte, konnte die Schah-Regierung 1978 noch eine Bestellung modernster US-Kriegs-

technik für weitere 15 Md. loswerden. Von diesen Aufträgen profitierten in Washington Geschäftsleute, Militärs, Börsenmakler und Politiker. Nach Angaben der US-Zeitschrift „Newsweek“ waren Mitte 1976 im Iran 20 000 US-Berater und Spezialisten, 1979 waren es schon 50 000.

In dem 1979 in Großbritannien erschienenen Buch „Iran. Diktatur und Entwicklung“ macht Fred Holiday auch andere interessante Angaben: Vom Ende des zweiten Weltkriegs bis 1975 wurden z. B. in den USA 11 000 iranische Militärangehörige aus- und weitergebildet. Anfang 1979 „lernten“ in den USA 2260 iranische Militärs. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Geheimdienst des Schahs, dem SAVAK, gewidmet. Ein ganzer Apparat von US-Geheimdienstlern arbeitete im Iran. Mehr noch, bis 1976 war Richard Helms, der Ex-Chef der CIA, Botschafter in Teheran, wo sich auch das regionale CIA-Hauptquartier befand. Außer seiner diplomatischen Tätigkeit koordinierte Helms die Arbeit der Geheimdienste der USA und des Irans. Mit Schrecken erinnern sich die Iraner an die Schandtaten des SAVAK. Unauslöschbare Erinnerungen hinterließen auch die amerikanischen Lehrer der SAVAK-Henker. Natürlich schweigen die sensationslüsternen US-Journalisten darüber.

Das verschweigt auch der US-Rundfunk, obwohl er seine Sendungen in persischer Sprache erweiterte. Dafür erschreckt er die Iraner mit einer scheinbaren „Bedrohung aus dem Norden“ und versucht, Zweifel an der gutnachbarlichen Politik der Sowjetunion zu säen. Die provokatorischen Zwecke derartiger Sendungen sind ganz klar. Leider beeinflussen sie jedoch manche in Teheran.

Es ist gut bekannt, daß unser Land von Anfang an die Gesetzmäßigkeit der Revolution gegen den Schah anerkannte und forderte: Keine Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten des Irans. Diese Position entspricht voll und ganz den Interessen des iranischen Volkes, das das Recht hat, selbständig die Probleme der politischen, sozialökonomischen und kulturellen Entwicklung seines Staates zu bewältigen. Sie entspricht auch der Sache der Festigung des Friedens und der Sicherheit aller Länder der Region.

Jedoch gefällt sie jenen nicht, die ihre imperialen militärstrategischen, politischen und wirtschaftlichen Positionen im Iran und in den benachbarten Ländern des Nahen und Mittleren Ostens verewigen wollten.

Mit dem Sturz des Schah-Regimes

verloren die Vereinigten Staaten ihren Hauptstützpunkt im Mittleren Osten. Um diesen Verlust wieder wettzumachen, beschloß die US-Administration, einen Ring von Pentagon-Basen von Israel aus über Saudi-Arabien und Oman bis nach Pakistan anzulegen und den Iran im Süden mit einem feindlichen Halbkreis zu umgeben. Der Halbkreis muß nur noch an der Westgrenze Irans vervollständigt werden. Eben mit diesem Ziel provozierten die im Anzetteln internationaler Verwick-

„gemäßigten“ Länder, auf die sich die amerikanischen militärischen und wirtschaftlichen Interessen konzentrieren, und wollte daraus doppelten Nutzen ziehen. Einerseits sollten die Meinungsverschiedenheiten zwischen den arabischen Staaten vertieft und folglich die dem Expansionismus Israels widerstehenden arabischen Kräfte geschwächt werden. Andererseits sollte diese Linie nicht nur die Positionen Irans in der Region untergraben, sondern auch seine Konfrontation mit mehreren arabischen Ländern hervorrufen und für die iranische Revolution die Gefahr einer militärischen Invasion schaffen.

Man muß konstatieren: Den Washingtoner Provokateuren gelang es, diesen antiiranischen und antiarabischen Plan zu verwirklichen. Der militärische Konflikt zwischen Irak und Iran begann. Jetzt geht er schon das zweite Jahr lang zur Freude des Imperialismus. Einen teuren Preis zahlen beide Länder für diesen Konflikt! Tausende Menschen kamen um, lebenswichtige Objekte der Erdölindustrie wurden zerstört. Der Irak wie der Iran schränkten die Förderung und den Export des Öls bedeutend ein, obwohl es die Hauptquelle ihrer Valutareserve ist. Nach Presseangaben muß jede der kämpfenden Seiten allmonatlich für den Krieg ca. 180 bis 200 Mio Dollar ausgeben.

Indes könnten und müßten diese benachbarten Länder in Frieden und Freundschaft leben, um so mehr, als sich ihre Positionen zu den grundlegenden Problemen der internationalen und regionalen Politik nicht unterscheiden. Insbesondere unterstützen beide Länder den Kampf der Araber, auch des arabischen Volkes von Palästina, gegen den Expansionismus Israels, des strategischen Bündnispartners der USA.

Ihre feindliche Tätigkeit gegen den Iran beschränken die USA nicht auf Intrigen von außen wie z. B. Wirtschaftsboykott, ideologische Wühltätigkeit, Förderung antiiranischer Stimmungen im Westen und in islamischen Ländern. Sie ergänzen Divisionen und Terroranschläge innerhalb Irans. Allen ist bekannt, welchen Schaden die Tätigkeit des US-Agenten Ghotbzadeh den nationalen Interessen des Irans zufügte, als er Außenminister war. 1981 wurde nach Mitteilungen Teheraner Zeitungen wegen Spionage für die USA der Ex-Minister der Bazargan-Regierung, Amir Entezam, hingerichtet. Auch jetzt schleusen die US-Geheimdienste ihre Agenten in die staatlichen Behörden, in die Armee und die politischen Organisationen Irans ein. Man wirbt sie unter iranischen Emigranten an, die

sich in den Vereinigten Staaten und in einigen Ländern Westeuropas niedergelassen haben. Allein in den USA leben ca. 300 000, in Paris und an der Cote d'Azur 70 000 Iraner. Agenten werden auch im Iran selbst angeworben, oft unter ehemaligen Absolventen amerikanischer Lehranstalten.

Die von der Schwester des Schahs, Ashraf Pahlevi, und den Generälen Oveisi und Ariana angeführte rechte Opposition tritt für den bewaffneten Sturz des gegenwärtigen Regimes ein. Diese Opposition hat ziemlich gute Verbindungen zur CIA. Laut Meldung der französischen Zeitung „Quotidien de Paris“ werden in Lagern auf USA-Territorium „Invasionsstreitkräfte“ ausgebildet. Mehr als 3000 iranische Emigranten erhalten eine militärische Ausbildung in den USA, in Frankreich und Großbritannien.

Schon im Mai 1979 arbeitete ein Symposium im Washingtoner Nahost-Institut Empfehlungen an die amerikanische Führung für die Beziehungen zum Iran aus. So wurde vorgeschlagen, die separatistischen Stimmungen und Bewegungen in Kurdistan, Belutschistan und Chusistan zu unterstützen. Seit dieser Zeit hat das Weiße Haus einen neuen Herren bekommen, aber die antiiranische Politik blieb. Die jetzige Administration machte sich mit verdoppelter Energie an die Destabilisierung der Lage im Iran, sie setzt vor allem auf Streitigkeiten zwischen den Nationalitäten und auf andere innere Konflikte.

Das iranische Volk sucht seinen Weg zur Freiheit und zur Prosperität. Seine antiimperialistische Revolution hat es nicht leicht, wobei eines der größten Hindernisse die Subversionen des US-Imperialismus bleiben. Die mißlungene militärische Operation der Carter-Regierung, die unter dem Vorwand der Geiselnbefreiung im April 1980 das Chomeini-Regime stürzen wollte, hat die jetzige US-Administration nichts gelehrt. Mehr noch, gerade sie will die Rolle der CIA in der abenteuerlichen Außenpolitik Washingtons erhöhen und die schmutzige Tätigkeit dieses Amtes der Kontrolle durch den amerikanischen Kongreß und die Öffentlichkeit entziehen.

Die US-Geheimdienste waren jahrzehntelang im Iran aktiv. Sie sind auch heute kaum zu bändigen, nur mit dem Unterschied, daß sie zu Zeiten des Schahs mit dem korrupten Regime zusammenarbeiteten, nach seinem Sturz aber gemeinsam mit den Überresten jenes Regimes und allen anderen Kräften, die an ihre Angel gehen, wirken.



Lehre der Geschichte: So endete die im April 1980 unter dem Vorwand der Geiselnbefreiung unternommene Operation für die Intervention. Endziel der Operation war der Sturz des im Iran existierenden Regimes.

Foto: „Newsweek“

lungen erfahrenen US-Geheimdienste den iranisch-irakischen bewaffneten Konflikt. Am Vorabend der Kriegshandlungen verbreitete die CIA über die ganze Welt Falschmeldungen über den Zerfall der iranischen Armee und ihre Kriegsuntauglichkeit und drängte so Schritt für Schritt den Irak zum Krieg. Alle Mittel wurden angewandt, um die irakische Führung der bedingungslosen, auch der finanziellen, Hilfe seitens Saudi-Arabiens und anderer Staaten des Persischen Golfs zu versichern.

Washington rechnete mit der Einbeziehung Iraks in die Gruppe der

WER DEN FRIEDEN BEDROHT

Sergej GOLJAKOW

Das Anfang d. J. in der UdSSR erschienene Buch „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus?“ (siehe NZ 3/82) hat bereits das Interesse der Weltöffentlichkeit gefunden. Es bietet dem sowjetischen und ausländischen Leser die Bekanntschaft mit Tatsachen, darunter auch mit Vergleichen, die eine objektive Vorstellung davon vermitteln, wie das militärische Kräfteverhältnis in der Welt von heute tatsächlich aussieht und was von dem Gerede über die sogenannte sowjetische militärische Bedrohung zu halten ist.

Auf dieses Buch eingehend, schrieb die „Washington Post“ dieser Tage, darin werde die riesige und weiter anwachsende amerikanische Militärmaschinerie in den Händen einer wahnwitzigen Administration dargestellt, die voll entschlossen sei, eine strategische Überlegenheit über die Sowjetunion zu erlangen. Der „Christian Science Monitor“ gibt, wenn auch nicht ohne Vorbehalte, zu, das Buch mache einen objektiven Eindruck als die vom US-Verteidigungsministerium veröffentlichte Broschüre, womit die Propagandafälschungen des Pentagon unter dem Titel „Die sowjetische Militärmacht“ gemeint ist.

Natürlich äußern sich durchaus nicht alle im Westen und insbesondere in Washington in dieser Richtung. Im Gegenteil: Das Weiße Haus stellt seine Versuche nicht ein, die Menschen mit einer angeblichen sowjetischen militärischen Bedrohung zu erschrecken und sie von der Notwendigkeit einer weiteren Forcierung des Wettrüstens zu überzeugen. Über die absolute Haltlosigkeit dieser Argumente sprach man am 25. Januar auf einer Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten. Dort hob der Erste Stellvertreter des Generalstabschefs der UdSSR-Streitkräfte, Armeegeneral Valentin Warennikow, besonders hervor, die Dokumentation des vom Militärverlag der UdSSR - Verteidigungsministeriums herausgegebenen Buches „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus?“ beweise überzeugend, wer tatsächlich die internationale Sicherheit untergrabe und die Verantwortung für das bereits Jahrzehnte andauernde Wettrüsten trage.

Aus den darin angeführten Fakten erhellt, wer der Initiator der Entwicklung und Stationierung immer neuer Massenvernichtungswaffen war und ist. Dort wird gezeigt, daß gerade die USA nicht nur als erste die Atombombe schufen, sondern sie auch ohne jegliche militärische Notwendigkeit gegen die Zivilbevölkerung einsetzten. Die USA waren der Initiator des Baus interkontinentaler strategischer Bomber und Atom-U-Boote mit ballistischen Raketen. Sie stationierten als erste

in großem Umfang interkontinentale landgestützte ballistische Raketen. Mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstete Raketen wurden von den USA Ende der 60er Jahre, von der UdSSR jedoch erst in den 70er Jahren entwickelt. Jüngst gab Washington die Aufnahme der Herstellung von Neutronensprengköpfen bekannt und beschloß ein Programm zur Stationierung Tausender luft-, see- und landgestützter Cruise Missiles. Konnte die Sowjetunion angesichts dessen die Hände in den Schoß legen? Natürlich nicht! Wir mußten auf die militärische Bedrohung seitens der USA reagieren und selbst die entsprechenden Waffen entwickeln.

Doch ist das Wettrüsten nicht der Weg, der zum Frieden führt. Wir sind überzeugt, daß es im Interesse der USA wie der Sowjetunion liegt, ein Übereinkommen über die Begrenzung der Rüstungen und ihren radikalen Abbau und das heißt zur Verringerung der Kriegsgefahr zu erzielen. Dieses Programm — das Friedensprogramm für die 80er Jahre — widerspiegelt die Staatspolitik der Sowjetunion.

Anders Washington. Die US-Administration verbirgt nicht, daß sie auf die „direkte Konfrontation“ mit der Sowjetunion, global wie regional, aus ist. Die militärpolitischen Thesen des Weißen Hauses sind nur als Programm zur Vorbereitung der materiellen Basis eines neuen Krieges zu bewerten. Dabei setzen die USA nach wie vor darauf, in Zukunft strategische Nuklearkräfte in verschiedenen Varianten, sowohl in einem allgemeinen als auch in einem auf einzelne Weltregionen beschränkten Kernkrieg einzusetzen.

Man weiß sehr gut, welche katastrophalen Folgen ein Kernkrieg haben müßte. Das erkennt man offenbar auch in den USA. Und vermutlich deshalb verbirgt Washington im Grunde nicht sein Bemühen, den Kernkrieg auf den europäischen Kontinent zu begrenzen und damit zu versuchen, der unausbleiblichen Vergeltung zu entgehen. Besonders gefährlich ist in dieser Hinsicht der den NATO-Verbündeten aufgezwungene Beschluß der USA, rund 600 neue US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren. Doch der Hoffnung auf „begrenzte“ Kernkriege fehlt jegliche Basis. Ein solcher Krieg muß unweigerlich zu einem allgemeinen werden.

Der militärische Aufbau in den USA wird von dem Wunsch gekennzeichnet, mit Gewalt eine Lösung internationaler Probleme durchzusetzen, die Washington gefallen würde. Daher, so der Armeegeneral, der Kurs auf den Ausbau der Militärpräsenz in verschiedenen Weltregionen.

In ihren Antworten auf Journalistenfragen machten Valentin Warennikow sowie der Chef einer Verwaltung des Generalstabs, Generaloberst Nikolai Tschernow und verantwortliche Mitarbeiter des UdSSR-Außenministeriums, deutlich, daß die Sowjetunion nichts tut, was zur Verletzung des militärisch-strategischen Gleichgewichts in der Welt führen könnte. Das bezieht sich u. a. auch auf die SS-20-Raketen, die, wie im Westen behauptet wird, dieses Gleichgewicht verletzen.

Tschernow erläuterte, die neuen Raketen würden nicht zusätzlich zu vorhandenen aufgestellt, sondern ersetzt werden. Es gehe ein gewöhnlicher Modernisierungsprozeß vor sich. Die westliche Presse aber verschweige hartnäckig, daß die Anzahl der Raketen bei uns nicht zu-, sondern im Gegenteil abnimmt.

Auch die Behauptung, die sowjetischen Raketen verletzten das Gleichgewicht, weil sie je drei Sprengköpfe trügen, hält nicht der Kritik stand. Erstens ist die summierte Stärke der Kernsprengköpfe der neuen Rakete geringer als die einer alten. Zweitens besitzen die NATO-Länder in Europa in der Anzahl der Kernsprengköpfe, die mit einem Start ins Ziel gelenkt werden, bereits die anderthalbfache Überlegenheit. Und das dritte Moment: In den NATO-Ländern wird eine massierte Modernisierung eigener Mittelstreckenwaffen vorgenommen, hauptsächlich durch die Erhöhung der Anzahl der Kernsprengköpfe. In Großbritannien werden die Polaris statt mit 3 mit 6 Sprengköpfen bestückt. In Frankreich werden land- und seegestützte Raketen mit Monoköpfen gegenwärtig zu Raketen mit 7 Sprengköpfen umgerüstet. Ständig vervollkommen werden die vorgeschobenen Kernwaffen der USA. Das alles halten die westlichen Strategen für normal. Aber sie machen große Augen, wenn sie in unsere Richtung blicken. Würde die Sowjetunion unter diesen Umständen ihre Raketenwaffen nicht modernisieren, käme das einer einseitigen Abrüstung gleich. Denn ebenso wie andere Waffen veralten schließlich auch Raketen mit der Zeit.

Man behauptet, die SS-20-Raketen besitzen eine hohe Reichweite, fuhr Tschernow fort. Warum sagt man aber nicht, daß die Polaris, Poseidon und die Vulkan-2-Flugzeuge (britische) und andere Kampfmittel eine noch höhere Reichweite besitzen. Unsere sowjetischen SS 20 haben die gleiche Reichweite, wie sie die SS 5 hatten und haben, die sie ersetzen und die den gleichen Aufgaben dienen. Daher ist völlig klar, daß die Modernisierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht die Parität verletzt und nicht zur Veränderung der strategischen Situation führt.

Dennoch verkündet Washington einen anderen Standpunkt. Von ihm ausgehend, wollen die USA zusätzlich zu den in Europa bereits vorhandenen nuklearen Mittelstrecken-

waffen rund 600 neue Raketen mit Kernsprengköpfen stationieren. Diese Raketen könne man nur als Aufstockung des US-strategischen Potentials betrachten, wurde auf der Pressekonferenz erklärt, da die vorgeschobenen Kampfmittel der USA in Europa (insbesondere mit einer Reichweite von 1000 und mehr Kilometern, die Objekte auf dem Territorium der UdSSR erreichen können), gegenüber der Sowjetunion strategische Mittel sind. Sie ergänzen faktisch das strategische Kernarsenal auf dem amerikanischen Kontinent. Es ist leicht auszumachen, wohin diese Nachrüstung Europas unter den Bedingungen des Gleichgewichts führt.

Die Amerikaner behaupten, ihre neuen Raketen seien nur auf die sowjetischen SS 20 gerichtet, bemerkte Tschernow. In diesem Zusammenhang sollte folgendes gesagt werden: Könnten die Pentagonchefs auf die Bibel schwören, daß die Pershing nicht auf die gleichen Objekte gerichtet sind wie die strategischen Offensivwaffen der USA? Diesen Schwur werden sie kaum leisten können, wenn sie wirklich an Gott glauben, sagte Tschernow unter dem Gelächter der Anwesenden.

Die Pershing werden vor allem auf sowjetische ballistische Interkontinentalraketen, auf staatliche und militärische Verwaltungsorgane sowie auf andere strategische Objekte gerichtet. Den Beweis dafür kann man auch in amerikanischen Quellen finden. Läßt man die Propaganda beiseite und nimmt die Insiderbetrachtungen zu diesem Problem, so wurde beispielsweise vom ehemaligen US-Verteidigungsminister Brown geäußert, die USA erlangten in diesem Fall eine unzweifelhafte strategische Überlegenheit, da die Flugzeit der Pershing 2 vier bis fünf Minuten beträgt. Was aber kann man in 5 Minuten tun? Mit anderen Worten handelt es sich nicht einfach um eine Ergänzung des auf dem amerikanischen Kontinent befindlichen strategischen Potentials um 572 Raketen. Es handelt sich um eine wesentliche qualitative Veränderung der strategischen Situation zugunsten der USA. Das muß die sowjetische Seite natürlich in Rechnung stellen.

Auf der Pressekonferenz wurde erklärt, die USA spielten auch falsch, wenn sie die sogenannte Null-Lösung anbieten. Sie ist unannehmbar, weil sie zu einer wesentlichen Verletzung der bestehenden Parität führt, bei der die Sowjetunion etwa 980 und die NATO-Länder etwa 990 Trägermittel in Europa haben. Der Hintergrundgedanke Reagans bei der Null-Lösung liegt darin, daß die Sowjetunion alle ihre Mittelstreckenraketen beseitigt, die NATO aber die ihren unangetastet läßt. Das ist aber doch reine Propaganda! Eine tatsächliche Null-Lösung für Europa bietet die UdSSR an. Wir sind gegen alle Arten von Kernwaffen, sowohl mittlerer Reich-

weite als auch taktischer. Wir sind für ein kernwaffenfreies Europa. Das wäre die tatsächliche Null-Lösung für die Europäer.

Auf der Pressekonferenz wurden die Ziele des amerikanischen Programms zur Aufstockung der chemischen Waffen aufgedeckt. Das ist der Versuch Washingtons, eine neue Runde des Wettrüstens einzuleiten. Es werden qualitativ neue chemische Waffen, darunter auch binäre, geschaffen. Man arbeitet an konkreten Plänen, sie in Drittländern — von Großbritannien bis Italien — zu stationieren. Schließlich droht das neue Programm die Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen endgültig zu durchkreuzen, die 1980 durch Schuld der USA unterbrochen wurden. Ernst genommen werden muß auch, daß die USA auf der letzten Tagung der UNO-Vollversammlung der einzige von 157 Staaten waren, der gegen die Resolution mit dem Aufruf stimmte, ein Maximum an Anstrengungen zur baldigsten Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA zu dieser Frage zu unternehmen und sich ferner der Schaffung neuer chemischer Waffen zu enthalten.

Es wurde festgestellt, daß die Herstellung und Anhäufung chemischer Waffen ein Bestandteil des Wettrüstens in den USA sei. Dieses laufe in verschiedenen Richtungen. Dazu gehören die Programme zur Produktion strategischer Waffen für den nuklearen Präventivschlag, die Stationierung interkontinentaler ballistischer MX-Raketen, atomarer Raketen-U-Boote vom Typ Trident und strategischer B-1-Bomber sowie die Stationierung neuer nuklearer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und die Massenherstellung von Cruise Missiles und Neutronenwaffen.

Das ist das Bild der fieberhaften Aufstockung des nuklearen Militärpotentials in Übersee. Und die Sowjetunion? Entwickelt sie neue Waffenarten? In Beantwortung dieser Frage wurde erklärt, unser Land sei dazu gezwungen. Aber gebaut werde eben das, was in den USA bereits vorhanden sei. Und so viel wie nötig ist, um das entstandene Gleichgewicht zu bewahren.

Wir waren niemals Initiatoren der Entwicklung neuer Waffenarten. Im Gegenteil. Wir sind dafür, die Massenvernichtungswaffen zu beseitigen, und haben mehrfach Vorschläge in dieser Richtung gemacht. Diese Aufgabe läßt sich natürlich nur unter den Bedingungen der Gleichheit und der gleichen Sicherheit lösen. Nehmen wir die in etwa vergleichbaren Systeme der U-Boote Ohio und Taifun. Unser Land hat mehrmals vorgeschlagen: Laßt uns in der Sowjetunion die Taifun und in den USA die Ohio abschaffen. Aber man ist unseren Wünschen bislang keinen Schritt entgegengekommen.

Einige Fragen auf der Pressekonferenz galten den Verhand-

lungen in Genf und Wien. Die sowjetische Haltung auf den Genfer Verhandlungen wird bekanntlich von dem Programm bestimmt, das Leonid Breschnew während seines BRD-Besuchs erläuterte. Es handelt sich um den Abbau der nuklearen Rüstung in Europa durch ihre Reduzierung um Hunderte Einheiten, um Verhandlungen zum Verbot der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen auf dem Kontinent. Die sowjetische Seite ist zu einem Übereinkommen bereit, dem zufolge es in Europa gar keine nuklearen Mittelstreckenwaffen gäbe. Das wäre eine wahrhaft radikale Lösung dieses wichtigen Problems.

Die UdSSR-Delegation hat alle Vollmachten, die Verhandlungen von dieser sachlichen Position her zu führen, um in kürzesten Fristen ein Abkommen auszuarbeiten, das die radikale Reduzierung der Kernwaffen in Europa bedeuten würde. Die amerikanische Seite dagegen tritt rund um den bekannten Vorschlag Ronald Reagans von der „Null-Lösung“ auf der Stelle, der keinesfalls als realistisch beurteilt werden kann, weil er auf die einseitige Abrüstung der Sowjetunion abzielt. Wenn die USA konstruktiver an den sowjetischen Vorschlag herangehen, bietet sich ein Weg für ein Abkommen, das den Interessen aller Völker entspricht.

Der mangelnde Wunsch der westlichen Partner, zu einer realen Übereinkunft über den Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa zu gelangen, ist auch der Grund für die Sackgasse, in der sich die Wiener Gespräche befinden. Während die UdSSR einseitig Truppen und Rüstungen, insbesondere Panzer, aus Mitteleuropa abzieht, haben die USA ihr Truppenkontingent in Mitteleuropa nicht verringert, sondern sogar erhöht.

Was ist zu tun, um aus der Sackgasse herauszukommen? Nur ein Impuls ist nötig: Die westlichen Verhandlungsteilnehmer müssen sachlich und unvoreingenommen an den Vorschlag der sozialistischen Länder herangehen, der in der ersten Phase den Abbau der sowjetischen und der US-Truppen als erste Maßnahme zur Minderung der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa vorsieht.

Eine im Westen sehr verbreitete propagandistische Unterstellung schwang in der Frage, ob es stimme, daß die politische und die militärische Führung der Sowjetunion unterschiedliche Ziele verfolge, wobei die politische den Kampf für Frieden und Abrüstung, die militärische die verstärkte Macht der Streitkräfte des Landes wolle.

In seiner Antwort darauf erklärte Armeegeneral Warennikow, die Streitkräfte der Sowjetunion und alle Militärs teilten voll und ganz die Politik von Partei und Regierung und seien ihrem Volk ergeben. Hoffnungen und Wünsche des sowjetischen Volkes äußerten sich im Kampf für einen dauerhaften Weltfrieden. ■

„GUTE NACHRICHT“ IN WASHINGTON...

„Heute arbeiten in den USA 1 Million Menschen mehr als bei Amtsantritt der Regierung“, erklärte Ronald Reagan am 19. Januar auf einer Pressekonferenz. Das wurde zur Sensation des Tages, denn sonst hatte der Präsident nichts Neues zu melden. Es blieb bei der alten Entschlossenheit, die Militärausgaben zu erhöhen, und bei den Drohungen, die Russen wegen der Ereignisse in Polen zu bestrafen.

Die US-Bürger lechzen seit langem nach guten Nachrichten, vor allem aus dem Wirtschaftsbereich. Denn noch im November überstieg die Zahl der Arbeitslosen die 9-Millionen-Marke, und 3 Millionen hatten nur Kurzarbeit. Jetzt aber stehen die Dinge angeblich gar nicht so schlecht. Und zwar infolge des „tiefen Mitgefühls“ des Präsidenten mit den Arbeitslosen.

Doch die gute Nachricht hielt sich nur bis zum Erscheinen der Morgenzeitungen,

die meldeten, der Präsident habe sich einfach geirrt. Während seiner Amtszeit sei die Arbeitslosigkeit, laut offizieller Statistik, nicht um 1 Million gesunken, sondern um 500 000 gestiegen.

In ihren Kommentaren bemerkten die Massenmedien, die Mitarbeiter des Weißen Hauses bereiten ihren Chef jetzt besser auf Pressekonferenzen vor. Sie hätten nur „einen offenen ins Auge fallenden faktischen Fehler zugelassen“. Der machte, daß Millionen Fernsehzuschauer in dieser Nacht ruhiger schliefen.

Bei dem jetzigen Zustand in Amerika ist auch eine ruhige Nacht schon ganz schön. Man hatte den Präsidenten also doch zweckmäßig instruiert.

P. ANDREJEW

...UND BITTERE WAHRHEIT IN LONDON

„Dezember 1981 — London hat 326 238 Arbeitslose“ verkündet ein riesiges Plakat am Gebäude des Rats von Groß-



London. Es befindet sich am südlichen Themse-Ufer, direkt gegenüber Westminster. Die Parlamentarier haben nun also die Möglichkeit, regelmäßig der bitteren Wahrheit ins Auge zu blicken.

Die konservative Regierung hält dennoch an ihrer Wirtschaftspolitik fest, die den Briten 3 Millionen Arbeitslose beschert hat. Hier also gibt es nicht mal gute Nachrichten für eine Nacht.

G. SIDOROWA

Foto aus „Morning Star“
(Großbritannien)

WER

Mitte Januar des Unterausschusses ristischen Ausschüssen hatten sie agentur waren die gefährlich die „so ihren Freund in A

Während der C klammert, wer die que ihr Unwesen auch nicht über d aus dem Bemühe verhaßte Apartheid und alle seine Gedeshalb rufen di einem Vulkan füh

Nachdem sie e schen Kontakte zu beide Seiten zu reichen Erfahrung fung“, und auch c

DIE BRE

An der Unive men soll ein „I zentrum“ einger den, das allerd eine Beziehung : schaft hat, da dem Studium „ ger Literatur u schaftlicher Strö Osteuropa“ t soll. Anders aus hat sich auf i Diversionen zu ren.

Das neue Fors trum ist eine d der BRD aus C US-Geheimdiens

DIE EINEN HUNGERN

Fast 500 Millionen Menschen auf der Erde leiden, nach UNO-Angaben, an chronischem Hunger. Andererseits 40% der US-Amerikanerinnen und 32% der Amerikaner zwischen 40 und 49 Jahren haben Übergewicht. Die Bewohner Westeuropas und Nordamerikas leiden häufig an Völlegefühl. Sie geben jährlich für die Behandlung eine Summe aus, die dem Brutto sozialprodukt der Hälfte der Bevölkerung in den Entwicklungs lä n d e r n gleichkommt.

Nach Ansicht von Experten werden in der Welt genügend Nahrungsmittel für wesentlich mehr Menschen erzeugt, als die Erde gegenwärtig zählt. Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat errechnet: Die Weltgetreideproduktion würde ausreichen, jeden Menschen mit mehr als 3000 Kalorien und 65 Gramm Protein pro Tag zu versorgen, was den Bedarf wesentlich übersteigt.

Woran liegt's also?

Die Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne des

Westens haben 25% des Bodens der Entwicklungsländer in der Hand, in denen die Bevölkerung hungert. Zum Schaden dieser Staaten werden dort Exportkulturen gezogen. Auf 56% der bearbeiteten Bodenflächen in Ghana wird Kakao angebaut, in Senegal auf über der Hälfte Erdnüsse. In Brasilien verdrängt Soja die Hülsenfrüchte, die Hauptproteinquelle für die Armen. Thailand, das vor kurzem noch Selbstversorger mit Reis war, muß ihn jetzt einführen, exportiert dafür aber jährlich 6—8 Mio t Manioka.

Andererseits importiert Westeuropa pro Jahr für

die Viehzucht 35 Mio t Hülsenfrüchte und Soja, Erdnuß- und Baumwollfruchtkuchen sowie andere Erzeugnisse zur Steigerung des Eiweißgehalts. „Schweine und Kühe der Normandie, Pariser Katzen und Hunde besitzen mehr Kaufkraft als die landlosen Bauern in der dritten Welt“, erkennt bitter die französische Organisation „Frères des Hommes“.

Um des Superprofits willen beeinträchtigen die Multis die Gesundheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern und verdammen Millionen Menschen zum Hunger.

Die Organisationen „Frères des Hommes“ und

„Terre des Hommes“ künden die D sinnvoller ern den Hunger b appellieren a päter, sich von daran zu gew nigen Fleisch, Zucker zu verl den Entwickl aber müsse Herstellung vo mitteln statt c kulturen anlauf ter Gedanke. I angesichts der der Profitjäger kapitalistischen durchführbar?

W. SC

EHRT WEN

n in Johannesburg zwei Mitarbeiter Sicherheit und Terrorismus beim ju-Senats. Unaufschiebbare Angelegen-rt. Laut südafrikanischer Nachrichten-ner angereist, um festzustellen, wie en Kontakte zu den Terroristen“ für

blieb allerdings die Frage ausge- sten, die in Angola und Moçambi- inanziert und bewaffnet. Man sprach en Spannungen in der RSA, die sich assistischen Behörden ergeben, das e um jeden Preis aufrechtzuerhalten usam zu verfolgen. Aber eigentlich abar in Pretoria, die sich wie auf ch Hilfe aus Übersee.

hr Herz über die angeblichen sowjeti- roristen ausgeschüttet hatten, waren i Pretoria freut man sich über die USA bei der „Terroristenbekämp- konnten so manches lernen.

J. BOTSCHKARJOW

DIVERSANTEN

sten Institutionen. Vor eini- gen Jahren entstand z. B. in München das „internatio- nale Samisdat-Forschungs- zentrum Samisdat-Archiv e.V.“ Es befaßt sich mit der Verbreitung antisoziali- stischer Schriften.

Unter den Finanzisten beider Zentren ist die „Volkswagenstiftung“. Sie gehört der Bundesregierung und der Regierung des Landes Niedersachsen. Es erhebt sich die Frage, ob die Leute, die die grobe Einmischung in die Angele- genheiten der sozialisti- schen Länder unterstützen, nicht vielleicht die KSZE- Schlußakte genauer lesen sollten. In ihr heißt es, daß sich die Unterzeichnerlän- der verpflichten, sich „...der direkten oder indi- rekten Unterstützung ter- roristischer Tätigkeiten oder subversiver oder an- derer Tätigkeiten“ zu ent- halten, „die auf den ge- waltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Teilnehmerstaates gerichtet sind.“

Die Schlußakte trägt auch die Unterschrift der BRD- Regierung.

D. POGORSHELSKI

„NEUE ZEIT“

S. 82

IN BÖSER HOFFNUNG

Dieser japanische Beamte, der zu einem 10tägigen Besuch in China eintraf, interes- sierte sich nicht für Konzessionen, nicht für billige Arbeitskräfte oder Ausgleichszah- lungen für gebrochene Verträge. Dennoch handelte es sich um eine sehr geschäft- liche Reise.

Der Berater des Verteidigungsamts (VA) S. Nishihiro sah sich sehr gut an, was man ihm zeigte, und kalkulierte. Gezeigt wur- de ihm viel. Die Gastgeber hatten Begeg- nungen mit der höchsten Führung der chi- nesischen Volksbefreiungsarmee, Besuch von Militärobjekten, Vorführungen der Ge- wehrsbereitschaft der Armee im Programm. Nur wenige Ausländer haben bisher zu sehen bekommen, was man Nishihiro so großzügig vorzeigte. Aber es besteht kein Grund zum Staunen.

Die Reise des VA-Beraters ist der erste offizielle Kontakt von Militärdienststellen beider Länder auf hoher Ebene, der die Intensivierung der diesbezüglichen japa- nisch-chinesischen Kontakte einleitet. „Asahi“ schreibt, im VA verstärke sich die Ansicht, daß der Meinungsaustausch mit militärischen Repräsentanten Chinas nütz- lich sei.

Der Chef des japanischen Verteidigungs- amts Ito erklärte in einem Interview der „Kyodo Tsushin“, er hoffe auf die allmäh-



Zeichnung: W. Tschakiridis

liche Entwicklung der Zusammenarbeit mit den chinesischen Kollegen.

In Peking hofft man auch. Und zwar darauf, daß der Traum über die grundsätz- liche militärische Zusammenarbeit mit To- kio in Erfüllung gehe und man Japan in die antisowjetische Kampagne einbeziehen könne.

Der Peking Mitarbeiter der britischen „Times“ bemerkte, in China, wo die Dok- trinen Maos eine nach der anderen ad acta gelegt werden, sei wohl der einzige Gedanke, der bislang als richtig angese- hen wird, das Bündnis mit dem Westen und die scharfe Auseinandersetzung mit der UdSSR.

Dieser Doktrin zuliebe drängt Peking auf die militärische Zusammenarbeit mit Tokio.

M. LEONIDOW

VON WEGEN

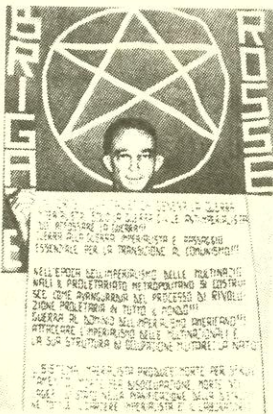
Uri Porat, offizieller Vertreter des israelischen Ministerpräsidenten Begin, leugnete jüngst das Be- stehen enger Kontakte von Geheimdiensten Tel Avivs zu den „Roten Brigaden“ (RB). Das letzte Opfer der RB sehen Sie auf dem Foto. Es ist der in Vero- na entführte US-General Dozier.

Was will Tel Aviv nun dementieren?

Bereits 1973 nahmen Agenten des israelischen Geheimdiensts Mossad Verbindungen zu RB in Mailand auf, denen sie Waffen, Munition, Geld sowie Unterstützung bei der Kampfausbildung an- boten. Als Gegenleistung sollten sie ihre Aktivitäten zur Destabilisierung der

politischen Lage in Italien verstärken. (Aus Aus- sagen des verhafteten RB- Mitglieds Alfredo Buona- vita.)

Ende 1977 leistete Mos- sad den RB einen ähnli- chen Dienst, indem er zwei Kundschafter ent- larvte, die in die „Roten Brigaden“ eingeschleust werden sollten. (Aus Aus-



sagen des ehemaligen RB-Führers Patrizio Peci.)

Der Mitarbeiter der Rö- mer Staatsanwaltschaft Ferdinando Imposimato, der den Fall Aldo Moro bearbeitete, erklärte in einem Interview des „Mes- saggero“, israelische Ge- heimdienste hätten seit langem ihre Kontaktmän- ner und Mitarbeiter in den RB. Sie hofften, die Lage in Italien zu desfa- bilisieren, um Washington zu veranlassen, Israel mehr Hilfe zur „Garantierung der Sicherheit im Mittel- meerraum“ zu geben.

Der Vertreter Begins bezeichnete diese Be- schuldigung als lächerlich. Von wegen!

L. NIKOLAJEW

Foto aus „Panorama“ (Italien)

AUF ABSCHÜSSIGEM WEG

(Anläßlich jüngster Erklärungen der IKP-Führung)

Die Menschheit ist heute Zeuge heftiger Angriffe des Imperialismus gegen die Kräfte des Friedens und des Sozialismus, der nationalen Befreiungsbewegung, gegen die kommunistischen und Arbeiterparteien. Der Imperialismus, in erster Linie der US-Imperialismus, will soziale Revanche für die vielen Niederlagen der letzten Jahre nehmen und setzt dabei auf die Aufstockung der Militärmacht, auf Störung des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen UdSSR und USA, zwischen Warschauer Vertrag und NATO. In den Hauptquartieren der NATO-Mächte werden Kriegspläne gegen die Länder des Sozialismus entwickelt, ganze Weltregionen werden zu „Interessensphären“ der USA erklärt, es gibt Drohungen gegen Kuba, Nikaragua, Libyen, Angola und andere Länder, die mit dem kapitalistischen System gebrochen haben. Es kommt zu immer neuen Runden des Wettrüstens, und die Ausgaben dafür haben astronomische Summen erreicht. Allein der Militärhaushalt der USA für das kommende Jahr übersteigt 200 Md. Dollar. Das alles führt zu einer präzedenzlosen Verschärfung der ohnehin komplizierten internationalen Lage.

Immer neue Äußerungen erweisen sich als Herausforderung der elementaren Normen des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen. Es wird versucht, groben Druck auf die sozialistischen Länder auszuüben, sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen, und es werden offene Drohungen im Einklang mit Erpressung und wirtschaftlichem Druck laut. Das kompliziert die Weltsituation noch mehr.

Millionen Menschen sind über die heutige Weltlage zutiefst beunruhigt. Viele Repräsentanten unterschiedlichster Bevölkerungsschichten, die früher der Weltpolitik fernstanden, begreifen heute, woher die Friedensbedrohung ausgeht. Immer umfangreicher und machtvoller werden die Demonstrationen für den Frieden, gegen das Wettrüsten und die Konfrontation, die zur nuklearen Weltkatastrophe führen kann.

Vor kurzem wurde die Welt Zeuge in ihrer Größenordnung einmaliger Demonstrationen von Hunderttausenden Bürgern der BRD, Italiens, Belgiens, Hollands, Großbritanniens, Portugals und anderer westeuropäischer Länder, die auf die Straße gegangen waren, um der abenteuerlichen Politik des Imperialismus, die die Gefahr eines nuklearen Krieges schafft, ihr entschiedenes „Nein“

entgegenzurufen.

Im Vortrupp des Kampfes für Frieden und internationale Entspannung, für die Lösung strittiger Probleme durch Verhandlungen stehen, wie auch in der Vergangenheit, die Kommunisten. Man könnte viele Beispiele für das aktive Wirken der kommunistischen Bruderparteien in Westeuropa, Lateinamerika und anderen Kontinenten anführen, die in ihren Ländern entschlossen den Frieden und die internationale Sicherheit der Völker verteidigen. Sie zeigen überzeugend die friedensdienliche Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, den herausragenden Beitrag der KPdSU und ihres Zentralkomitees sowie des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Präsidiumsvorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR Leonid Breschnew, die eine ganze Reihe außerordentlich wichtiger außenpolitischer Initiativen zur Gesundung der Weltlage vorlegten.

Eine scharfe Dissonanz waren in diesem Zusammenhang die Äußerungen der Führung der Italienischen KP. Sie veröffentlichte vor kurzem eine Erklärung zu den Ereignissen in Polen und hielt danach ein Sonderplenum des ZK der Partei ab, auf dem Genosse Berlinguer das Referat hielt. Die „Unità“ veröffentlichte verschiedene Artikel.

Auf dem ZK-Plenum wurde die Weltlage sowie die Außen- und Innenpolitik der KPdSU wie in einem Zerrspiegel dargestellt. Die IKP-Führer haben mehrfach erklärt, die **wichtigste Frage der Gegenwart**, die Voraussetzung für das weitere Fortschreiten der Menschheit sei die **Bewahrung und Festigung des Friedens**. Nun aber kommen sie mit Dokumenten, in denen der reale Sozialismus und die sozialistische Gemeinschaft herabgesetzt werden, die das wichtigste materielle und politische Bollwerk zur Bewahrung des allgemeinen Friedens und die Hauptbastion auf dem Weg der imperialistischen Anschläge und jeglicher Versuche sind, den gesellschaftlichen Fortschritt überall auf der Erde zu hemmen und rückgängig zu machen.

Obwohl die IKP-Führer in einigen Sätzen davon reden, sie seien weit entfernt davon, die internationale Rolle der UdSSR zu ignorieren, erklären sie im gleichen Atemzug, daß die Politik der UdSSR „in anderen Fällen“ den Interessen der Völker widerspreche. Das IKP-Zentralorgan „Unità“ stellte in einem redaktio-

nellen Artikel vom 15. Dezember 1981 die Interessen der Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR den Interessen der Völker der sozialistischen Länder Osteuropas direkt gegenüber, und Genosse Berlinguer brachte in seinem Referat auf dem Plenum die Verzögerung des Entspannungsprozesses und dessen Begrenzung mit nicht mehr und nicht weniger als dem Bemühen der UdSSR zur „Verteidigung ihrer Einflußsphären“ in Zusammenhang.

Diese Haltung, die von einer objektiven und kommunistischen klassenmäßigen Einschätzung der Ereignisse und um so mehr vom proletarischen Internationalismus weit entfernt ist, hat ihren traurigen Ursprung. Die Außenpolitik der UdSSR wird nämlich von den IKP-Führern — entgegen den Tatsachen und entgegen den traditionellen Wertungen und Analysen der IKP selbst — ebenso wie die Weltpolitik insgesamt seit einiger Zeit durch das völlig irrtümliche Prisma der berüchtigten „Blockpolitik“ betrachtet und beurteilt. Diese Formel aber stellt die NATO und den Warschauer Vertrag, die UdSSR und die USA faktisch auf eine Stufe und schreibt ihnen gleiche Intentionen und die gleiche Politik zu. Dabei wird die Hauptsache ignoriert: Inhalt und Klassenwesen der Außenpolitik der Staaten, darunter der friedliebende und fortschrittliche Charakter des Wirkens der sozialistischen Länder auf dem Weltchauplatz.

Eine solche Betrachtungsweise erweist den IKP-Führern einen Bärendienst. Verbal versichern sie, man dürfe den „Blockinteressen“ keine sozialen und politischen Veränderungen im Leben der Völker zum Opfer bringen. Gleichzeitig aber wagen sie es, sich gegen jene Aktivitäten der UdSSR zu äußern, die der Garant gegen den Export der Konterrevolution, gegen die groben Versuche des imperialistischen Blocks waren und sind, das in der Welt entstandene Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu stören und zu verändern und den Prozeß der sozialen und politischen Wandlungen im Leben der Völker rückgängig zu machen.

Nein, die Weltpolitik läßt sich nicht in das abstrakte „über den Klassen stehende“ Schema solcher Erwägungen einordnen. In diesem an den Haaren herbeigezogenen Schema ist im Grunde kein Platz für objektive, gerechte Wertungen der internationalen Rolle der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft. Ihre Linie auf

dem Weltchauplatz verfolgt die Sowjetunion in enger Gemeinsamkeit mit den anderen sozialistischen Ländern. Die sozialistische Gemeinschaft entscheidet gemeinsam über die Gewährleistung der eigenen Sicherheit und die Verteidigung des Weltfriedens, wobei sie, wie in allen anderen Fällen, von den Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Hilfe und der Zusammenarbeit ausgeht, denen der sozialistische Internationalismus zugrunde liegt. Und gerade die Bruderländer, unsere Freunde überall in der Welt heben hervor, daß die Sowjetunion die Hauptlast zum Schutz der gesamten sozialistischen Gemeinschaft gegen die imperialistische Bedrohung trägt, da sie das Hauptbollwerk ihrer Errungenschaften und die Hoffnung auf dem Weg zu Freiheit und Fortschritt aller freiheitsliebenden Völker ist.

Man darf annehmen, daß man das alles in der IKP-Führung nicht gewußt oder nicht begriffen habe. Nicht nur den Kommunisten, sondern vielen anderen fortschrittlichen und demokratischen Kreisen ist klar, daß die imperialistische Bourgeoisie von heute den Klassenkampf unweigerlich bis zum weltweiten Wüten der barbarischsten Reaktion führen würde, wären da nicht die Sowjetunion und ihre sozialistischen Verbündeten. Es ist traurig, feststellen zu müssen, daß die IKP-Führung mit ihrer „blockfreien“ Betrachtungsweise der internationalen Angelegenheiten faktisch Wasser auf die Mühle des einen, und zwar des imperialistischen Blocks, gießt.

In den jüngsten Erklärungen der IKP-Führung und auf dem Plenum wurde auch die Gesamteinstellung zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und zur Sowjetunion als sozialistischem Land revidiert. Das ging soweit, daß die Genossen Napolitano, Ingrao und andere Mitglieder der IKP-Führung die Existenz des Sozialismus in der UdSSR überhaupt anzweifeln.

Als Vorwand mußten die Ereignisse in Polen herhalten. Unabhängig von den polnischen Ereignissen jedoch treibt die IKP-Führung schon lange auf die Abkehr vom Marxismus-Leninismus und den Übergang zu dem Sozialismus und dem Frieden fremden und schädlichen Positionen zu. Jetzt, unter dem Vorwand der Einschätzung der polnischen Krise, hat das ZK-Plenum der IKP die Tendenz endgültig vollzogen, die in den vorausgegangenen Dokumenten und Erklärungen der IKP-Führung erkennbar wurde: Gegen die sozialistischen Staaten aufzutreten, die großen historischen Siege der KPdSU, des sowjetischen Volkes und der Völker der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu verketzern.

Die Verfasser der Erklärung der IKP-Führung, der Referent und

noch mehr einige Redner auf dem Plenum (Giorgio Napolitano, Pietro Ingrao, Emanuele Macaluso u. a.) ergingen sich in groben Ausfällen gegen die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Was brachten sie nicht alles vor! Entgegen den realen Tatsachen und der Meinung der meisten Kommunisten aller Länder behaupteten diese Redner, der Sozialismus habe seine Triebkraft verloren und stagniere. Die IKP-Führer verstiegen sich dazu, in der Terminologie der Feinde des Sozialismus und der Sowjetunion von einer „Entartung“ der sozialistischen Länder zu sprechen.

Wenn sie solche Behauptungen aufstellen, wollen sie ebenso wie die vielen Antikommunisten aller Schattierungen nicht sehen, daß gerade die in diesen Ländern bestehende Gesellschaftsordnung zum erstenmal die Ideen der großen Theoretiker des Sozialismus und die jahrhundertalten Träume des arbeitenden Volkes in die Wirklichkeit umgesetzt hat.

Die Werktätigen in der ganzen Welt wissen gut, daß gerade der Sieg der sozialistischen Revolution in der UdSSR und danach in verschiedenen anderen Ländern zur Schaffung einer Gesellschaft führte, die frei von Ausbeutung ist, die die Arbeit entsklavte und damit die völlige Freiheit zur Entwicklung des Einzelnen sicherte. Läßt sich das von Italien und anderen kapitalistischen Ländern sagen, die von ihrer „Demokratie“ faseln, wenn dort die Ausbeutung von Millionen Werktätigen durch die kleine Zahl der Besitzenden, die sich an fremder Arbeit grenzenlos gesundstoßen, die Basis des gesamten gesellschaftlichen Lebens bleibt? Wie kann man leugnen, daß der siegreiche Sozialismus — und nur er — der Menschheit das Wichtigste gab: das Recht auf Arbeit, Freiheit von Armut und Arbeitslosigkeit, daß er einen in der Geschichte unbekannten Aufschwung der vitalen Kräfte und der Talente im Volk gewährleistete und sie vor den aggressiven Plänen des Imperialismus schützte.

Wie kann man leugnen, daß der siegreiche Sozialismus zum erstenmal in der Geschichte die Macht der Ausbeuter durch die Macht der Werktätigen ersetzte, also durch die umfassendste Demokratie für die Volksmassen. Natürlich ist diese Demokratie ihrem Wesen und ihren Ausdrucksformen nach weit über Rahmen und Schema der bürgerlichen Demokratie hinausgegangen. Doch eben die sozialistische Demokratie, ihre materiellen Ergebnisse, alles, was sie dem arbeitenden Menschen gab, haben die neue Epoche in der modernen Geschichte eingeleitet.

Und jetzt, heute? Heute setzen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft die offensive Entwicklung

fort. Das gilt für die Wirtschaft wie für das soziale und kulturelle Leben. Und natürlich auch für die sozialistische Demokratie.

In den sozialistischen Ländern vollzieht sich eine stete Vervollkommnung der Formen und Methoden zur Durchsetzung der echten Volksmacht, deren Wesen nicht in einem abstrakten Kritikastertum und nicht in einer unersprießlichen Oppositionsspielerei besteht, sondern in der immer breiteren Beteiligung der Werktätigen an der täglichen Leitung der Gesellschaft und des Staates, in ihrer realen politischen und sozialen Freiheit.

Es gibt „keine einzige wichtige Frage der Innen- und Außenpolitik, die nicht unter aktiver, unmittelbarer Beteiligung der Werktätigen diskutiert würde“, sagte auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU der Bergarbeiterbrigadier und Held der sozialistischen Arbeit aus dem Gebiet Woroschilowgrad Kolesnikow. „Die Rolle der Arbeiterklasse bei der Leitung der Angelegenheiten des Landes und der Gesellschaft war immer bedeutend. Besonders jedoch nahm sie nach Verabschiedung der neuen Verfassung zu. In unserem wie in jedem anderen Gebiet wurden Zehntausende Arbeiter in die Parteikomitees, die Sowjets der Volksdeputierten, in Gewerkschafts- und Komsomolorgane, in Organe der Volkskontrolle und andere gesellschaftliche Organisationen gewählt. Ihr stets steigendes politisches und geistiges Niveau gestattet es der Arbeiterklasse, die gesellschaftlichen Angelegenheiten zu leiten und der wahre Herr des Landes zu sein.“

In den letzten Jahren haben sich tatsächlich alle Systeme der sowjetischen repräsentativen Demokratie (d. h. der Machtorgane des Volkes über die von der Bevölkerung gewählten Repräsentanten), wie auch das System der unmittelbaren Demokratie (d. h. unmittelbare Beteiligung der Massen an der Ausübung dieser oder jener Machtfunktionen) wesentlich aktiviert. In den letzten Jahren z. B. gab es allein in der Sowjetunion so bedeutende Maßnahmen wie die Diskussion des Entwurfs der neuen Verfassung, der Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1981–1985 und den Zeitraum bis 1990 sowie einiger Gesetze und Pläne zur weiteren Ankurbelung der Wirtschaft. Das eben ist die wahrhaft volksweite Diskussion der Politik von Partei und Staat, der Perspektiven und Wege des kommunistischen Aufbaus. Ständig wird nach wirksameren Methoden und Formen für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft gesucht. Antigesellschaftliche Erscheinungen werden in den Massenmedien und in den Arbeitskollektiven scharfer Kritik unterzogen. Das alles ist eine unbedingte Voraussetzung für die

fortschreitende Entwicklung, ein Beweis für die breite Beteiligung der Volksmassen an der Leitung des Staates.

Dabei haben die sozialistischen Staaten natürlich keineswegs vor, jenen freie Hand zu lassen, die die sozialistische Gesetzlichkeit ignorieren und verletzen und, gestützt auf die Hetze und Hilfe von außen, versuchen, die sozialistische Ordnung — den Hauptgaranten für Rechte und Freiheiten der Volksmassen — zu untergraben. Damit verletzt der Sozialismus keineswegs die Prinzipien der Demokratie und die Menschenrechte, sondern sichert ihnen im Gegenteil realen Schutz.

In den sozialistischen Ländern gibt es auch Schwierigkeiten und Mängel. Das ist durchaus verständlich, denn sie haben die Probleme und Aufgaben von Entdeckern zu bewältigen. Noch immer auch nistet die Denkweise des Kapitalismus in Bewußtsein und Mentalität der Menschen. Negative Auswirkungen auf die sozialistische Wirtschaft haben das vom Imperialismus entfesselte Wettrüsten und dessen Bemühungen, die Belastungen der Krisenerschütterungen in der kapitalistischen Wirtschaft auf den Sozialismus abzuwälzen. Von den Schwierigkeiten und Mängeln in den sozialistischen Staaten wird offen sowohl auf den Parteitag wie in der Tagespresse, auf Versammlungen usw. gesprochen, und zwar vor allem, damit diese Mängel abgeschafft und die Schwierigkeiten überwunden werden. Das alles liegt im Interesse des Volkes. Die Schwierigkeiten als der Natur des politischen und wirtschaftlichen Systems der sozialistischen Länder innewohnend hinzustellen, wie das die IKP-Führung tut, heißt, alles auf den Kopf stellen. Damit beschäftigt sich die bürgerliche Propaganda seit langem. Nun schlagen auch die Repräsentanten der IKP-Führung diesen Weg ein.

Man darf auch folgendes nicht vergessen: Zu den ziemlich beachtlichen Ursachen für die Schwierigkeiten in einzelnen sozialistischen Ländern gehört auch die sehr aktive Wühlätigkeit des Klassengegners. Es wäre natürlich gut, wenn es keine imperialistische Einmischung und ständige Diversion gegen den Sozialismus gäbe. Es wäre einfacher, wenn diese Kräfte ihre Tätigkeit nicht mit wohlklingenden Parolen verbrämten und darauf hofften, daß manche Leute auf solche Propaganda hereinfallen. Leider aber gibt es das alles. Der Klassenkampf in der Welt geht weiter. Da das aber so ist, muß nicht nur jeder Kommunist, sondern jeder wahre Gegner von Imperialismus und Krieg seinen Standort in diesem Kampf klar bestimmen.

Leider muß man feststellen, daß die IKP-Führung ihren Standort derart bestimmt, daß sie sich faktisch in einem Lager mit den Kräf-

ten wiederfindet, die den Sozialismus bekämpfen. Das ist zutiefst bedauerlich.

In den Dokumenten der IKP-Führung wird noch eine weitere abgegriffene Behauptung gegenüber unserer Partei in unterschiedlichsten Versionen wiederholt, und zwar, daß die KPdSU jemandem ihr „Modell“ des Sozialismus aufzwingen.

Die KPdSU weist diese These und auch den Begriff „Modell“ selbst entschieden zurück. Es gibt kein sowjetisches „Modell“. Es gibt sowjetische Erfahrungen, in denen, wie die gesamte kommunistische Bewegung glaubt, allgemeine Merkmale und spezifisch nationale Merkmale vorhanden sind. Genauso wie in den Erfahrungen eines jeglichen anderen sozialistischen Landes.

Es ist ganz klar, daß Ungarn oder Kuba, Jugoslawien oder die Mongolei, Vietnam oder die Tschechoslowakei, Bulgarien oder Polen ihre Revolutionen auf eigene Weise, in den ihnen eigenen Formen vollzogen haben. Die nationalen Besonderheiten zeigten sich auch in der folgenden Phase der Schaffung und Festigung der sozialistischen Gesellschaft, im Aufbau des Sozialismus.

Bekanntlich hat der XXVI. Parteitag der KPdSU erneut energisch die Überzeugung unserer Partei bekräftigt, daß jede revolutionäre Partei das unbeherrschbare Recht auf die Wahl der Wege und Formen des Kampfes für den Sozialismus und den sozialistischen Aufbau hat. „Vor nicht allzu langer Zeit setzte sich die Führung einiger kommunistischer Parteien energisch für das Recht auf nationale Spezifik in den Wegen und Formen des Kampfes für den Sozialismus und des sozialistischen Aufbaus ein. Betrachtet man die Frage jedoch unvoreingenommen, so muß man zugeben, daß niemand jemandem Schablonen und Klischees aufzwingt, die die Besonderheiten des jeweiligen Landes außer acht lassen“, sagte dort Leonid Breschnew. Doch die italienischen Genossen tun so, als wüßten sie nichts von dieser prinzipiellen Haltung der KPdSU und rennen mit ihrer Forderung nach „neuen Lösungen“ offene Türen ein.

Die IKP-Führer erklären, sie wollten in ihrem Land „ihren Sozialismus“ aufbauen, der besser, vollkommener wäre, als der in anderen Ländern. Nun gut! Die sowjetischen Kommunisten wie wahrscheinlich auch viele andere können da nur sagen: Das ist eure Sache, wir wünschen euch Erfolg. Sie werden es jedoch nie als richtig und ehrenhaft anerkennen, wenn dieses Bemühen um den Aufbau eines zukünftigen Sozialismus so fundiert werden soll, wie das die IKP-Führer tun: nicht mit neuen, wirklich ernsthaften Thesen unter Berücksichtigung der Besonderheiten Italiens, sondern mit abstrakten Erwägungen über Demokratie und

wortreichen Erklärungen über die „Perspektivlosigkeit“ der jetzigen, bereits bestehenden sozialistischen Gesellschaften, die sich dynamisch entwickeln, deren gesamthistorische Erfahrungen und vitale Praxis in hohem Maße das Gesicht der Welt von heute bestimmten und bestimmen.

In falschem Licht stellen die italienischen Genossen auch die Praxis des Weltsozialismus dar. Dabei ist das die Praxis des Aufbaus einer in der Geschichte neuen Gesellschaft und die ersprießlichste Quelle zur Bereicherung der Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus, Quelle ihrer unversiegbaren Vitalität. Man muß bewußt die Augen vor jener riesigen Welt verschließen, die heute vom Begriff realer Sozialismus erfaßt wird, sowie vor dessen reicher Praxis, um die wahrhaft lebenspendenden dialektischen Zusammenhänge mit der Theorie des Marxismus-Leninismus nicht zu erkennen.

Tatsächlich ist es so, daß das neue, unbekannte „Modell“ des Sozialismus, das die IKP-Führer offenbar auch anderen kommunistischen Parteien und Ländern aufdrängen wollen, lediglich dazu aus der Taufe gehoben wurde, um den seit mehr als 50 Jahren real bestehenden Sozialismus zu verketzern. Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus der Haltung, die die IKP-Führer zum wissenschaftlichen Sozialismus, zum Marxismus-Leninismus einnehmen. Von ihm wurde auf dem Plenum äußerst verächtlich gesprochen, wie von einem Sammelsurium dogmatischer, veralteter Wahrheiten.

Solche Äußerungen und wortreichen Attacken gegen die wissenschaftliche Weltanschauung und das theoretische Rüstzeug der Kommunisten in aller Welt können die Kämpfer für den Sozialismus nur desorientieren. Sie verzerren vollständig jene Rolle, die die Theorie des Marxismus-Leninismus in der revolutionären Umgestaltung der Welt spielte, spielt und weiter spielen wird, eine Ideologie, die Millionen Massen erfaßte und die mächtigste Kraft dieser Umgestaltung wurde. Unter den vielen Revolutionären unserer Epoche, die diese große umgestaltende Kraft des Marxismus-Leninismus anerkannten, überzeugend darüber schrieben und in ihrer revolutionären Tätigkeit davon ausgingen, ist auch der Begründer der IKP Antonio Gramsci.

Man darf schließlich auch nicht vergessen, daß die Ideologie der konzentrierte Ausdruck des Klassenwesens der einen oder anderen gesellschaftlichen Praxis ist, was bedeutet, daß jede Schwächung der ideologischen Positionen der Kommunisten als Aufgabe ihrer Klassenpositionen anzusehen wäre.

Auch folgendes muß offen gesagt werden: Angesichts der beharrlichen Auslassungen der italieni-

schen Genossen bezüglich angeblicher Versuche der Sowjetunion, anderen Ländern ein „einheitliches Modell“ des Sozialismus aufzuzwingen, wirken deren eigene Ansprüche auf die Rolle des Mentors, der den Parteien, die den Sozialismus aufbauen, Anweisungen gibt, wie und auf welche Weise sie vorzugehen haben, recht seltsam. Ebenso der Anspruch auf die Rolle des hohen Richters über fremde Erfahrungen, auf einzig richtige Wertungen, die den Wertungen jener Parteien zuwiderlaufen, über deren Tätigkeit sie richten. Auf das „Recht“, erniedrigende Etiketts zu verteilen und vor allem letztlich anderen die eigene Konzeption (wenn man so will, das „Modell“) des Sozialismus aufzuzwingen.

Auf welcher Grundlage? Die schon nahezu Sendungsambitionen der IKP-Führer laufen im Grunde auf den alten sozialdemokratischen Gedanken des „Eurozentrismus“ hinaus, den sie obendrein noch auf Westeuropa eingeengt haben. Zwar trifft man in ihren Erklärungen mehrfach Äußerungen wie: Der Sozialismus sei „ein offener Prozeß“, eine „historische Bewegung, die sich weltweit entwickelt“ usw. Doch die einmalige Vielfalt und Vielseitigkeit, das wirklich Weltweite und Tiefe des gegenwärtigen revolutionären Prozesses, die untrennbare Wechselbeziehung seiner Bestandteile bleiben dabei bestenfalls Kulisse, eine Art Hilfsmaterial zur Durchsetzung jener Hauptmission, die die IKP-Führer dem westeuropäischen „neuen Sozialismus“ zuschreiben.

Dazu ist zu sagen, daß sie selbst im Rahmen jener schädlichen „Weltweite“ des revolutionären Prozesses keinen Platz für Länder finden, in denen der Sozialismus bereits aufgebaut ist. Gemäß ihrem Schema bleibt der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft nichts weiter übrig, als sich der „Erneuerung“ anzupassen, die Westeuropa eines Tages bringen wird.

Es ist klar, daß die KPdSU, die anderen Parteien keine Vorschriften machen will, jegliche derartige Versuche, woher sie auch kommen mögen, entschlossen zurückwies und zurückweist.

Das Leben duldet keine nackten Schemata und keine raffinierten Doktrinen. Wenn heute kommunistische Parteien in einigen kapitalistischen Industrieländern von der Perspektive der sozialistischen Umgestaltung mit relativ friedlichen und demokratischen Mitteln des politischen Kampfes ausgehen, dann geht diese Möglichkeit, wie das von den Kommunisten dieser Länder, darunter auch von den italienischen Genossen, mehrfach betont wurde, auf den Sieg der Oktoberrevolution in Rußland, auf die sozialistischen Umgestaltungen in anderen Ländern und auf die Tatsache zurück, daß in unserer Epoche bereits eine feste

Welt des Sozialismus auf der Erde besteht. Unbedingte internationale Voraussetzung zur Realisierung dieser Möglichkeiten sind die Stärke des Weltsozialismus, die friedensfördernde und internationalistische Außenpolitik der sozialistischen Länder.

Die IKP-Führer wollen, um in ihren Formulierungen zu bleiben, „eine neue Phase des Kampfes für Frieden und Sozialismus einleiten“. Angesichts ihrer jetzigen Konzeption aber besteht die ernste Gefahr, daß sie, unter dem Deckmantel dieser Parole, die Front eben gegen jene realen Kräfte ausrichten, die tatsächlich für Frieden und Sozialismus kämpfen, und nicht gegen jene, von denen die Bedrohung des Friedens und des sozialen Fortschritts ausgeht. Das aber ist ein sehr abschüssiger Weg.

Das Falsche und Schädliche der letzten Dokumente der IKP wird dadurch verdoppelt, daß sie von ihren Führern, wie bereits gesagt, zur Hochsaison einer heftigen politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Kampagne veröffentlicht wurden, die die aggressiven Kreise des Imperialismus mit den USA an der Spitze gegen den realen Sozialismus entfesselt haben.

Der Zweck dieser Kampagne ist völlig klar.

Erstens soll die Entspannung gestoppt und der kalte Krieg erneuert werden, und in dieser Situation, unter der Lärmkulisse um den „Kampf für die Freiheit in Polen“ der Prozeß der sozialen Umgestaltungen und die Freiheitsbewegung der Völker, ihr Streben nach Unabhängigkeit und sozialem Fortschritt aufgehalten, die einstige Herrschaft, das ungestrafte Vorgehen des Imperialismus überall in der Welt — in Afrika, Asien und Lateinamerika — erneuert und gefestigt werden. Zweitens soll versucht werden, die Welt des Sozialismus, die Politik der regierenden kommunistischen Parteien, vor allem der KPdSU, zu diskreditieren und zu schwächen sowie den Kommunismus, dessen Ideologie und Praxis als unhaltbar hinzustellen. In diese Richtung zielen auch die angestrebten Bemühungen der Imperialisten, die Stabilisierung der Lage in Polen zu stören, die Überwindung der Krisensituation zu verhindern und sie, wenn möglich, zu erneuern.

Man darf nicht unbeachtet lassen, daß diese ganze Kampagne desto schärfer und unverschämter wird, je deutlicher sich herausstellt, daß das polnische Volk die Krisenerscheinungen immer sicherer überwindet. Durch die Verhängung des Ausnahmezustands, was ein souveräner Akt der polnischen Staatsmacht war, normalisiert sich die Lage im Lande. Das gilt für die Wirtschaft, die zum erstenmal in den letzten anderthalb Jahren Arbeitsrhythmus annimmt, daß gilt für das soziale und

politische Klima, das immer sachlicher und von den ständigen Konfrontationen frei wird, das gilt für die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, deren Tätigkeit sich merklich aktiviert hat und deren prinzipielle Politik immer mehr Unterstützung erlangt.

Deshalb auch wütet der Klassengegner so, weil der sozialistische Staat in Polen begonnen hat, konsequent die ihm auferlegte Funktion der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften der polnischen Werktätigen gegen die diversen, konterrevolutionären Aktivitäten der inneren und äußeren Feinde des Sozialismus zu erfüllen.

Doch diese Tatsachen kommen der IKP-Führung nicht zu Bewußtsein. Aus den erwähnten Dokumenten geht eindeutig hervor, daß die IKP-Führung nicht nur gegen die Maßnahmen der Regierung der VR Polen und vor allem gegen den verhängten Ausnahmezustand ist. Sie solidarisiert sich faktisch mit den oppositionellen, antisozialistischen Kräften, die sie zu den führenden Kräften der „demokratischen Erneuerung des Sozialismus“ in Polen erklärt.

Wir halten uns natürlich nicht wie die italienischen Genossen für berechtigt, der PVAP beizubringen, welche Schlüsse sie aus ihrer Geschichte zu ziehen hat und was sie zur vollständigen Überwindung der jetzigen Krise unternehmen müsse. Das ist die innere Angelegenheit des polnischen Volkes und der polnischen Kommunisten. Und nur ihre.

Mitte Dezember 1981 gelangten die polnischen Kommunisten und die polnische Führung zu dem Schluß, daß es keinen anderen Ausweg als die Verhängung eines Ausnahmezustands gäbe, um mit der verbrecherischen konterrevolutionären Anarchie Schluß zu machen, den wirtschaftlichen Ruin und die reale Hungergefahr zu verhindern.

In seiner Botschaft an das polnische Volk hatte Wojciech Jaruzelski erklärt: „Die in Radom geäußerten Worte, die Tagung in Gdańsk haben endgültig die wahren Pläne der Führungskreise der Solidarność entlarvt. Diese Pläne werden massenweise von der täglichen Praxis, von der zunehmenden Aggressivität der Extremisten und dem eindeutigen Bemühen um die vollständige Zerstörung der polnischen sozialistischen Staatlichkeit bekräftigt... Ein Weiterbestehen dieser Situation würde unausbleiblich zur Katastrophe, zu absolutem Chaos, zu Elend und Hunger führen... In dieser Situation wäre Tatenlosigkeit ein Verbrechen gegen das Volk... Den Abenteurern müssen die Hände gebunden werden, ehe sie das Vaterland in den Abgrund eines Bruderkriegs stürzen.“

Das auf dem Gdańsker Kongreß der Solidarność beschlossene Programm war ein eindeutiger Beweis

für die Kraftdemonstration gegenüber den Staatsorganen, aber auch gegenüber jenen gesellschaftspolitischen Organisationen, die sich der Solidarność nicht unterwarfen. Auf dem Kongreß wurde zum erstenmal verkündet, Solidarność sei weniger eine Gewerkschaft als vielmehr eine oppositionelle politische Bewegung. Danach begannen die Angriffe auf Parteiorgane und die Versuche, sie aus den Betrieben zu verbannen. Es begann die Vorbereitung zur Aufstellung bewaffneter Solidarność-Trupps. Für den 17. Dezember war der Aufmarsch der „Garden“ in den Straßen Warschaus geplant. Und der umfangreiche Propagandaapparat, den die Solidarność und ihre antisozialistischen Berater mit beachtlicher Unterstützung aus dem Westen aufgebaut hatten, begann mit einer ziellosen Lohbudelei auf die Politik des Polens der Bourgeoisie und Gutsherren, darunter auch auf seinen faschistischen Diktator Piłsudski!

Die antisozialistischen Kräfte hatten vor, das Chaos im Lande bis aufs äußerste zu treiben und die Solidarność dann zur Ausmerzung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen Volkspolens zu gebrauchen. Alle diese Tatsachen sprechen für sich.

Der IKP-Führung jedoch ist das klassenmäßige Herangehen an die Ereignisse in Polen völlig fremd. Sie ignorierte die Analysen und Einschätzungen der Situation durch die polnische Führung sowohl vor dem 13. Dezember 1981 als auch in dem darauffolgenden Zeitraum. Die IKP-Politiker wollen dem legitim gewählten Führer der PVAP und des polnischen Staates keinen Glauben schenken und schließen sich faktisch den verlogenen Behauptungen der „Falken“ in den USA an.

Es ist für niemanden ein Geheimnis (selbst die bürgerliche Presse bringt dazu Kommentare), daß der Westen, vor allem die USA, seit langem aktiv auf die inneren Angelegenheiten Polens eingewirkt hat. Man weiß allgemein, daß die antisozialistischen Kräfte in Polen aus westlichen Quellen materielle Hilfe erhielten, nicht zu reden von der Konzeption der „stillen“ (und gar nicht so stillen) Konterrevolution und der konkreten Ratschläge zu ihrer Durchführung.

Die regierenden Kreise einiger kapitalistischer Staaten, in erster Linie der USA, haben ihre Wirtschaftsbeziehungen zur VR Polen zynisch dazu ausgenutzt, politischen Druck auf das Land auszuüben. Im Grunde haben die Reagan-Regierung und die Leute, die ihren Kurs in den anderen NATO-Ländern unterstützen, der souveränen Regierung Volkspolens ein Ultimatum gestellt: Entweder überlaßt ihr die Macht den antisozialistischen Kräften oder wir werden euch wirtschaftlich abwürgen.

Es besteht kein Zweifel, daß die polnische Konterrevolution im Interesse der imperialistischen Reaktion und als ihre Marionette handelte. Ihr Ziel war die Beseitigung des sozialistischen Staates in Polen. Die imperialistische Reaktion verband damit die Hoffnung auf die Untergrabung der gesamten sozialistischen Gemeinschaft, auf Veränderung des Kräfteverhältnisses in Europa und in der Welt. Es ist klar, welche Gefahr diese Pläne für die Souveränität Polens, für den Weltsozialismus und für den Frieden darstellen.

Um das nötige psychologische Klima zu schaffen und die Öffentlichkeit ihrer Länder irreführen, überschlug sich die Propagandamaschinerie des Imperialismus, die polnische Konterrevolution als Kraft auszugeben, die die Ideale der Demokratie, der Gerechtigkeit und der bürgerlichen Freiheiten verteidigt. Mancher biß darauf an, einschließlich der IKP-Führung.

Sowohl in ihren Erklärungen als auch in den Dokumenten des ZK-Plenums werden die realen Tatsachen in Polen im Grunde ignoriert. Die IKP-Führer wenden sich gegen die zur Normalisierung der Lage in Polen ergriffenen Maßnahmen und verurteilen den Beschluß des Staatsrats der VRP, der dem Wüten der Konterrevolution ein Ende gesetzt hat. Vollständig ignoriert werden auch die Tatsachen der imperialistischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VRP.

In den Dokumenten der IKP ist die recht gefährliche Erklärung enthalten, die schon an einen Verzicht auf ein für die Kommunisten grundlegendes Prinzip grenzt, daß nämlich die Maßnahmen der Regierung nicht einmal dadurch gerechtfertigt werden könnten, weil sie zur Rettung der sozialistischen Ordnung im Lande nötig sind. Das alles wird unter dem Aushängeschild des Schutzes der „Demokratie“ geäußert, doch erweist sich der Ruf nach Demokratie als Tarnung für den faktischen Verzicht auf die Verteidigung der sozialistischen Erwerbschaften. Das erinnert sehr an das, was Kautsky & Co. den sowjetischen Kommunisten 1917–1918 rieten!

In für die polnischen Kommunisten und Patrioten beleidigender Form erlauben sich die IKP-Führer eine rücksichtslose Kritik an der „Verletzung der Demokratie“ in Polen, obwohl die Demokratie in Wirklichkeit anderthalb Jahre tausendfach von der extremistischen Führung der Solidarność verletzt wurde. Eben die konterrevolutionären Kräfte, eben die Bosse der Solidarność haben mit ihrem antidemokratischen Verhalten den Ausnahmezustand herbeigeführt. Die IKP-Führung kennt zweifellos die entsprechenden Fakten. Sie findet für sie jedoch in ihren umfangreichen

Überlegungen zur polnischen Krise keinen Platz und erklärt, man könne sie nicht den Machenschaften der reaktionären, antisozialistischen Kräfte zuschreiben. Im Gegenteil, die IKP-Führung unterstützt die Linie der partei- und staatsfeindlichen Opposition in Polen und „fordert“ sogar völlige Handlungsfreiheit für sie. Auf dem Plenum wurden nur nebenher einige „ungerechtfertigte Auswüchse“ seitens der Solidarność erwähnt. Die systematischen Diversionen der Konterrevolution werden als unbedeutende Übertretungen und „unrealistische Tendenzen“ hingestellt. Dabei wird, bar jeder Logik, die Verantwortung für das Vorgehen der antisozialistischen Kräfte der Regierung und der PVAP angelastet.

Doch auch das ist noch nicht alles. Im Fahrwasser der NATO entdeckt die IKP-Führung den „Hauptschuldigen“ an der polnischen Krise in der Sowjetunion und den Ländern des Warschauer Vertrags.

In den letzten anderthalb Jahren hat die bürgerliche Propaganda des Westens beharrlich die These von der Polen drohenden „Einmischung von außen“ entwickelt, wobei die Sowjetunion gemeint war. Man sollte glauben, die Maßnahmen der polnischen Führung zur Normalisierung der Lage hätten die „Orakler“ zum Schweigen bringen müssen. Doch auch dieser souveräne Akt Volkspolens wird von ihnen als Ergebnis einer „Einmischung“ der Sowjetunion ausgelegt.

Erstaunlicherweise wiederholen die IKP-Politiker bei ihrer Verleumdung der sowjetisch-polnischen Beziehungen fast wörtlich die Formulierungen Reagans, Weinbergers, Haigs, Brzezinskis und anderer imperialistischer Politiker.

Man muß feststellen, daß die IKP-Führer mit ihren Äußerungen zum Thema „Druck von außen“ praktisch auch hier auf die Bahn der antisozialistischen Propaganda des Westens eingeschwenkt sind, die der Entspannung und der Festigung des Friedens großen Schaden zufügt.

Wenn schon von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens reden will, sollte man sich nach Beispielen dafür in den Dokumenten des ZK-Plenums der IKP umsehen. „Forderungen“ wie die nach der Freilassung von Personen, die wegen Widerstands gegen die Behörden interniert oder verhaftet wurden, der Druck auf den souveränen sozialistischen Staat, um Zugeständnisse an die konterrevolutionären Kräfte zu erreichen, läßt sich nicht anders denn als grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens bezeichnen. Übrigens haben die IKP-Führer auf dem Plenum die Einmischung seitens ihrer Partei zugegeben und sich sogar damit gebrüstet, daß die Haltung der IKP-Führung zu Polen „härter und unbeugsamer als die

Haltung anderer, nicht linksstehender Parteien und Regierungen ist".

Und noch etwas: Die IKP-Führer beunruhigte offenbar nicht im geringsten, daß sie, indem sie die antisozialistischen Kräfte in Polen faktisch zu neuen Demonstrationen gegen die öffentliche Ordnung und gegen die Außenpolitik des Landes anstacheln, damit eine Entwicklung der Ereignisse in einer Richtung fördern, die zu einem tragischen Konflikt im Zentrum Europas mit schwerwiegenden Folgen für den Weltfrieden führen kann.

Die Schlußfolgerungen aus all dem müssen die italienischen Kommunisten schon selbst ziehen. Klar ist, daß auch in dieser Frage die Haltung der IKP-Führung den Interessen des Sozialismus und der Festigung des Friedens zuwiderläuft.

Das Dokument der IKP-Führung wurde ohne jeglichen vorherigen Meinungsaustausch mit der KPdSU oder der PVAP veröffentlicht. Dabei bestanden zwischen ihnen und der IKP viele Jahre lang normale Beziehungen, gab es vielerlei Begegnungen, bei denen die italienischen Genossen die Möglichkeit hatten, alles zu erfahren, was sie interessiert, sich mit dem Leben in den sozialistischen Ländern und mit ihrer Außenpolitik vertraut zu machen, offen ihre Standpunkte darzulegen und ernsthaft, unvoreingenommen erwachsene Fragen zu diskutieren, ohne dem Imperialismus in die Hände zu spielen.

Vor gut 2 Jahren sprach Genosse Berlinguer im Kommuniqué über sein Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU eindeutig von der Notwendigkeit des Kampfes gegen Antisowjetismus und Antikommunismus. Nun die Wendung um 180 Grad. Dabei sind die Natur der sowjetischen Gesellschaftsordnung und der sowjetische Staat die gleichen geblieben, wie vor zwei und vor vielen Jahren. Das gilt in gleichem Maße für die Außen- und die Innenpolitik anderer Länder des Sozialismus. Die Gründe für die unfreundliche Umkehr der IKP-Führung muß man also nicht in objektiven Realitäten, nicht in der äußeren Umwelt, sondern in ihrer eigenen Umwelt, in ihrem Kalkül und ihren Ambitionen suchen. Wie sich das konkret verhält, werden die italienischen Kommunisten natürlich besser wissen.

Auf jeden Fall hat der Klassengegner diesen qualitativen Fortschritt in der Politik der IKP (so der politische Sekretär der DC in der „Popolo“) sofort bejubelt. Beunruhigt durch die Widerspenstigkeit der Westeuropäer in bezug auf das Vorgehen der Reagan-Administration sieht das offizielle Washington in der Haltung der IKP-Führung einen „Lichtblick“ (aus einem Informationsschreiben an Kongreßleute, Regierungsbeamte und Journalisten).

Die IKP wird, wie die bürgerliche „Repubblica“ äußert, für ihre „erfolgreiche Ketzerei“, für die „harte Verurteilung des realen Sozialismus“ und die „Leugnung seiner ideologischen Bedeutung“ („Corriere della Sera“), „für den großen Schritt vorwärts“ bei der Trennung von der UdSSR („Stampa“) gelobt. Doch nicht nur das, man provoziert und drängt sie auch zu weiteren Schritten, verlangt von ihr, mit den „mythischen Vorstellungen von der Sowjetunion, die offenbar auf unterer Parteiebene, im Gegensatz zur Führung bestehen“, ein Ende zu machen und „den von dort ausgehenden Widerstand“ zu unterdrücken („Messaggero“).

Mit ihrem Auftreten gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, gegen die überwiegende Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, denen gegenüber die IKP erklärt, sie sei frei von irgendwelchen „ideologischen, politischen und organisatorischen Verpflichtungen“, verdammen sich die Führer der IKP selbst dazu, die Unterstützung der machtvollen Kräfte des Sozialismus, des Friedens und der Freiheit einzubüßen.

Die sowjetischen Kommunisten wissen um die Verdienste der IKP im Kampf gegen den Faschismus, für die Interessen der Arbeiterklasse und die Werktätigen des Landes, im Kampf für die gemeinsame revolutionäre Sache.

Man möchte annehmen, daß auch die italienischen Kommunisten wissen, welche Rolle die KPdSU, der Sowjetstaat und das sowjetische Volk bei der Zerschlagung des Faschismus in Europa, darunter in Italien gespielt haben, daß sie wissen, wie unerschütterlich die KPdSU den Befreiungskampf der italienischen Werktätigen und ihrer KP unterstützt hat. Viele Jahre hindurch haben die Kommunisten in

Italien die Wahrheit über die Sowjetunion verbreitet. Wir glauben, daß das in der gegenwärtigen Weltlage von großer positiver Bedeutung ist, darunter auch für das italienische Volk und dessen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die Kriegsgefahr und für seine ureigensten Interessen. Deshalb ist die Haltung, die auf dem ZK-Plenum der IKP zum Ausdruck kam, nicht nur Frieden und Sozialismus insgesamt, sondern auch den Interessen des werktätigen Volkes Italiens so fremd und schädlich.

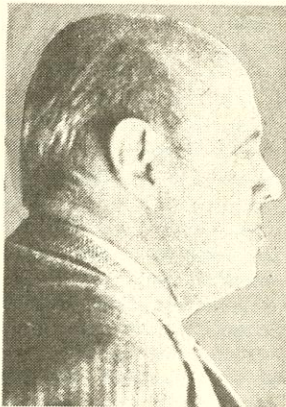
Unter den heutigen internationalen Gegebenheiten ist die Geschlossenheit aller friedliebenden Antikriegs- und antiimperialistischen Kräfte wichtig wie nie zuvor, insbesondere aber die Geschlossenheit der aufopferungsvollsten Kämpfer für die große Sache des Friedens und des Sozialismus, der kommunistischen und Arbeiterparteien, sowie der Befreiungsbewegung. An diese heilige internationalistische Pflicht der Kommunisten haben die Ereignisse in Polen noch einmal dringlich erinnert.

Es kann keine Zweifel daran geben, daß die Völker der sozialistischen Gemeinschaft, die ihre eigenen Probleme erfolgreich lösen und die Angriffe des Imperialismus auf dem Weltchauplatz entschlossen abwehren, auch künftig den Weg der Oktoberrevolution mit Gewißheit gehen werden. Von dieser Leitbahn wird sie niemand abbringen können.

Ebensowenig ist zu bezweifeln, daß die Stärkung der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft, der weitere Fortschritt des Weltsozialismus auch künftig die Positionen aller Kräfte stärken wird, die unter dem Banner des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts auftreten.

(Aus der Zeitschrift „Kommunist“ 2/82)

BIOGRAPHISCHES



Costa Méndez wurde am 30. Oktober 1922 in Buenos Aires geboren. 1943

MINISTER FÜR AUSWÄRTIGES UND RELIGION DER REPUBLIK ARGENTINIEN NICANOR COSTA MÉNDEZ

absolvierte er die Fakultät für Rechts- und Sozialwissenschaften der hauptstädtischen Universität. Er lehrte an verschiedenen Hochschulen Argentinien und nahm verantwortliche Staatsfunktionen ein. 1963 bis 1964 war er argentinischer Botschafter in Chile.

1966–1969 Minister für Auswärtiges und Religion in der Militärregierung Onganía.

Bis in die jüngste Zeit

befasste sich Costa Méndez mit Lehrtätigkeit und Journalistik. Er ist Großunternehmer sowie Verfasser verschiedener Arbeiten über die internationalen Beziehungen.

Am 22. Dezember 1981 trat er als Minister für Auswärtiges und Religion in die Regierung des neuen argentinischen Präsidenten Generalleutnant Leopoldo Fortunato Galtieri ein.

SEINE SPUR IN DER POLITIK

Ins Jahr 1982 fallen die 100. Wiederkehr des Geburtstages Franklin Delano Roosevelts (30. Januar) und ein anderes denkwürdiges Datum: Vor 50 Jahren wurde er erstmals Präsident der USA. Die Tätigkeit Roosevelts (die Amerikaner nannten ihn FDR) hat eine tiefe Spur in der Geschichte seines Landes und der ganzen Welt hinterlassen.

Befragungen, die Prof. Arthur Schlesinger unter amerikanischen Historikern anstellte, stufen FDR als einen der fünf „großen Präsidenten“ der USA ein, und laut einer Gallup-Befragung von 1976 gehört er zu den drei größten Präsidenten der USA-Geschichte. In diesem Lichte sind die Berufungen auf FDR bei den Versuchen begreiflich, den heutigen Kurs Washingtons zu rechtfertigen.

So werden Parallelen zwischen Ronald Reagan und Franklin Roosevelt gezogen. Wie die USA-Zeitschrift „Parade“ bemerkt, wird dabei immer wieder hervorgehoben: „Präsident Reagan startete als Liberaler, als demokratischer New-Deal-Politiker.“ Glaubt man dem Buch „Reagan als Mensch und Präsident“, das eine Gruppe von USA-Journalisten 1980 herausgab, so wurde Reagan „zu einem treuen Anhänger Franklin D. Roosevelts nach dessen Wahl 1932... Später sollte er sagen, daß er den Stil seiner eigenen Reden und Fernsehansprachen an die Wähler Kaliforniens zum Teil den Methoden FDR's entlehnt hatte.“

Der Charakter solcher Berufun-

gen und Parallelen machte jedoch Prof. Schlesinger, einen führenden USA-Biographen F. D. Roosevelts, stutzig. In der „Washington Post“ vom Dezember 1981 schrieb er über die Bedeutung des Nachlasses Roosevelts für die Wirtschaft und Landessicherheit, um schließlich festzustellen: „Die größten Projekte der Roosevelt-Jahre waren es, unser Land gegen Krisen und gegen Kriege abzusichern. Beide Projekte hatten ironische Folgen... Wir erhielten das Pentagon und den Militär-Industrie-Komplex, was die Militarisierung des amerikanischen Denkens und Lebens verstärkte. Und die Schaffung der Gemeinschaft von Spionagediensten entfesselte verborgene und düstere Kräfte im amerikanischen Leben. Mehr noch, trotz Vietnam und Watergate strebt Washington jetzt danach, der CIA und dem FBI wieder freie Hand zu lassen und die Tätigkeit der Regierung nach Möglichkeit hinter dem Vorhang der Geheimhaltung zu verbergen... Es ist zweifelhaft, daß Franklin Roosevelt selbst das Erbe von Pearl Harbor so weit hätte treiben lassen. Er hatte einen viel zu feinen geopolitischen Sinn, um die Ausdehnung der amerikanischen Verpflichtungen auf die Zone außerhalb unserer direkten nationalen Interessen zu billigen. Er hatte einen viel zu feinen Sinn für die allgemeine Wohlfahrt, um zu erlauben, daß Arme und Schwache der Bereicherung von Rüstungsindustriellen geopfert wurden. Und schließlich kannte er die Verfassung viel zu

gut, um zu glauben, wie es viele seiner Nachfolger taten, der Präsident habe das unveräußerliche verfassungsmäßige Recht, nach eigenem Ermessen das Land in einen Krieg zu stürzen.“ Abschließend äußert Prof. Schlesinger den Wunsch, Reagan möge dies verstehen. Auf diese Weise bringt ein Historiker in einer hauptstädtischen Zeitung Klarheit in die Parallelen zwischen zwei Präsidenten.

Gewiß, das Gerüst des heutigen USA-Systems der „nationalen Sicherheit“ wurde zweifellos von Franklin Roosevelt gebaut. Dies abzustreiten, würde bedeuten, das Wesen seiner Tätigkeit als Präsident nicht zu verstehen: Sie war klassengebunden und festigte das System der bürgerlichen Macht. Unter FDR wurde die Atombombe entwickelt, was in letzter Instanz zum Aufkommen der thermonuklearen Waffen führte. Als an der Wende zu den 50er Jahren in den USA eine stürmische Diskussion entbrannte, ob die Arbeiten an der thermonuklearen Waffe zweckmäßig seien, meinte Präsident Truman als Antwort auf den Brief des namhaften Politikers der FDR-Jahre Harold Ickes, worin dieser behauptete, der verstorbene Präsident habe das nicht geplant, kurz angebunden: „Das von Präsident Roosevelt eingeleitete ursprüngliche Programm war auf die Entwicklung der sogenannten Wasserstoffbombe gerichtet. Es gibt gar keinen Grund für all dieses Gerede und die öffentlich vorgebrachten Dummheiten, denn die Maschinerie, die zu dieser Entscheidung von 1943 führte, war schon damals in Bewegung gebracht worden.“ (Aus einem

ERGEBNISSE DES 1. JAHRES

Die Statistische Zentralverwaltung der UdSSR veröffentlichte eine Mitteilung über die Erfüllung des Staatlichen Planes für wirtschaftliche und soziale Entwicklung der UdSSR 1981, im ersten Jahr des 11. Fünfjahrplans.

Gegenüber 1980 stieg das Nationaleinkommen um 3,2%. Zu drei Vierteln wurde es der Konsumtion zugeführt. Rechnet man die Bereitstellungen für den Bau von Wohnhäusern und Folgeeinrichtungen hinzu, so sieht man, daß das Nationaleinkommen zu 80% unmittelbar für die Erhöhung des Lebensstandards aufgewendet wurde.

Die Zunahme der Industrieproduktion betrug 3,4%. Rund 200 neue große Industriebetriebe wurden ihrer Bestimmung übergeben. Die Arbeitsproduktivität stieg in der Industrie um 2,7% und in der Volkswirtschaft insgesamt um 2,5%.

Die Dürre hat der Landwirtschaft und der Wirtschaft der UdSSR insgesamt schweren Schaden zugefügt. Das wirkte sich negativ auf die Erfüllung einiger Planaufgaben aus. Der Umfang der Agrarproduktion betrug 98% gegenüber 1980. Der Plan für den staatlichen Einkauf von Eiern wurde übererfüllt, der für Milch, Rinder und Geflügel nicht erreicht. Die staatlichen Getreideressourcen reichen voll aus, um die Bevölkerung des Landes mit Brot und Brotwaren zu versorgen. Die Baumwollzüchter erzielten eine gute Ernte.

Die Realeinkünfte pro Kopf der Bevölkerung stiegen um 3,3%, die durchschnittlichen Löhne und Gehälter um 2,1% und das Arbeitsentgelt der Kolchosbauern um 4%. Die Zahlungen und Vergünstigungen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhöhten sich um 4,2%. Maßnahmen wurden getrof-

fen, um die staatliche Hilfe für Familien mit Kindern zu vergrößern, die materielle Lage von beinahe 14 Millionen Rentnern wurde verbessert.

Aus Mitteln aller Finanzierungsquellen wurden 2 Mio komfortable Wohnungen mit einer Gesamtfläche von 106 Mio m² gebaut, darunter rund 30 Mio m² auf dem Lande. Die Wohnverhältnisse haben sich für etwa 10 Millionen Personen verbessert.

Die jahresdurchschnittliche Anzahl der Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft betrug 114,1 Million, die der Kolchosbauern in der vergesellschafteten Wirtschaft der Kolchose 13,2 Millionen. Ende 1981 hatten 149 Millionen Sowjetbürger Hoch- bzw. abgeschlossene oder nichtabgeschlossene Fachbildung. Die Bevölkerung der UdSSR belief sich am 1. Januar 1982 auf 268,8 Millionen.

unveröffentlichten Brief Harry Trumans an Harold Ickes vom 1. Februar 1950, Handschriftenfonds der Kongreßbibliothek.)

Die Genese der CIA und anderer USA-Geheimdienste ist ebenfalls mit den Roosevelt-Jahren verbunden. Das damals geschaffene Potential zur Führung eines Geheimkrieges erfüllte die vom Präsidenten gestellte Aufgabe und spielte eine wichtige Rolle bei der endgültigen Niederlage der faschistischen „Achsenmächte“.

Aber Roosevelts wahres Erbe liegt darin, daß er ein großer Realist war. Lange bevor sich die faschistische Gefahr für die Menschheit im zweiten Weltkrieg realisierte, hatte Roosevelt verstanden, daß die Zivilisation nur durch Zusammenarbeit USA-UdSSR gerettet werden konnte, ja mußte. Er brach mit der absurden Politik der Nichtanerkennung und nahm 1933 diplomatische Beziehungen zur UdSSR auf. Von allen politischen Möglichkeiten wählte er jene, die zur militärischen Gemeinschaft der Jahre 1941–1945 führte. Aus dem Milieu von Geschäftsleuten kommend, konnte er gut rechnen: Die USA-Hilfe für die UdSSR in den Jahren des äußerst schweren Kampfes gegen den Faschismus betrug 3,5% der amerikanischen Militärausgaben. Gewiß sparte er die Kräfte der USA und beeilte sich nicht mit der zweiten Front. Im Ergebnis war der Beitrag der USA zum Sieg über den Feind sehr anders als der Beitrag der UdSSR, wie auch die Verluste sehr unterschiedlich waren: Auf je 50 gefallene Sowjetbürger kam ein gefallener Amerikaner. Aber Roosevelt hielt sich nicht aus dem sowjetisch-deutschen Krieg heraus, in dem über die Geschieke der Weltzivilisation entschieden wurde.

Was die Motive der Zusammenarbeit der USA mit der UdSSR betrifft, so legte Roosevelt sie präzise in seiner Botschaft an den Kongreß über die Lage der Nation vom 11. Januar 1944 dar: „Unsere Außenpolitik, die Politik, die uns nach Moskau, Kairo und Teheran führte“ (gemeint sind die Alliiertenkonferenzen), „beruht auf den Prinzipien des gesunden Menschenverstandes, die am besten Benjamin Franklin am 4. Juli 1776 zum Ausdruck brachte: ‚Wir müssen zusammenhängen, um nicht zusammen gehängt zu werden.‘“ In seiner nächsten Botschaft über die Lage der Nation (6. Januar 1945) betonte Roosevelt: „Wir können nicht die heroische Verteidigung von Moskau, Leningrad und Stalingrad, die niederschmetternden russischen Offensiven von 1943 und 1944 vergessen, die die furchtbaren deutschen Armeen aufrieben.“

Am Ausgang des zweiten Weltkrieges beurteilte FDR sehr nüchtern das veränderte Kräfteverhältnis in der Antihitlerkoalition: Die titanischen sowjetischen Siege bewirkten ein Kräftegleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA und im weiteren Sinne zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Roosevelt wußte: Das bestimmte die politischen Möglichkeiten Washingtons und erforderte eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der UdSSR, jetzt nicht nur für den erfolgreichen

Abschluß des Krieges, sondern auch für den Aufbau eines festgefügt Friedens. Roosevelt sah ein, daß Stabilität in Europa und Gewährleistung der legitimen Interessen der UdSSR untrennbar verbunden sind.

Als auf der Jalta-Konferenz die polnische Frage aufgeworfen wurde, sagte Jossif Stalin: „Polen war in der Geschichte stets der Korridor, durch den der Feind kam, um Rußland zu überfallen. Dazu braucht man sich nur an die letzten 30 Jahre zu erinnern: In dieser Zeit passierten die Deutschen Polen zweimal, um unser Land anzugreifen... Damit sich das künftig nicht wiederholt, muß Polen stark sein. Deshalb ist die Sowjetunion an der Schaffung eines mächtigen, freien und unabhängigen Polen interessiert.“ (Sowjetische Protokollaufzeichnung.) Mit Rücksicht darauf wurden in Jalta vereinbarte Beschlüsse über Polen gefaßt. Als Roosevelt sie am 1. März 1945 auf der vereinten Sitzung des USA-Kongresses darlegte, sagte er: „In der Geschichte war Polen stets der Korridor, über den Rußland überfallen wurde. Zweimal zu Lebzeiten unserer Generation griff Deutschland Rußland von diesem Korridor aus an. Um die europäische Sicherheit und den Weltfrieden zu gewährleisten, ist ein starkes und unabhängiges Polen notwendig, damit es nicht mehr dazu kommt.“ Eine bemerkenswerte Übereinstimmung in den Ansichten über eines der wichtigsten Probleme der Nachkriegswelt!

Die Hoffnungen Roosevelts auf eine bessere Welt beruhten außerdem auf seinem Bekenntnis zum „christlichen Anstand“, auf seinem tiefen religiösen Glauben, den er als einen Bestandteil der Politik ansah.

Die Bedeutung dieses Faktors in Roosevelts Tätigkeit wurde in der USA-Geschichtsschreibung so gut wie nicht beleuchtet. Die Gründe sind klar. Über sein Leben schrieben



Auf der Jalta-Konferenz (Februar 1945)

nur jene positiv, die sich als „Liberales“ betrachten, und für sie ist Behandlung der Theologie als Basis für Roosevelts Weltanschauung schlechter Ton. Wer diesem Faktor gebührende Bedeutung beimessen könnte, die Konservativen, hassen FDR bis heute so sehr, daß sie sich über seine ausgesprochene Religiosität, die ihnen bei einem anderen das höchste Lob entlocken würde, hinwegsetzen. So kam es, daß die amerikanischen FDR-Biographen etwas Offensichtliches zwar vermerkten, aber daraus nicht den richtigen Schluß zogen: Als Roosevelt am 4. März 1933 als Präsident vereidigt wurde, hielt er die Familienbibel, aufgeschlagen im Kapitel 13 des ersten Briefes des Paulus an die Korinther, worin es heißt: „... und ich will euch noch einen köstlichen Weg zeigen“.

Diesen Weg, zumindest in den internationalen Angelegenheiten, schilderte Roosevelt an seinem Lebensabend wiederholt in öffentlichen Ansprachen. Die Weihnachtsbotschaft 1944 an das Land schloß er mit den Worten: „Wir wollen darum beten, daß mit dem Sieg ein neuer Tag des Friedens auf Erden komme, in dem sich alle Völker für immer vereinen.“ In der Rede, die Roosevelt am Jefferson-Tag, am 13. April 1945, hätte halten wollen und an der er einen Tag vor seinem Tod arbeitete, forderte er seine Landsleute auf: „Wir müssen die Wissenschaft von den menschlichen Beziehungen zueinander kultivieren, die Fähigkeit aller sehr unterschiedlichen Völker, in ein und derselben Welt in Frieden miteinander zu leben und zusammenzuarbeiten.“ Der „lebenspendende Glauben“, wie Roosevelt ihn auffaßte, ruft zum Frieden und nicht zur Feindschaft der Völker. Das Streben nach Frieden aber ist, unabhängig von den Motiven, objektiv ein positiver Fakt in den internationalen Angelegenheiten.

Prof. Dr. N. JAKOWLEW

GEFÄHRLICHE SIGNALE

Vitali SEMJONOW

Der erste Monat 1982 hat der Regierung und der regierenden PS unangenehme Überraschungen gebracht, die, miteinander verknüpft, die Schärfe des politischen Kampfes mit neuer Stärke aufgedeckt haben.

Mitte Januar erkannte der Verfassungsrat — die höchste Instanz zur Beobachtung der Übereinstimmung verabschiedeter Gesetze mit der Verfassung der Fünften Republik — einige Artikel des Gesetzentwurfes über die Verstaatlichung als „nicht verfassungsmäßig“. Der Gesetzentwurf war nach langem Hin und Her, das sich aus der Obstruktion der bürgerlichen Parteien ergab, Ende v. J. vom Parlament bestätigt worden. Nun haben die „neuen Weisen“, wie die Mitglieder dieses Rats, der noch von der vorigen Regierung eingesetzt wurde, bezeichnet werden, eine Erhöhung der Ausgleichszahlungen an die Aktionäre der der Verstaatlichung unterliegenden Firmen und Banken verlangt. Die ursprüngliche, von der Regierung festgelegte Zahlung von 28 Md. Franc war, nach Ansicht der Presse, recht großzügig. Jetzt müssen, wie vermutet wird, den Steuerzahlern weitere 10—15 Md. aus der Tasche geholt werden.

Es handelt sich jedoch nicht nur um die wirtschaftlichen Folgen, sondern die Angelegenheit hat politischen Charakter. Man hat es mit dem Bemühen zu tun, den Umgestaltungsprozeß, für den sich die meisten Franzosen ausgesprochen haben, zu bremsen.

Die Opposition und die hinter ihr stehenden einflußreichen Wirtschaftskreise haben den Entscheid des Verfassungsrats mit unverhüllter Genugtuung aufgenommen. Ihre Vertreter sagen den „Weisen“ Dank für dieses „Geschenk“. Das Ziel der bürgerlichen Parteien liegt eindeutig darin, Zeit zu gewinnen und das Kabinett unter Druck zu setzen.

Die Regierung bemühte sich, die Bedeutung des Beschlusses herunterzuspielen. Ministerpräsident Mauroy zeigte sich befriedigt darüber, daß die Verstaatlichung selbst nicht abgelehnt wurde. Der Vorsitzende der sozialistischen Gruppe in der Nationalversammlung Pierre Joxe dagegen hält die Angelegenheit für ernst. Der PS-Politiker Georges Sarre sieht in dem Beschluß des Verfassungsrats einen letzten Versuch des Widerstands, der den Gesundungsprozeß der Wirtschaft verzögert.

Eine eindeutige Haltung bezog die FKP. Ihr Politbüromitglied Philippe Herzog unterzog die Demarche des Verfassungsrats scharfer Kritik und ver-

langte, der Unterschied in der Kompensationssumme an die Aktionäre dürfe nicht auf Kosten der Steuerzahler, d. h. der Werkfähigen, gehen, sondern müsse aus den Finanzkreisen kommen. Er sprach sich für eine Heraussetzung der Vermögenssteuer aus. Die Gewerkschaftszentralen, in erster Linie die CGT, sehen den Aufschub der Verstaatlichung für die Werkfähigen und für das Land insgesamt als äußerst gefährlich an.

Die Regierung befaßte sich eilig mit einem neuen Verstaatlichungsentwurf. Wie die „Weisen“ nun beschließen, weiß man nicht. Klar ist, daß die Verstaatlichung aufgeschoben wird. In Frage gestellt wird das Tempo der Realisierung der von den Sozialisten angekündigten sozialen und wirtschaftlichen Reformen.

Ein anderes Ereignis, das die französische Politik bewegt, sind die Ergebnisse der Teilwahlen ins Parlament, die in vier Wahlkreisen mit insgesamt 235 000 Stimmberechtigten stattfanden. Die Zahl ist gering, wenn man berücksichtigt, daß es insgesamt mehr als 36 Millionen Wähler gibt. Diesen Wahlen wurde eine nicht geringe Bedeutung beigemessen. Erstens, weil sie die ersten nach sieben Monaten Amtszeit der Sozialisten waren, und zweitens, weil darin so oder anders sowohl die Führer der linken Mehrheit als auch der bürgerlichen Opposition einbezogen waren. In allen vier Wahlkreisen mußten die PS-Kandidaten Niederlagen einstecken und den bürgerlichen Vertretern Platz machen. Die Wahlen, wenn sie auch für Regierung und PS unangenehm ausgingen, ändern nichts am Kräfteverhältnis im Parlament. Im Palais Bourbon haben die Sozialisten nach wie vor die absolute Mehrheit.

Die Opposition bejubelt natürlich den Erfolg ihrer Kandidaten. Der Generalsekretär der Sammlungsbewegung für die Republik, Bernard Pons, beeilte sich mit der Erklärung, die Wahlergebnisse spiegeln nicht nur die Unzufriedenheit, sondern die weitreichende Ablehnung der Regierungspolitik. Das ist eine, wie man in Paris glaubt, unbegründete Behauptung. Die Oppositionsschefs nehmen hier offenbar den Wunsch für die Wirklichkeit. Dennoch ist Anlaß, sich Gedanken zu machen.

Die Sozialisten haben auf den Mißerfolg uneinheitlich reagiert. Die einen, wie der Landessekretär der PS Jean



Poperen, halten ihn für eine „bedauernde unangenehme Episode“. Andere meinen, daß „diese kalte Dusche nützlich sein könnte“. Der namhafte Parteipolitiker und Vorsitzende der Nationalversammlung, Louis Mermaz, bezeichnete die Wahlergebnisse als Signal, dem eine zunehmende Mobilisierung der PS-Anhänger folgen müsse.

Ein Teil der Wähler, die im Sommer v. J. links gestimmt hatten, haben sich also abgewendet. Dafür gibt es unterschiedliche Ursachen. In Paris meint man, das Zickzack und der

vorsichtige Kurs auf Umgestaltungen habe enttäuscht. Die wirtschaftliche und soziale Situation bleibt kompliziert. Die Industrieproduktion stagniert, das starke Defizit in der Handelsbilanz wird nicht abgebaut, der Franc devalviert. Der Preisauftrieb, der die minderbezahlten Bevölkerungsschichten besonders schmerzhaft trifft, geht weiter. Ungelöst ist bislang auch das brennendste Problem: die Arbeitslosigkeit, die, nach Angaben vom Jahresende, über die 2-Millionen-Marke gestiegen ist.

Mancher sucht die Gründe für den Mißerfolg der Sozialisten auch darin, daß ein gewisser Prozentsatz der kommunistischen Wähler nicht für die PS-Kandidaten gestimmt habe. Tatsächlich waren nicht alle FKP-Wähler an den Urnen. Journalisten jedoch bemerken dazu, die Erklärung dafür sei in der heftigen antikommunistischen Kampagne zu suchen, die gegenwärtig in Frankreich betrieben wird. Als Vorwand dafür wurden hier die Ereignisse in Polen genommen, die allerdings keinerlei Auswirkungen auf die nationalen Interessen Frankreichs haben. Leider ertönen in dem antikommunistischen und antipolnischen Chor lautstark auch die Stimmen einiger PS-Politiker. Das aber mußte sich auf den Geist der Einheit der Linkswähler auswirken.

In politischen Kreisen Frankreichs wird jetzt die wichtige Frage ventiliert, welche Schlüsse die Regierung aus der Warnung zieht. Sprecher der Opposition rechnen offen damit, daß die Sozialisten bei der Durchführung ihres Kurses „gemäßigter“ vorgehen werden.

Die Werkfähigen vermuten zu Recht, in der gegenwärtigen Situation müsse rascher gehandelt werden und Umgestaltungen im Interesse der breiten Massen sollten mutiger durchgesetzt werden.

Die Zukunft wird zeigen, ob das Kabinett das Warnsignal vom Januar gehört hat.

VOLLER ZUVERSICHT

Von unserem Sonderkorrespondenten
Wladimir BAIDAKOW

Während ich in Dacca weilte, zeigte das Thermometer im Januar plus 24 Grad Celsius oder, wie man hier nach der von Engländern stammenden Gewohnheit sagt, 76 Grad Fahrenheit.

An die Engländer erinnern hier übrigens nicht nur die Maßeinheiten. Als die Kolonialisten 1947 Ostbengalen räumen mußten, das zuerst zum östlichen Teil Pakistans und 24 Jahre später zur Volksrepublik Bangladesh wurde, hinterließen sie dem Lande eine rückständige, ruinierte Wirtschaft und himmelschreiendes Elend. Infolge der schamlosen Kolonialausbeutung in diesem einst florierenden Lande gingen Landwirtschaft, Handwerk und Handel zurück, die Städte verarmten, und die Menschen starben massenweise an Hunger und Krankheiten. Die pakistanischen Herrscher, die die britischen Kolonialisten ablösten, kümmerten sich nicht um die Entwicklung Ostbengalens und machten aus ihm eine Halbkolonie der westlichen Hälfte Pakistans, die sie als Hauptbestandteil des Staates ansahen. Am Vorabend der Unabhängigkeitserklärung Bangladeshs war dort das Prokopfeinkommen der Bevölkerung fast zweimal niedriger als in Westpakistan. Als die pakistanischen Bourgeois und Gutsherren im Jahre 1971 gegen die Befreiungsbewegung des Volkes von Bangladesh ein 100 000 Mann starkes Heer einsetzten, richteten sie in diesem Lande einen Schaden an, der UNO-Experten zufolge 1,2 Md. Dollar betrug.

Diese kurze Rückschau läßt erkennen, warum Bangladesh heute noch eines der ärmsten Länder der Welt ist. Statistiken besagen, daß das Prokopfeinkommen seiner 8-Millionen-Bevölkerung kaum 90 Dollar aus-

macht. 66% der Einwohner sind unterernährt. Die in vorkolonialen Zeiten durch das feine Musselingebe berühmte Textilindustrie produziert heute kaum einen Meter Stoff pro Kopf im Jahr.

In den zehn Jahren Eigenstaatlichkeit hat Bangladesh zweifelsohne einiges erreicht. Man sieht die Änderungen auf den ersten Blick. Als ich vor zwei Jahren Dacca besuchte, gab es dort z. B. keinen modernen internationalen Flughafen mit der breiten Autobahn, die jetzt in die Stadt führt.

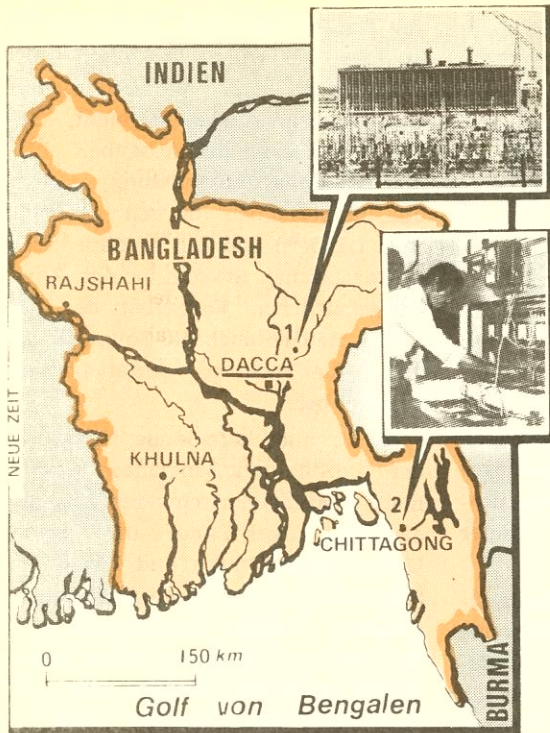
1981 hat das Land eine Rekord-ernte an Reis eingebracht: 13,5 Mio t. Dabei ist der Reis das Hauptnahrungsmittel. Der Weizen-ertrag ist auf 1,5 Mio t gestiegen, während es vor ungefähr 10 Jahren nur 100 000 t waren. Aber der Mangel an Nahrungsmitteln bleibt akut. Die Regierung versucht, das Problem durch Hebung der Landwirtschaft zu lösen: Das Irrigationssystem wird perfektioniert, Hohertrags-Getreidekulturen werden eingeführt, man verwendet mehr Mineraldünger. Da aber der Bodenbesitz fast unangestastet und die Reste des Feudalismus erhalten bleiben, kann die Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion die Zunahme der Bevölkerung nicht überholen. So war Bangladesh gezwungen, 1980 2,9 Mio t Getreide und 1981 1,2 Mio t einzuführen.

Der Anteil der Industrieproduktion am Bruttosozialprodukt macht etwa 9% aus. Dabei stieg die Erdgasgewinnung in den Jahren der Unabhängigkeit von 0,5 Md. auf 1,1 Md. m³, die Produktion von Mineraldünger von 93 000 auf 448 000 t,

von Zement von 53 000 auf 353 000 t im Jahr. Das wurde vor allem mit finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe aus dem Ausland erreicht, die fast drei Viertel der Ausgaben für die Wirtschaftsentwicklung deckt und hauptsächlich von den westlichen Ländern und den erdölfördernden arabischen Staaten erfolgt. Zum wirtschaftlichen Fortschritt der Republik steuern auch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder bei.

Die Freundschaftsbande zwischen der UdSSR und Bangladesh stammen schon aus der schweren Zeit, als das Volk dieses Landes um seine Unabhängigkeit rang und von der Sowjetunion eine allseitige Unterstützung erhielt. Der Präsident der Nationalen Volkspartei Bangladeshs (NAP), Muzaffar Ahmed, sagte auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU: „Die Sowjetunion führte in dem Bestreben, uns zur nationalen Befreiung zu verhelfen, einen beharrlichen und kompromißlosen Kampf innerhalb und außerhalb der UNO, um unsere Sache zu unterstützen, wobei sie den Kräften des Imperialismus und Hegemonismus Widerstand leistete. Wir werden die feste und entschiedene Haltung der Sowjetunion nie vergessen, als sie 1971 gegen das Aufkreuzen der 7. US-Kriegsflotte im Golf von Bengalen auftrat, die dorthin geschickt wurde, um Bangladeshs Volk einzuschüchtern und es zu zwingen, auf das Recht zu verzichten, über seine Geschicke selbst zu bestimmen. Die Unterstützung unseres nationalen Befreiungskampfes durch die Sowjetunion war ein wichtiger Beitrag zur Erringung der Unabhängigkeit Bangladeshs, sie war eine Quelle der Kraft für unser Volk.“

Am 25. Januar 1972 wurden zwischen der UdSSR und Bangladesh diplomatische Beziehungen hergestellt, und die Freundschaftsbeziehungen erhielten neue Impulse. Die Kontakte der beiden Länder zueinander wurden seitdem wesentlich ausgebaut, obwohl es dabei manchmal Hindernisse gab. Der Imperialismus und die Reaktion griffen mehr als einmal zu Verleumdungen und Betrug, um die Sowjetunion zu



1. Das Wärmekraftwerk „Ghorasal“; 2. Im Werk für Elektroausrüstungen

verunglimpfen und ihre freundschaftliche Zusammenarbeit mit Bangladesh zu stören. Aber alle, mit denen ich diesmal in Bangladesh zusammentraf — Vertreter der Regierungskreise, Führer nationalpatriotischer Parteien, Kulturschaffende und Mitarbeiter im Bildungswesen —, betonten unbeirrbar, daß für die Republik die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR von enormer Bedeutung sind.

Der Informationsminister Shamsul Hudda Chowdhury sagte mir, in Bangladesh erinnerte sich jeder an die Hilfe der Sowjetunion in der Periode des Unabhängigkeitskampfes: „Wir sind dem sowjetischen Volk und der Regierung der UdSSR für diese Hilfe dankbar. Heute pflegen wir feste Handels- und Wirtschaftskontakte. Hunderte unserer jungen Leute lernen in der Sowjetunion, und ein Kulturaustausch besteht auch. Ich bin sicher, daß sich die freundschaftliche Zusammenarbeit auch weiter entwickeln wird.“

Nach Chittagong gelangt man aus Dacca mit einem Flugzeug der Bangladesh Biman in einer halben Stunde. Im August 1930 fand gerade in dieser Stadt der größte bewaffnete Aufstand der Bengalen gegen die

britischen Kolonialisten statt. Die patriotische Untergrundorganisation „Republikanische Armee Chittagongs“, die hauptsächlich aus Jugendlichen bestand, eroberte die Stadt und hielt sie 10 Tage lang. Vierzig Jahre später, am 26. März 1971, rief „Major Zia“ — Ziaur Rahman — per Funk seine Landsleute auf, zur Waffe zu greifen und den Kampf gegen die pakistanischen Machthaber zu beginnen. Ziaur Rahman wurde 1977 zum Präsidenten der Republik gewählt. Im Mai 1981 kam er bei einem mißlungenen Militärputsch ums Leben.

Die Begegnung mit dem Bürgermeister von Chittagong, Fazal Karim, verlief im Grunde nach Protokoll, doch als das Gespräch die Beziehungen zwischen Bangladesh und der UdSSR berührte, zeigte der Bürgermeister reges Interesse. Sind doch die Früchte der Zusammenarbeit beider Länder nirgends so gut zu sehen, wie in Chittagong, das an der breiten Mündung des Karnaphuli am Golf von Bengalen liegt.

Sowjetische Seeleute halfen bei der Wiederherstellung des Hafens von Chittagong, der nach den Kriegshandlungen von 1971 vermint und von gesunkenen Schiffen blockiert war. Zwischen 1972 und 1974 räumten sowjetische Seeleute in einem riesigen Wasserbecken die Minen, hoben sie 26 gesunkene Schiffe und gaben dem größten Seehafen des Landes, durch den jährlich rund 6 Mio t Güter ins Land gelangen, neues Leben. Die Einwohner Bangladeshs nannten das eine Heldentat und errichteten unweit des Hafens einen Obelisk mit einem roten Stern, zum Zeichen ihrer Dankbarkeit.

Dutzende sowjetische Schiffe bringen hierher jedes Jahr Maschinen, Ausrüstungen, Erdölprodukte, Roheisen, Baumwolle, Zement und andere Güter und nehmen Exportgüter an Bord: Jute und Juteerzeugnisse, Rohleder, Tee. In den letzten zehn Jahren hat sich der Handel zwischen der UdSSR und

Bangladesh auf mehr als das Dreifache vergrößert.

In Chittagong wurde mit sowjetischer Hilfe ein moderner Betrieb für elektrische Ausrüstungen gebaut. Bei seiner Übergabe im September 1978 betonte der damalige Präsident Ziaur Rahman, daß dies ein „großer Schritt auf dem Wege der Industrialisierung des Landes ist... Der Betrieb wird bei der Verwirklichung des Programms der Elektrifizierung Bangladeshs eine wichtige Rolle spielen.“

Ich konnte diesen Betrieb nicht besichtigen, obwohl ich dazu die Erlaubnis hatte. Wahrscheinlich wollte man mir in Chittagong nicht einen modernen Betrieb zeigen, der wegen Geldmangels nicht voll ausgelastet war. Bei einigen anderen Betrieben Bangladeshs ist das auch der Fall.

Dafür erreichte ein anderes Objekt der Zusammenarbeit der beiden Länder — das Wärmekraftwerk „Ghorasal“ — die projektierte Kapazität von 110 000 kW. Dieses 50 km von Dacca liegende Wärmekraftwerk arbeitet seit April 1976 im vollen Betrieb auf der Basis des dort vorhandenen Erdgases und hat seitdem bereits 2,3 Md. kWh geliefert, es ist wirtschaftlich und gut ausgerüstet. Bangladesh schließt den Bau solcher Wärmekraftwerke in die Pläne für die Weiterentwicklung der Energiewirtschaft ein. Laut Abkommen zwischen den beiden Ländern von 1981 sollen die 2. und 3. Bau- folge des „Ghorasal“ in Angriff genommen werden. Seine gesamte Kapazität soll 530 000 kW ausmachen: bei einer Energieausstattung des Landes von 730 000 kW. So wird „Ghorasal“ zum Zentrum des Energiesystems. In dem dortigen Unterrichtszentrum wurden von sowjetischen Spezialisten bereits rund 300 qualifizierte Fachkräfte ausgebildet, die in den Kraftwerken der Republik arbeiten.

Es ist nicht leicht, die schweren Folgen der Vergangenheit zu überwinden. Bangladesh macht jetzt eine komplizierte Phase seiner Geschichte durch. Aber das Volk, das die nationale Freiheit und staatliche Unabhängigkeit errungen hat, ist zukunftssträchtig.

Dacca—Chittagong—Moskau

DEMOKRATENVERFOLGUNGEN

Ali KERIMOW, Alexander ULANSKI

Das Leben von 52 führenden Mitgliedern des Bundes Revolutionärer Arbeitergewerkschaften der Türkei (DISK) ist in großer Gefahr. Der Prozeß gegen sie begann Ende Dezember in Istanbul. Unter den Angeklagten sind der Vorsitzende dieser Gewerkschaftsvereinigung (der zweitgrößten des Landes vor dem Militärputsch vom 12. September 1980 gehörten ihr ca. 600 000 Arbeiter an), A. Baştürk, und der Generalsekretär F. İplikar. Die Militärstaatsanwaltschaft fordert das Todesurteil für alle Angeklagten wegen des „Versuchs, im Lande die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere zu errichten“. Sogar die „New York Times“ betont, daß damit zum ersten Mal in der modernen Türkei ein Tribunal Menschen mit der Todesstrafe bedroht, die nichts mit Terroristen zu tun haben.

Als Beobachter des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) war Christiane Michel, Sekretär der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen des öffentlichen Dienstes und verwandter Berufe, einige Tage beim Prozeß zugegen. Auf einer Pressekonferenz am Sitz des WGB in Prag teilte er am 13. Januar mit: Der Generalstaatsanwalt gestand indirekt, daß er keine Beweise für die Beschuldigung hat, der DISK hätte die in der Türkei bestehende Ordnung stürzen wollen. Dessenungeachtet erklärten die Ankläger: Selbst wenn der DISK keine Straftaten begangen hat, stellt er nur durch seine Existenz eine „Bedrohung“ dar. Der Beobachter berichtete, daß die Verfahrensnormen aufs gröbste verletzt werden. Wie aus Istanbul mitgeteilt wird, lehnt der Richter alle rechtlich zulässigen Anträge der Angeklagten und ihrer Verteidiger ab. Übrigens droht auch den Verteidigern eine Anklage wegen „Mittäterschaft“.

Kurzum, das „Verbrechen“ der DISK-Funktionäre besteht allein darin, daß sie an vorderster Front für demokratische und gewerkschaftliche Rechte, für Frieden und sozialen Fortschritt und für eine unabhängige Türkei kämpften, schrieb die zypriotische Zeitung „Haravgi“. Der WGB und demokratische Kreise vieler Länder riefen auf, eine breite

Kampagne für die Rettung der DISK-Führer zu entfalten.

Nach Mitteilung der Istanbulischen Zeitung „Tercüman“ sollen auch über 2000 Aktivisten des DISK und der ihm angehörenden Zweiggewerkschaften sowie anderer Organisationen vor Gericht gezerzt werden.

Die Militärs, die am 12. September 1980 den Staatsstreich vollzogen, begründeten ihn mit der Notwendigkeit, den Terror und die Anarchie im Lande zu beenden. Nach dem Umsturz suspendierten sie die Verfassung, lösten das Parlament auf und verboten alle Parteien, darunter auch die bürgerliche Gerechtigkeitspartei und die sozialdemokratische Republikanische Volkspartei, die früher abwechselnd die Regierung stellten. Verboten wurde auch der Bund Revolutionärer Arbeitergewerkschaften.

An die Macht gekommen, stellte die Armee aktiv Ordnung her und machte jene unschädlich, die mit der Waffe in der Hand Terror ausübten. Die für diese Verbrechen vor allem verantwortliche Kraft war die neofaschistische Partei der Nationalen Bewegung (MHP), geleitet von A. Türkeş. In den gebirgigen Teilen der Provinz Adana, die den Neofaschisten als Stützpunkt diente, entdeckten Armeeabteilungen mehrere konspirative paramilitärische Lager. Dort wurden die als „Graue Wölfe“ bekannten Sturmtrupps der MHP trainiert, die bewaffnete Überfälle verübten, staatliche und öffentliche Gebäude in Brand steckten und ihnen mißliebige Personen umbrachten.

Immer neue Verbrechen der MHP kommen bei dem seit August des Vorjahres im Militärgefängnis von Ankara, Mamak, laufenden Prozeß ans Tageslicht. Der Militärstaatsanwalt forderte für 220 der 587 Angeklagten die Todesstrafe. Sie werden beschuldigt, eine Atmosphäre des Terrors und der Anarchie geschaffen, zum Bürgerkrieg angestiftet und den Sturz der republikanischen Ordnung vorbereitet zu haben. Im MHP-Hauptquartier fand man z. B. eine elektronische Anlage zum

Abhören der Telefongespräche von Mitarbeitern des Generalstabs, der nationalen Sicherheitsorgane und der Aufklärung. Ausführliche Unterlagen über Politiker und Militärs, die getötet werden sollten, wurden ebenfalls dort entdeckt.

Die Ermittlungen ergaben, daß auf direkten Befehl von Türkeş hin der bekannte Gewerkschafter und Mitglied des Weltfriedensrats Kemal Türkler, der Chefredakteur der bürgerlich-liberalen Zeitung „Milliyet“ A. Ipekçi und der Sicherheitschef der Provinz Adana C. Yurdakul ermordet wurden. Insgesamt haben nach den Ermittlungen die faschistischen Jungstürmer mit mindestens 700 türkischen Bürgern blutig abgerechnet.

Der politische Terror in der Türkei war also bei weitem nicht nur Ergebnis einer unlenkbaren Anarchie, wie das manch einer seinerzeit darstellte. Sein Ausmaß, die Methodik und das Ziel ließen deutlich eine organisierende Kraft erkennen: eben die MHP.

Neben rechten Sturmtrupplern agierten auch die Extremisten linksradikaler, maoistischer Organisationen. Sie schreckten ebenfalls vor Morden nicht zurück, stifteten die Jugend zu bewaffneten Aktionen an und provozierten Angriffe gegen die wirklich demokratische Bewegung. Bei der Verhaftung von Mitgliedern linksextremer Gruppen werden ebenfalls viele Waffen und Munition aufgefunden.

Nach offiziellen Angaben sitzen etwa 30 000 Menschen in Gefängnissen. Während es sich aber früher vorwiegend um bewaffnete Terroristen handelte — rechtsextreme Reaktionäre oder ultralinke Pseudorevolutionäre —, stürzen sich die Militärtribunale jetzt immer mehr auf Vertreter demokratischer, fortschrittlicher Organisationen und die Gewerkschaften.

Diese Tendenz, progressiven und demokratischen Kreisen die Schuld an der von Neofaschisten und Maoisten verursachten Unordnung in die Schuhe zu schieben, muß alle türkischen Patrioten und Freun-

de des türkischen Volkes alarmieren. So wurde wegen „kommunistischer Propaganda“ die emigrierte Vorsitzende der Türkischen Arbeiterpartei Behice Boran in Abwesenheit zu mehr als 8 Jahren Haft verurteilt. Als sie nach Ablauf der festgesetzten Frist nicht in die Heimat zurückkehrte, entzog man ihr die türkische Staatsbürgerschaft. Ebenso verfuhr man mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Einheit und Solidarität der Lehrer („Töb-Der“), G. Gazioglu. 50 Mitglieder dieser Organisation wurden Ende Dezember wegen „kommunistischer Propaganda“ zu Haftstrafen verurteilt, das gesamte Eigentum von „Töb-Der“ konfisziert. Ähnlich erging es auch den Aktivisten des Verbandes der landwirtschaftlichen Kooperativen „Köy-Koop“.

Jetzt droht also Dutzenden Spitzenfunktionären des DISK die Todesstrafe.

Anfang d. J. besuchte eine Gruppe von Mitgliedern des Europarats die Türkei. Ein Reiseteilnehmer, der englische Labourabgeordnete Thomas Urwin, faßte auf einer Pressekonferenz Mitte Januar in Paris seine Eindrücke zusammen: „In der Türkei gibt es zweifellos keine Demokratie, und die grundlegenden Menschenrechte werden verletzt.“

Die Verfolgung wahrer, der Heimat und den Interessen der arbeitenden Menschen ergebener Patrioten spielt nur der einheimischen Reaktion, den Monopolen und letztendlich dem Imperialismus in die Hände.

Beachtenswert ist auch die Tatsache, daß die verstärkten Angriffe auf die patriotischen Kräfte mit einer gesteigerten Aktivität Washingtons zusammenfielen, das sich bemüht, die Türkei immer tiefer in seine aggressive Strategie im östlichen Mittelmeer, im Nahen und im Mittleren Osten einzubeziehen.

Besonders deutlich zeigte sich das während des Dezemberbesuchs von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in Ankara. Nach seinem Abschluß wurde die Erreichung einer Übereinkunft über die Schaffung einer „gemeinsamen Verteidigungsgruppe“ verkündet. Die „Milliyet“ meldete, daß auch der Abschluß eines bilateralen Abkommens über „militärische gegenseitige Verständigung“ erörtert wurde. Das Abkommen soll im Frühjahr 1982 unterzeichnet werden. Es sieht die Erweiterung und Modernisierung von Militärflughäfen, besonders in Van, Diarbekir und Eskişehir vor, damit die US-Eingreiftruppe sie nutzen kann. Die Londoner Zeitschrift „Eight Days“ schrieb, daß der Pentagonchef auch die Lagerung von Waffen und Kampftechnik für diese Truppen auf türkischem Boden ansprach.

Einige türkische Spitzenpolitiker singen in letzter Zeit das alte Lied von einer „sowjetischen Bedrohung“ für die Länder Asiens mit falscher Stimme nach. Damit soll auch die sich erweiternde militärische Zusammenarbeit mit „Staaten außerhalb der Region“ oder, einfacher gesagt, mit den USA gerechtfertigt werden.

Diese Art und Weise, neue amerikanische Almosen für militärische und wirtschaftliche Bedürfnisse herauszuhandeln, reimt sich nicht auf die von Ankara verkündete Linie, die freundschaftlichen Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn und zu anderen Staaten im Nahen und Mittleren Osten zu festigen. Wie auch die verstärkte Unterdrückung nationalpatriotischer Fortschrittskräfte nicht zu einer wirklichen Lösung der vielen wirtschaftlichen Probleme beitragen kann, vor die das Land gestellt ist. ■

Werte Leser!

Wir möchten Sie darauf hinweisen, daß Bestellungen für die politische Wochenschrift „Neue Zeit“ (russische und fremdsprachige Ausgabe) für März und die kommenden Monate jeweils bis zum 10. des Vormonats erfolgen müssen.



Bringen Sie bitte etwas Genaues über die Konferenz zur Koordinierung der Wirtschaftsentwicklung südafrikanischer Staaten.

L. SAMSONOWA
Feodossija, Ukrainische SSR

Die Konferenz zur Koordinierung der Wirtschaftsentwicklung südafrikanischer Staaten, in der Angola, Botswana, Sambia, Simbabwe, Lesotho, Malawi, Mosambik, Swasiland und Tansania vertreten sind, ist als erste Wirtschaftsorganisation unabhängiger Länder in die Geschichte der Subregion Südafrika eingegangen.

Trotz unterschiedlicher politischer Orientierung und Niveau der Wirtschaftsentwicklung sind diese Staaten darin einig, die ökonomische Unabhängigkeit von der rassistischen Republik Südafrika zu erringen.

Das Treffen der Wirtschaftsminister Tansanias, Botswanas, Sambias, Mosambiques in Arusha (Tansania, Juli 1979) hat die Integration zwischen diesen Staaten eingeleitet.

Auf dem ersten Treffen der Staats- und Regierungschefs aus 9 Ländern, das im April 1980 in der sambischen Hauptstadt Lusaka stattfand, wurde die Deklaration „Der Süden Afrikas: zur wirtschaftlichen Befreiung“ verabschiedet, die ein umfassendes Aktionsprogramm zur beschleunigten Entwicklung der Konferenzstaaten darstellt.

Die Herausbildung einer Wirtschaftsorganisation südafrikanischer Länder hat den RSA-Bestrebungen, ein sogenanntes „Gestirn südafrikanischer Staaten“ — eine militärpolitische Gruppierung unter Ägide Pretorias — zusammenzuzimmern, einen bedeutenden Schlag versetzt.

Im Rahmen der Konferenz zur Koordinierung der Wirtschaftsentwicklung südafrikanischer Staaten sind einige Kommissionen tätig, deren Sitzungen auf Ministerienebene abgehalten werden. In der mosambiquanischen Hauptstadt Maputo fanden beispielsweise im Januar und Mai 1981 Sitzungen der Koordinationskommission für Verkehrs- und Fernmeldewesen statt.

Während der Sitzung im Mai wurden 97 Entwürfe erörtert und angenommen, darunter die der Elektrifizierung der Eisenbahn Salisbury—Maputo, der gemeinsamen Rekonstruktion des mosambiquanischen Seehafens Beira sowie des Baus des internationalen Fernsprechanstaltens in Simbabwe.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Meiner Meinung nach beeinflussen die Sympathien oder Antipathien zwischen einzelnen Völkern stark die zwischenstaatlichen Beziehungen. In Ihrer Zeitschrift können Sie noch so viel über den Einfluß reaktionärer Kräfte schreiben, trotzdem liegt dem heutigen unbefriedigenden Zustand der sowjetisch-japanischen Beziehungen meines Erachtens die herkömmliche gegenseitige Antipathie zwischen Japanern und Russen zugrunde.

Kimiko TAKEBAYASHI
Tokio, Japan



Es diskutiert
unser ständiger
Berichterstatter
in Japan
Juri
TAWROWSKI

staatlichen Beziehungen besteht in der UdSSR ein reges Interesse für die Erregenschaften der japanischen klassischen und besonders gegenwärtigen Literatur; ihre Werke erleben Auflagen, die mitunter höher als in Japan sind. Japanische Filme und Fernsehsendungen über Ihr Land, Frau Takebayashi, finden stets ein breites Publikum.

Anders als die USA und andere große kapitalistische Staaten, sieht die UdSSR in Japan keine Gefahr für ihre Wirtschaft und schwingt nicht den Knüppel protektionistischer Maßnahmen.

Im Gegenteil, die beträchtlichen Erfolge Ihres Landes in Wissenschaft und Technik verstärken nur den Wunsch der UdSSR zur gegenseitig nützlichen Zusammenarbeit und zum Handel mit Japan. Die stürmische Entwicklung Sibiriens und des sowjetischen Fernen Ostens bietet einer solchen Zusammenarbeit weite Perspektiven.

Die tiefe Achtung für das fleißige und begabte japanische Volk, die Bereitschaft zum weiteren Ausbau der zwischenstaatlichen wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Beziehungen, das Streben nach Festigung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den fernöstlichen Staaten bilden das Fundament, auf dem Moskau die sowjetisch-japanischen Beziehungen aufbauen möchte. Warum glauben dann einige Japaner an die angebliche „Antipathie“ der Sowjetbürger gegen Japan, warum mißtrauen sie uns?

Nun, in Japan sind einflußreiche Kräfte am Werk, denen es darum geht, den „heutigen unbefriedigenden Zustand der Beziehungen“ zur UdSSR, wie Sie schreiben, aufrechtzuerhalten. Sie führen einen psychologischen Krieg, schrecken die Bevölkerung in Presse, Film und Fernsehen mit der nichtexistenten „sowjetischen Bedrohung“, bauschen „Gebietsfragen“ auf, verschweigen die Wahrheit und türmen ganze Lügenberge über die Lage in der UdSSR auf. Sie geben das Geld, und an Straßenlaternen und Häusermauern werden Millionen antisowjetischer Flugblätter geklebt sowie Busse mit Lautsprechern gemietet, durch die Berufsprovokateure feindselige Losungen in die Straßen großer und kleiner Städte hinausschreien. Diese Kräfte decken Rowdys aus extremrechten Organisationen, wenn sie vor sowjetischen Vertretungen und den Räumlichkeiten der Gesellschaften für Freund-

schaft mit der UdSSR randalieren und wenn sie Geschäftsleute einschüchtern, die kommerzielle Kontakte mit sowjetischen Firmen unterhalten.

Gewiß freuen wir uns nicht über die Verbreitung antisowjetischer Stimmungen, wenn wir uns auch niemandem aufdrängen. Aber inwiefern nützt der Antisowjetismus den Japanern selbst? Es geht nicht nur darum, daß sich die Schürung der Feindseligkeit negativ auf die Beziehungen zwischen zwei Nachbarstaaten auswirkt, die ihre wirtschaftliche Entwicklung und ihre Sicherheit gegenseitig fördern könnten. Es ist meine Überzeugung, Frau Takebayashi, daß die Eskalation des Antisowjetismus von einer allgemeinen und sehr gefährlichen Offensive der militaristischen und revanchistischen Kräfte zeugt. Sie beleben die Lügenmärchen von der „sowjetischen Bedrohung“ und einer „herkömmlichen Feindschaft zwischen Rußland und Japan“, um erneut den nationalistischen, chauvinistischen Taumel hervorzurufen, die militaristischen und faschistischen Traditionen der nicht gar so fernen Vergangenheit wiederzubeleben und die noch immer starke Antikriegsstimmung zu dämpfen. Sie hoffen, sich wenigstens einer stillschweigenden Zustimmung der Mehrheit zu versichern, die unbotmäßige Minderheit an die Kandare zu nehmen und Ihr schönes Land wieder zu einem Militär- und Polizeistaat zu degradieren.

Man kann sich leicht denken, welche Leiden und Entbehrungen das über das Volk bringen würde. Denkt man an das wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Potential des heutigen Japan, so kann man sich ohne weiteres den Grad der Gefahr vorstellen, die eine solche Entwicklung nicht nur über unsere beiden Länder heraufbeschwören würde.

Vor kurzem habe ich, Frau Takebayashi, einen Ihrer Landsleute kennengelernt. Er blickt auf ein langes und bewegtes Leben zurück: war mehrmals reich und dann wieder ruiniert, war Mitglied einer monarchistischen Militärorganisation, kämpfte in China und auf den Philippinen. Heute beteiligt er sich aktiv an der Bewegung für Freundschaft mit der UdSSR und übersetzt Bücher und Broschüren über die UdSSR ins Japanische. Er sagte mir: „Davon, wie sich die Beziehungen zur UdSSR gestalten, hängt in hohem Grad die Zukunft meines Heimatlandes ab, und ich möchte, daß sie glücklich ist.“

Wir wollen glauben, daß nicht wenig Menschen in Japan diese Meinung teilen, daß ihr gesunder Menschenverstand helfen wird, die Freundschaft und gegenseitige Sympathie zwischen den Völkern der UdSSR und Japans zu festigen.

Sie müssen entschuldigen, Frau Takebayashi, aber nur jemand, der uns absolut nicht kennt, kann die Frage nach der Einstellung zu uns Russen so formulieren wie Sie. Wir teilen die Völker nicht in gute und schlechte, in jene, für die man Sympathie zu empfinden hat, und andere. Jedes Volk verdient, ob groß oder klein, die tiefste Achtung. So sind wir erzogen, in diesem Geiste erziehen wir auch unsere Kinder in Kindergärten, in der Schule, im Elternhaus. Freundschaftlichkeit gegenüber allen Völkern ist uns sozusagen angeboren. Könnten denn sonst die mehr als 100 Nationen und Völkerschaften der UdSSR in Frieden und brüderlicher Freundschaft miteinander leben?

Eine „herkömmliche Antipathie“ der Russen gegen die Japaner hat es nie gegeben und kann es nicht geben, das darf ich Ihnen versichern. Bei uns werden Sie kein Buch, keine Rundfunk- oder Fernsehsendung, keinen Film erleben, in denen Japaner schlechtgemacht würden. Die sowjetisch-japanischen Beziehungen kannten in der Tat sehr komplizierte Perioden. Auch jetzt sind sie nicht gerade reibungslos. Wenn wir aber etwas an der Politik Ihres Landes nicht akzeptieren, geben wir die Schuld daran nicht dem Volk, sondern den Leuten, die angeblich in seinem Namen sprechen, d.h. jenen reaktionären Kräften, von denen Sie schreiben. Glauben Sie denn, daß meine Landsleute unbesorgt bleiben können, wenn in einem Nachbarland die militaristische Stimmung wiederaufsteht, wenn auf seinem Territorium gegen die UdSSR gerichtete USA-Militärstützpunkte bestehen, wenn sich das amtliche Tokio antisowjetische Erklärungen und Handlungen erlaubt?

Doch ist Besorgnis nicht Angst, die Argwohn und Haß auslöst. Trotz gewisser Schwierigkeiten in den zwischen-

Ach, Justitia



Mitglieder der Neonazipartei in Texas (USA) fordern ihre Mitbürger per Telefon zum totalen Krieg der Weißen gegen die Schwarzen auf. Für jeden toten Farbigen werden 5000 Dollar geboten. Die beunruhigte Negerbevölkerung von Texas verlangte, die Rassisten gerichtlich zu belangen. Die dortige Justiz jedoch wies die Klage ab, denn solche Aufrufe bedeuteten „keine persönliche Bedrohung“. Der Rechtsanwalt der Neonazis erklärte sogar, die Klage der Farbigen sei ein „himmelschreiender Anschlag auf die Redefreiheit“.

Auch ein Geschäft

In der Zeitung „Stadt-Gespräch“ in Buchholz (BRD) findet sich folgendes Inserat: „Beim letzten Probealarm wurde mir schlagartig klar: Was soll dieser Zirkus... Biete also voll verfügbaren Bausparvertrag als Einstand für einen Platz in einem im Bau befindlichen ... privaten Atom-Schutzraum. Angebote unter Chiffre...“

Star(r)dust

Der Ex-Beatle Ringo Starr, heute in Los Angeles (USA) beheimatet, hat nach dem Tod seines Mitsängers John Lennon seine Leibwache wesentlich verstärkt. Wenn er sich in sei-

nem schwarzen Cadillac durch die Straßen gondeln läßt, wird Starr außer von seinen G-Men noch von einem Krad-Polizisten begleitet. Das Zureden seiner Frau, doch die USA zu verlassen und sich in England niederzulassen, fruchtet bei Starr nichts, weil er glaubt, in Großbritannien müsse er noch mehr Steuern als in den USA zahlen.

Prinzipienlos

Eine gewisse Melissa Lands hat, wie die Pariser Zeitschrift „Point“ meldet, eine „Nationale Mätressenbewegung“ ins Leben gerufen. Sie soll die Rechte der Geliebten verheirateter Männer schützen. Melissa Lands hat bereits eine „Anleitung zur Förderung von Mätressen“ geschrieben. Hauptthese: Da ein Verheirateter der Geliebten nicht viel Zeit widmen könne, müsse er ihr bei ihrem beruflichen Fortkommen behilflich sein. Inzwischen ist Melissa selbst Ehefrau geworden. Ob sie nun von ihrem Mann verlangt, sich an die Prinzipien der „Bewegung“ zu halten?

Ob das hilft?



Die Einwohner der Kleinstadt New Dundee in Kanadas Provinz Ontario wollen ihre Stadt in „Große Not“ umbenennen. Das beschloßen sie, nachdem die Regie-

rung erklärt hatte, sie könne Finanzhilfe nur an Städte vergeben, die „absolut große Not“ leiden.

Und nicht nur das



In Städten Saudi-Arabiens ist es Frauen streng untersagt, einen Wagen zu lenken. Einige Bewohnerinnen von Landbezirken jedoch tun das trotzdem. Der namhafte Religionsführer Scheich Bin Baz hat diese „Auswüchse“ scharf verurteilt. In einem Interview der „Al Jazirah“ erklärte er, die Fahrerlaubnis für Frauen könne dazu führen, daß diese immerfort sündigen. Denn: Zunächst müßten sie ja ihren Schleier lüften.

Vergessen

Die italienische Polizei fahndete dringend nach dem Neofaschisten Saverio Sparapani, der des Mordes an dem Römer Richter Vittorio Occorsio sowie des Raubs und illegalen Waffenbesitzes beschuldigt wird. Er wurde schließlich in der RSA entdeckt. Der Forderung der italienischen Behörden nach Auslieferung des Verbrechers wurde vom Obersten Gericht der RSA stattgegeben. Am gleichen Tag aber ließ das Stadtgericht von Pretoria den Neofaschisten laufen. Die Beamten behaupten, man habe vergessen, ihnen das Urteil des Obersten Gerichts mitzuteilen.

Höhere Mathematik

Großbritanniens Verteidigungsminister Nott erklärte kürzlich, 73% der Briten

billigten die NATO-Mitgliedschaft des Landes. Woher der Minister seine Weisheit nahm, ist nicht klar. Daß sie zumindest zweifelhaft ist, beweist der Londoner „Economist“. Eine seiner Umfragen ergab, daß 52% der Engländer nicht einmal wissen, was die Bezeichnung NATO bedeutet.

Stadt zu verkaufen

Laut „Süddeutscher Zeitung“ wird in Georgia (USA) eine Stadt feilgeboten. Es handelt sich um Braselton mit 500 Einwohnern. Die Familie Braselton als Besitzer der Stadt will ihre Liegenschaften zu Geld machen. Einschließlich Fabrikgebäuden, Diskount-Laden, Post, Bank und anderen städtischen Einrichtungen wurde alles auf 14 Millionen Dollar veranschlagt. Braselton wurde vor 105 Jahren gegründet und befindet sich seither im Familienbesitz. Einzige Verkaufsbedingung: Die Stadt müsse weiter ihren alten Namen tragen. Der Makler kann bereits 300 Kaufangebote vorweisen.

Weihnachtsmann ade



Eine britische Briefmarke mit der Darstellung des Weihnachtsmanns hat einen Geistlichen der anglikanischen Kirche in Essex so aufgebracht, daß er in seiner Predigt den Weihnachtsmann als „Gauner“, „falschen Gott des Materialismus und der Pleite“ bezeichnete und verlangte, „ihn für immer a. D. zu stellen“.

Zeichnungen:
W. Trintschenko

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

Скорость культуры